

---

Fachhochschule Ludwigsburg

---

Hochschule für öffentliche  
Verwaltung und Finanzen

---

# **Bericht des Rektors für die Studienjahre 2005/2006 und 2006/2007**

dem Hochschulrat am 17.12.2007  
und dem Senat am 19.12.2007 vorgelegt

Fachhochschule Ludwigsburg  
Hochschule für öffentliche Verwaltung  
und Finanzen

Reuteallee 36  
71634 Ludwigsburg

Tel.: 07141 140 521  
Fax: 07141 140 544

Internet: [www.fh-ludwigsburg.de](http://www.fh-ludwigsburg.de)  
E-Mail: [maier@vw.fh-ludwigbsurg.de](mailto:maier@vw.fh-ludwigbsurg.de)

## Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort</b>	<b>5</b>
<b>1. Bericht des Rektorats</b>	<b>7</b>
<b>1.1. Hochschulpolitik</b>	<b>7</b>
1.1.1. Landeshochschulgesetz und sonstige Rechtsgrundlagen	7
1.1.2. Solidarpakt	7
1.1.3. Landeskonzept „Neue Steuerungsinstrumente“	8
1.1.4. Landesprogramm „Hochschule 2012“	8
<b>1.2. Entwicklung der Hochschule</b>	<b>9</b>
1.2.1. Rektorat	9
1.2.2. Aus der Arbeit des Hochschulrats	10
1.2.3. Aus der Arbeit des Senats	11
1.2.4. Hochschulstruktur	12
1.2.5. Gebäudebetrieb und räumliche Situation	13
1.2.6. Personalstruktur	13
1.2.7. Einführung der W-Besoldung	14
1.2.8. Einführung von Bachelor- und Master-Studiengängen	14
1.2.9. Struktur- und Entwicklungsplanung	15
1.2.10. Rechnungshof	15
<b>1.3. Qualitätssicherung</b>	<b>16</b>
1.3.1. Qualitätsmanagement	16
1.3.2. Lehrevaluation	17
<b>1.4. Öffentlichkeitsarbeit</b>	<b>18</b>
1.4.1. Publikationen	18
1.4.2. Pressearbeit	19
1.4.3. Werbung für einzelne Studiengänge	20
1.4.4. Ludwigsburger Hochschulforum „Studium und Praxis – Zukunft des öffentlichen Dienstes“	20
1.4.5. Kindern den Studienalltag begreifbar machen (KinderUniversität)	21
1.4.5. Hochschulradio	22
1.4.6. Interne Öffentlichkeitsarbeit	22
1.4.7. Personelle Situation	22
<b>1.5. Verein der Freunde</b>	<b>23</b>
1.5.1. Zahl der Mitglieder	23
1.5.2. Finanzielle Zuwendungen an die Hochschule	23
1.5.3. Auszeichnung der Preisträger	23
1.5.4. Sonstige Aktivitäten	24
<b>1.6. Hochschuleinrichtungen</b>	<b>25</b>
1.6.1. Informationszentrum	25
1.6.2. Rechenzentrum	25
1.6.3. Bibliothek	26
<b>1.7. Neuentwicklungen in Studium und Lehre</b>	<b>30</b>
1.7.1. Zulassungsverfahren im Studiengang gehobener Verwaltungsdienst	30
1.7.2. Masterstudiengang „Europäisches Verwaltungsmanagement-EU“	30
1.7.3. Landeslehrpreis	35
<b>1.8. Prüfungsamt</b>	<b>36</b>
1.8.1. Aufgaben des Prüfungsamtes	36
1.8.2. Hochschulweite Prüfungsergebnisse ab 1990	39
1.8.3. Ergebnisse der Zwischen- und Staatsprüfungen 2002 – 2007 (Fakultät I)	40
1.8.4. Zwischen- und Staatsprüfungen Steuerverwaltung (Fakultät II)	42
<b>2. Berichte aus den Fakultäten</b>	<b>44</b>
<b>2.1. Fakultät I – Management und Recht</b>	<b>44</b>
2.1.1. Struktur, Organisation, Studiengänge	44
2.1.2. Studiengang Gehobener Verwaltungsdienst (Innenverwaltung)	45
2.1.3. Studiengang Allgemeine Finanzverwaltung	45

2.1.4 Studiengang Rentenversicherung	46
<b>2.2. Fakultät II</b>	<b>47</b>
2.2.1. Der Studiengang Steuerverwaltung und das Lehrangebot der Fakultät II	47
2.2.2. Neubesetzung des Fakultätsvorstands	48
2.2.3. Lehrpersonal	48
2.2.4. Export und Import von Lehrleistungen sowie Internationalität	49
2.2.5. Verzahnung von Theorie und Praxis / Zusammenarbeit mit Praxisstellen	49
2.2.6. Qualität der Lehre	49
2.2.7. Prüfungsergebnisse, Übernahme-situation für die Studierende	49
2.2.8. Rückblick und Ausblick	50
<b>3. Bericht der Gleichstellungsbeauftragten</b>	<b>52</b>
<b>3.1 Statistik Studienjahr 2006/ 2007</b>	<b>52</b>
3.1.1 Studierende	52
3.1.2 Lehrkörper	52
<b>3.2. Eigene Aktivitäten</b>	<b>52</b>
3.2.1. Modul zu Gender Mainstreaming	52
3.2.2. Forschungsprojekt	53
3.2.3. Weitere Erhebungen	53
3.2.4. Gendertraining	53
3.2.5. Vortragsreihen, Exkursionen, Informationen	53
3.2.6. Mathilde-Planck-Programm	53
3.2.7. Öffentlichkeitsarbeit	54
<b>3.3. Kommissionsarbeit</b>	<b>54</b>
<b>4. Akademisches Auslandsamt</b>	<b>55</b>
<b>4.1 Partnerschaften mit Hochschulen und Institutionen im Ausland</b>	<b>55</b>
<b>4.2 Internationales Forum für öffentliche Verwaltung und Management</b>	<b>55</b>
4.2.1 Dreizehnte Sommerakademie in Kosice	56
4.2.2 Vierzehnte Sommerakademie in Sofia	56
4.2.3 Fünfzehnte Sommerakademie in Gent	56
<b>4.3 Aktivitäten im Rahmen der bilateralen Kooperationen</b>	<b>56</b>
4.3.1 Seminare für Studierende	56
4.3.2 Praktika für Studierende	56
4.3.3 Veranstaltungen für Professoren	57
<b>4.4 Besuche an der HVF</b>	<b>59</b>
<b>4.5 Sitzungen des Senatsausschusses</b>	<b>60</b>
<b>4.6 Sonstige Veranstaltungen</b>	<b>60</b>
<b>5. Forschung, Entwicklung und Fortbildung</b>	<b>61</b>
<b>5.1 LARS-Projekt Online Dokumente BGB</b>	<b>61</b>
<b>5.2 LARS- Projekt zur Entwicklung von Schlüsselqualifikationen</b>	<b>61</b>
<b>5.3 Zulassungsverfahren für den gehobenen Verwaltungsdienst</b>	<b>62</b>
<b>5.4 A Survey of Values and Attitudes - Students in Hong Kong, SAR, China and Baden-Württemberg, Germany</b>	<b>62</b>
<b>5.5 Kompetenzen und Fachkenntnisse des gehobenen Dienstes in Baden-Württemberg</b>	<b>63</b>
<b>5.6 Soziale Kompetenzen</b>	<b>63</b>
<b>5.7 Mittel- und Osteuropa im E-Government</b>	<b>63</b>
<b>5.8 Forschungsprojekt zu Scientology</b>	<b>64</b>
<b>5.9 Forschungsstelle für Personal- und Arbeitsrecht</b>	<b>64</b>

5.10	Entwicklung eines Blended-Learning-Konzeptes für die BWL/Management-Weiterqualifizierung von Führungskräften der Justizverwaltung	65
6.	Ethikbeauftragter	66
7.	Ringvorlesungen	67
8.	Funktionen des Hochschulsports	68
9.	Drei-Jahresbericht LIP – Projekte 2005, 2006, 2007	70
10.	Personelle Veränderungen	72
10.1	Neue Professoren	72
10.2	Ruhestand	72
10.3	Ausgeschiedene Verwaltungsmitarbeiter	72
10.4	Neu eingestellte Verwaltungsmitarbeiter	72
10.5	Ehrungen	72
11.	Statistiken	73
11.1	Entwicklung der Studierendenzahlen	73
11.2	Entwicklung der Zahl der Lehrbeauftragten	77
12.	Anlagen	78
12.1	Professoren	78
12.2	Honorarprofessoren	82
Hauptgeschäftsführer	12.3 Professoren im Ruhestand	82
12.3	Professoren im Ruhestand	83
12.4	Mitglieder des Hochschulrats	84
12.5	Mitglieder des Senats	85
13.	Schluss und Dank	87

## Vorwort

Der Hochschulbereich befindet sich im Umbruch:

- Neue Landesgesetze und Vorhaben gestalten die Hochschullandschaft und deren zukünftige Finanzierung in Baden Württemberg um. Die Anpassung an die neuen Strukturen des Landeshochschulgesetzes musste bis spätestens 30. September 2006 erfolgen.
- Die Föderalismusreform in Deutschland wirkt sich auch auf die Hochschulen aus. Die Rahmengesetzgebung des Bundes ist aufgehoben und der Hochschulbereich in die alleinige Verantwortung der Länder gestellt. Die Dienstrechtsreform verändert die beamtenrechtliche Situation.
- Die demografische Entwicklung erfordert von Bund, Ländern und Hochschulen große Anstrengungen. Die Gewinnung qualifizierter Studienbewerber wird schwieriger.
- Der Bolognaprozess schafft einen gemeinsamen europäischen Hochschulraum und verursacht tief greifende Veränderungen in Studium, Lehre und Qualitätssicherung.

Die HVF Ludwigsburg stellt sich diesen Herausforderungen. Ein Meilenstein ist die Umstellung vom einstufigen Diplom auf das zweistufige Bachelor-/Mastersystem entsprechend dem Bolognaprozess. Die in Zusammenarbeit mit der Fachpraxis neu entwickelten Bachelorstudiengänge begannen im Herbst 2007. An erster Stelle steht die Berufsqualifizierung und Berufsbefähigung mit einem ausgewogenen Verhältnis von fachlich-methodischen Kernkompetenzen und fachübergreifenden Schlüsselkompetenzen. Praxisbezug des Studiums und Vernetzung mit der Fachpraxis werden als profilbildende Merkmale verstärkt. Weitere herausragende Vorhaben, die im Struktur- und Entwicklungsplan für die Studienjahre 2007 bis 2011 dargestellt sind, sind die Implementierung neuer Bachelor- und Masterstudiengänge, die Kooperation mit anderen Hochschulen im nationalen und internationalen Kontext, der Ausbau der Weiterbildungsangebote, die Verstärkung der Forschung und Entwicklung sowie die Einrichtung eines umfassenden Qualitätsmanagements an der Hochschule.

Nach § 16 Abs. 6 des Landeshochschulgesetzes (LHG) legt der Rektor dem Hochschulrat Rechenschaft über die Erfüllung der Aufgaben der Hochschule ab. Dem Senat erstattet er Bericht. Zu den Aufgaben zählen nach § 2 LHG die anwendungsbezogene Lehre und Weiterbildung, Forschung und Entwicklung, soziale Förderung und Beratung der Studierenden sowie ihre Unterstützung beim Übergang in das Berufsleben, die Förderung der Verbindung zu den Absolventen, internationale Hochschulzusammenarbeit sowie das Zusammenwirken mit anderen Hochschulen, Forschungs- und Bildungseinrichtungen.

Der Bericht umfasst den Zeitraum der Studienjahre 2005/06 und 2006/07. Er stellt die Entwicklungen in der gesamten Hochschule dar, die auf der engagierten Mitwirkung aller Hochschulangehörigen beruhen.

Es ist hier der Ort, allen zu danken, die zur Aufgabenerfüllung beitragen und die Hochschule voranbringen. Eine Konstante im Wandel ist das unablässige Ringen der Professorinnen und Professoren um eine qualitativ hochwertige Ausbildung der Studierenden sowie um Fortschritte in der Forschung und Weiterbildung. Die Lehrbeauftragten bringen ein hohes Maß an Idealismus und ihre fundierte berufliche Erfahrung ein, die für unsere praxisorientierte Hochschulausbildung unerlässlich ist.

Mein herzlicher Dank gilt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die ihre Aufgaben in der Hochschulverwaltung, in den Abteilungen, Sekretariaten, Dekanaten und Zentralen Einrichtungen trotz enormer Belastung und häufigem Zeitdruck hervorragend erfüllen.

Ich bedanke mich bei allen, die bereit sind, Verantwortung in der Hochschulselbstverwaltung zu übernehmen. Dies gilt auch für die Studierenden im AStA, StuRa und AESPA sowie in den Hochschulgremien. Ihre Dialogbereitschaft und ihr Engagement tragen mit dazu bei, dass die Studienbedingungen passgenau gestaltet und fortentwickelt werden können.

Ganz herzlich bedanken möchte ich mich auch bei meinen Kollegen im Rektorat und bei den Rektoratssekretärinnen. Auch die Dekanate und Fakultäten haben die vielen und noch wachsenden Aufgaben angepackt und sehr konstruktiv mit dem Rektorat zusammengearbeitet. Die großen Umstrukturierungen und die Umstellung auf die Bachelorstudiengänge haben allen Fakultätsmitgliedern viel zusätzliches Engagement abverlangt. Die vielen Sitzungen und Besprechungen sowie die zahlreichen Veranstaltungen und Kontakte der Hochschule fordern einen hohen Einsatz.

Es ist diese Einsatzbereitschaft ihrer Mitglieder, die die Grundlage für den guten Ruf der Hochschule für Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg bildet.

Schließlich danke ich auch den Vertretern der Ministerien, der Verwaltungen und Kommunen und der Ausbildungsbehörden. Die gute Zusammenarbeit mit ihnen in der Gestaltung und Durchführung unserer Studiengänge prägt unser Profil als wissenschaftliches Kompetenzzentrum für den gesamten öffentlichen Sektor entscheidend mit.

Ludwigsburg, im November 2007

Walter Maier

## 1. Bericht des Rektorats

Prof. Walter Maier

### 1.1. Hochschulpolitik

#### 1.1.1. Landeshochschulgesetz und sonstige Rechtsgrundlagen

Zum 1.1.2005 trat das Landeshochschulgesetz in Kraft. Für die HVF Ludwigsburg waren einige Änderungen von besonderer Bedeutung.

Der gesetzliche **Hochschulname** besteht aus mindestens drei Angaben, nämlich Hochschule + Ort + ein ergänzendes Merkmal, das den wesentlichen Ausbildungsschwerpunkt nennt. § 1 LHG führte bei den verwaltungsinternen Fachhochschulen in der Namensgebung zu einem Rückschritt. Die FHöD sind nicht mehr wie die allgemeinen Hochschulen namentlich genannt, sondern in § 1 Abs.2 Nr.5 LHG nur noch pauschal erwähnt. Die HVF verfolgt das Ziel, sich der Namensführung der allgemeinen Hochschulen anpassen zu können. Senat und Hochschulrat haben sich auf den Namen „Hochschule für Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg“ geeinigt. Die entsprechende Änderung der Errichtungsverordnung wurde beim MWK im Jahr 2005 beantragt und kann mit auf den Weg gebracht werden, wenn aufgrund des Ersuchens des Finanzausschusses die Errichtungsverordnung geändert wird (unten 1.2.10).

Die **Zuständigkeit** für die Berufung und Besoldungseinstufung der Professoren wurde vom Ministerium auf das Rektorat übertragen. Das Mitwirkungsrecht der Fakultäten bei Berufungen und ein fakultatives Recht des Senats zur Stellungnahme sind in der Grundordnung geregelt. Aufgrund von k.w.-Stellen und einer vom MWK angeordneten Stellenbesetzungssperre konnten im Berichtszeitraum freiwerdende Professorenstellen bis auf eine Ausnahme nicht besetzt werden.(unten 1.2.6, 2.1., 2.2).

**Ministerielle Mitwirkungsrechte** sind nur noch in wenigen Fällen vorgesehen. So bedarf die Grundordnung der Zustimmung des Wissenschaftsministeriums (§ 8 Abs.4 LHG). Außerdem ist bei Prüfungsordnungen von Studiengängen, die mit einer staatlichen Prüfung abschließen, weiterhin das Einvernehmen mit dem jeweiligen Fachressort und dem Wissenschaftsministerium erforderlich (§ 34 Abs.1 Satz 4, Abs.5 LHG). Die Hochschulen können im Übrigen ihre Angelegenheiten durch „sonstige Satzungen“ auch außerhalb der Grundordnung regeln, wobei nunmehr auch eine Anzeigepflicht entfällt. Die HVF hat im Berichtszeitraum die Grundordnung geändert und eine Reihe neuer Satzungen erlassen (1.2.2 – 1.2.4).

Die Chancengleichheit von Männern und Frauen ist gesetzlich verankert (§ 4 LHG). **Gender Mainstreaming** wird als durchgängiges Leitprinzip definiert. Bei allen Entscheidungen und Maßnahmen ist zu prüfen, ob sich diese unterschiedlich auf Männer und Frauen auswirken. Der Berufungskommission gehört neben der Gleichstellungsbeauftragten zusätzlich zwingend eine fachkundige Frau an. Bei Vorstellungsgesprächen ist die Beteiligung von Gleichstellungsbeauftragten vorgesehen (Bericht der Gleichstellungsbeauftragten unten 3.).

#### 1.1.2. Solidarpakt

Das Land Baden-Württemberg schloss im Jahr 1996 mit den Universitäten einen Solidarpakt, in dem die finanziellen Rahmenbedingungen für die nächsten Jahre gesichert werden sollen. Der Pakt endete am 31.12.2006 und wurde durch eine neue Vereinbarung abgelöst, die auch alle anderen Hochschularten und die Berufsakademien einbezog. Der Solidarpakt soll den Hochschulen finanzielle Planungssicherheit geben. Der Gesamthaushalt für Bildung und Forschung in Höhe von 2,2 Milliarden € pro Jahr ist bis 31.12.2014

festgeschrieben. Weitere Kürzungen und Haushaltssperren sind nicht vorgesehen. Haushaltsreste werden übertragen und berücksichtigt. Zur Finanzierung einer leistungsorientierten Mittelverteilung und für die Dotierung von Zielvereinbarungen wird ein Innovations- und Qualitätsfonds eingerichtet, der 2009 mit 10 Millionen €, 2010 mit 20 Millionen € und ab 2011 mit jährlich 30 Millionen € dotiert ist. Der Fonds wird je zur Hälfte vom Land und von den Hochschulen finanziert. Die Hochschulen verpflichten sich zur Teilnahme an einem Finanzierungssystem, das aus einer kosten- und leistungsorientierten Mittelvergabe sowie aus den Mitteln des Qualitätsfonds besteht. Die Hochschulen verpflichten sich auch, interne und externe Instrumente zur Qualitätssicherung zu entwickeln. Die Verwaltungshochschulen nehmen zwar an der leistungsorientierten Mittelverteilung und an dem Fonds bisher noch nicht teil und können aufgrund von § 3 Abs.1 LHGebG auch noch keine Studiengebühren erheben. Mit der Unterschrift des Rektors unter den Solidarpakt sind jedoch die übrigen Teile, insbesondere die Umstellung auf das gestufte Studiensystem und das Ausbauprogramm „Hochschule 2012“, für die HVF Ludwigsburg verbindlich geworden.

### **1.1.3. Landeskonzept „Neue Steuerungsinstrumente“**

Der Aufbau des externen Berichtswesens nach dem LHG gestaltet sich schwierig. Die DV-gestützte Umsetzung mit dem Berichtsmodul Super X als Hochschul-Datawarehouse und als hochschulartenübergreifendes Datawarehouse befindet sich noch im landesweiten Aufbau. Die Datenvalidierung an den Hochschulen ist noch nicht ausgereift. Die Kosten- und Leistungsrechnung beruht im Wesentlichen auf den Daten der Kameralistik. Eine Plankostenrechnung als hochschulinternes Steuerungsinstrument steht noch nicht zur Verfügung. Wie die Ergebnisse in ein Hochschulfinanzierungs- und Steuerungssystem des Landes einfließen sollen, ist noch nicht endgültig geklärt. Hinzu kommt ein ständiger personeller Wechsel im Controlling-Service-Center (CSC) und bei den Hochschul-Controllern selbst. Der HVF Ludwigsburg ist zusammen mit der PH Ludwigsburg, der Musikhochschule Stuttgart und der Kunsthochschule Stuttgart eine Controllerstelle zugeordnet, deren Besetzung jetzt zum zweiten Mal binnen kurzer Zeit vakant wird. Die Neubesetzung ab 1.12.2007 soll nur noch gemeinsam durch die PH Ludwigsburg und die HVF Ludwigsburg erfolgen.

Von entscheidender Bedeutung für die Verwaltung der HVF ist bisher die Unterstützung durch die Koordinierungsstelle für DV in Konstanz, durch die der Hochschule sämtliche DV-Programme der HIS über Datenfernleitung zur Verfügung gestellt werden. Es wurde beschlossen, die KOS und das CSC aufzulösen und die Arbeit in einer fusionierten Einrichtung zusammen mit der Planungsgruppe der Pädagogischen Hochschulen in Reutlingen zusammenzulegen. Dieser Vorgang droht weitere Personalfluktuationen auszulösen. Die Rektorenkonferenz hat der Verlagerung mit der Maßgabe zugestimmt, dass den Mitarbeitern eine sinnvolle Perspektive für die nächsten zehn Jahre eröffnet wird.

### **1.1.4. Landesprogramm „Hochschule 2012“**

Das Land Baden-Württemberg plant, die Hochschulen im Zeitraum von 2007 bis 2012 erheblich auszubauen. Die derzeit etwa 47.000 Studienanfängerplätze an den 75 Hochschulen des Landes sollen um bis zu 16.000 Studienplätze aufgestockt werden. Von den Kosten von insgesamt 300 Millionen € pro Jahr will das Land nur die Hälfte übernehmen. Die andere Hälfte soll durch die Hochschulen selbst, durch die Wirtschaft, durch privates Sponsoring sowie durch einen vom Bund aufgelegten „Hochschulpakt 2020“ finanziert werden. In Abschnitt III. des Solidarpakts sind den Hochschulen im Rahmen des in drei Stufen (2007, 2009, 2011) angelegten Landesprojekts vom Land insgesamt 150 Mio. € in Aussicht gestellt. Pro Studienanfängerplatz sollen 8.500 € sowie zusätzliche Bundesmittel im Rahmen des Hochschulpaktes 2020 bereitgestellt werden. Die 16.000 Studienanfängerplätze im Bachelorbereich sollen in drei Tranchen geschaffen werden:

- 3000 bis 4000 in 2007/08,
- 5000 bis 6000 in 2009/10,
- 6000 bis 8000 in 2011/2012.

Insgesamt sollen 8000 Plätze an Universitäten, 4500 an Fachhochschulen und 2500 an Berufsakademien geschaffen werden. In der ersten Tranche werden schwerpunktmäßig die Fachhochschulen und Berufsakademien ausgebaut, danach wird der Schwerpunkt auf die Universitäten gelenkt.

Das Programm wurde auf einem Kongress der Landesregierung am 23. Februar 2006 in Stuttgart bekannt gemacht. Die Hochschulen wurden aufgefordert, Ausbaupläne zu entwickeln und diese in Regionalkonferenzen vorzustellen, zu denen die Industrie und Handelskammern in den 12 IHK-Bezirken des Landes einluden. Auf der Basis von Berichten der regionalen Arbeitsgruppen erstellte das Wissenschaftsministerium einen Masterplan, den es am 9. Oktober 2006 bekannt gab. Die HVF präsentierte in Abstimmung mit dem Hochschulrat und dem Senat ihre Ausbaupläne für die erste Stufe 2007/2008 in der Regionalkonferenz und reichte die Pläne beim Wissenschaftsministerium ein. Die HVF kam jedoch nicht zum Zug, weil dem Antrag der Hochschule auf Öffnung der Errichtungsverordnung für weitere Studiengänge noch nicht stattgegeben wurde. Die zweite Stufe des Projekts soll im Jahr 2008 ausgeschrieben werden.

Für die HVF ist die Beteiligung mit neuen, ihrem Profil entsprechenden Studiengängen von zentraler Bedeutung für ihre zukünftige Entwicklung. Durch die komplexer werdenden Berufsanforderungen entstehen neue Tätigkeitsfelder, die am besten in interdisziplinär angelegten Studiengängen erfüllt werden. Die an der HVF Ludwigsburg vermittelten Kompetenzen in den Bereichen Recht, Verwaltung, Management und Wirtschaft können zusammen mit Kompetenzen, die an anderen Hochschulen vermittelt werden - z.B. in den Bereichen Informatik, Technik, Sozialwesen, Kultur, Medien und Pädagogik - zu neuen Studienangeboten in Kooperation mit fachlich unterschiedlichen Hochschulen führen. Die HVF Ludwigsburg nahm mit Hochschulen im regionalen Umfeld Kontakt auf und erzielte Bereitschaft zur Kooperation in den folgenden Fällen:

	<b>Studiengang</b>	<b>Kooperationspartner</b>
1	Bachelor Verwaltungsinformatik	FH Heilbronn
2	Bachelor Umwelttechnik/-recht	HfT Stuttgart
3	Bachelor Gesundheitsmanagement	eFH Reutlingen/Ludwigsburg
4	Bachelor Kultur-/Medienbildung	PH Ludwigsburg
5	Bachelor Erwachsenenbildung	PH Ludwigsburg

Die neuen Studiengänge sollen die juristischen, wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Kompetenzen unserer Hochschule mit den technischen, sozialen und pädagogischen Kompetenzen der genannten Hochschulen zu den neuen Studiengängen kombinieren. Die Realisierung der Ausbaupläne hängt von der raschen Umsetzung der Beschlüsse des Finanzausschusses ab (unten 1.2.9). Die Wettbewerbslage verschlechtert sich durch Zeitablauf, da andere Hochschulen des Landes mit erheblichem Aufwand zunehmend für sie völlig neue Studiengänge im öffentlichen Sektor anbieten.

## **1.2. Entwicklung der Hochschule**

### **1.2.1. Rektorat**

Zum 1.12.2005 trat Rektor Prof. Jost Goller nach 25 Jahren Tätigkeit an der Hochschule und nach 13 Jahren Amtszeit als Rektor in den Ruhestand. Die akademische Feier zu seiner Verabschiedung fand unter Beteiligung vieler Gäste aus dem In- und Ausland im Schloss in Ludwigsburg statt.

- Zum neuen Rektor wurde Prof. Walter Maier gewählt, der seit der Hochschulfusion im Jahr 1999 Prorektor der HVF gewesen war und vor der Fusion die Hochschule für Finanzen geleitet hatte. Die sechsjährige Amtszeit dauert von 1.12.2005 – 30.11.2011.
- Kanzler Walter Veigel, das zweite hauptamtliche Mitglied, das für die Wirtschafts- und Personalverwaltung verantwortlich ist, wurde auf Vorschlag des Rektors gewählt (Amtszeit von 28.4.2006– 27.4.2012). Er hatte zuvor das Amt des Verwaltungsdirektors der Hochschule inne.

Für die beiden nebenamtlichen Rektoratsmitglieder wurde das bisherige geltende Verfahren (Amtszeit drei Jahre) beibehalten.

- Sein Amt als Prorektor führt Prof. Dr. Dr. h.c. Helmut Hopp fort, der für den Studien- und Prüfungsbetrieb, das Qualitätsmanagement, für den Masterstudiengang Europäisches Verwaltungsmanagement, für das Walter-Hallstein-Programm und für Forschung und Entwicklung zuständig ist.
- Neuer Prorektor wurde Prof. Wolfgang Rieth. Zu seinem Aufgabengebiet gehören die Organisationsentwicklung, die informationstechnischen Einrichtungen mit dem Vorsitz im Lenkungsausschuss des Informationszentrums, das Controlling, das Zulassungsverfahren und die Leitung des Akademischen Auslandsamts.

### **1.2.2. Aus der Arbeit des Hochschulrats**

Die HVF hat sich für einen „mittleren“ Hochschulrat entschieden, der aus 9 Mitgliedern besteht; davon 5 externe und 4 hochschulinterne Mitglieder; den Vorsitz führt ein externer Vorsitzender. Die Regelungen über Zahl und Amtszeit der Mitglieder wurden in der Grundordnung getroffen (§ 20 Abs.3 und 5 LHG, zu den Mitgliedern 12.4). Der Hochschulrat trat im Berichtszeitraum sieben Mal zusammen. Die Diskussionen im alten und im neuen Hochschulrat verliefen sehr konstruktiv und mit großem Engagement für die HVF Ludwigsburg. Die Beschlüsse waren fast immer einstimmig.

#### **14. Sitzung am 26.10.2005**

- Entwicklung der Stellensperren bei Professoren
- Reform der grundständigen Studiengänge
- Bestätigung der Wahl der Prorektoren
- Jahresbericht des Rektors

#### **15. Sitzung am 22.02.2006**

- Stellungnahme zu der neuen Grundordnung
- Beschluss über den Haushaltsvoranschlag
- Auswahlausschuss zur Hochschulratswahl
- Einsetzung des Kanzlers
- 2 Funktionsbeschreibungen von W 2 Professuren im Fachbereich 4

#### **16. Sitzung am 26.07.2006**

- Lehrexport, Vollzug der kw-Vermerke
- Planung Studienjahr 2006/07
- Funktionsbeschreibung einer W 2 Professur im Fachbereich 2
- Funktionsbeschreibung einer W 2 Professur im Fachbereich 4
- Kooperationsvereinbarung mit der Ev. Fachhochschule Ludwigsburg
- Präsentation der HVF im Landesprojekt „Hochschule 2012“
- Stellungnahme zu Fragen der Umstrukturierung der Hochschule

**17. Sitzung am 19.10.2006**

- Wahl des Vorsitzenden und des Stv. Vorsitzenden des Hochschulrats
- Bericht des Rektors
- Vorstellung der Struktur- und Entwicklungsplanung 2006/07 - 2011/12
- Ergebnisse der ersten Stufe im Landesprojekt „Hochschule 2012“

**18. Sitzung am 22.12.2006**

- Stellungnahme zum Bericht des Rechnungshofs
- Funktionsbeschreibung einer W 2 Professur im Studiengang Allgemeine Finanzverwaltung
- Nachwahl eines Hochschulratsmitglieds

**19. Sitzung am 22.02.2007**

- Stellenbesetzungssperre, Mittelschöpfungsverbot
- Bericht des Rektors zum Wirtschaftsjahr 2006
- Personalplanung wissenschaftliches Personal
- Diskussion der Struktur- und Entwicklungsplanung 2006/07 - 2011/12

**20. Sitzung am 08.05.2007**

- Beschluss der Struktur- und Entwicklungsplanung 2006/07 - 2011/12
- Einrichtung einer Forschungsstelle für Personal- und Arbeitsrecht
- Stellensituation wissenschaftlicher Dienst
- W-Besoldung
- Kooperation mit der PH Ludwigsburg im Studiengang „Kultur- und Medienbildung“

**1.2.3. Aus der Arbeit des Senats**

Die Amtszeit der Mitglieder im Senat erhöhte sich durch die Neuregelung im LHG von zwei auf vier Jahre. Die gesetzlichen Vorgaben für die gruppenmäßige Zusammensetzung des Senats waren in der Grundordnung zu regeln. Der Senat trat im Berichtszeitraum 15 Mal zusammen. Die wichtigsten Beschlüsse betrafen die folgenden Themen:

**29. Sitzung am 25.10.2005**

- Name der neuen Fakultät I
- Bericht des Rektors

**30. Sitzung am 30.11.2005**

- Übergangsbestimmungen Masterstudiengang Europ. Verwaltungsmanagement
- Beschluss der Evaluationsordnung
- Beschluss der Verwaltungsordnung für das Informationszentrum

**31. Sitzung am 18.01.2006**

- Implementierung des Bologna-Prozesses
- Wahl der Evaluationsbeauftragten der Hochschule

**32. Sitzung am 21.02.2006**

- Beschluss der Wahlordnung
- Stellungnahme zum Haushaltsvoranschlag 2007/08

**33. Sitzung am 22.02.2006**

- Beschluss der Grundordnung

- Satzung zur Verleihung von Honorarprofessuren

#### **34. Sitzung am 27.06.2006**

- Änderung der Zulassungssatzung Masterstudiengang
- Satzung über die Zuordnung der Studiengänge zu den Fakultäten
- Nutzerausschuss im Informationszentrum

#### **35. Sitzung am 18.07.2006**

- Stellungnahme zu Fragen der Umstrukturierung der Hochschule
- Kooperationsvereinbarung mit der Ev. Fachhochschule Ludwigsburg

#### **36. Sitzung am 06.09.2006**

- Bestätigung der Liste der Mitglieder des Hochschulrats
- Zulassungsverfahren für den gehobenen Verwaltungsdienst

#### **37. Sitzung am 28.09.2006**

- Zulassungsverfahren und Zulassungssatzung für den gehobenen Verwaltungsdienst

#### **38. Sitzung am 08.11.2006**

- Prüfung des Rechnungshofs
- Beschluss der Geschäftsordnung des Senats
- Satzung Bibliotheksgebühren

#### **39. Sitzung am 06.12..2006**

- Beschluss der AStA-Satzung
- Ethik-/Nachhaltigkeitsbeauftragter
- Qualitätsmanagement

#### **40. Sitzung am 17.01.2007**

- Bericht der Gleichstellungsbeauftragten
- Stellungnahme zum Bericht des Rechnungshofs

#### **41. Sitzung am 21.02.2007**

- Erörterung der Struktur- und Entwicklungsplanung 2006/07 - 2011/12
- Aufbau eines Alumni-Netzwerks

#### **42. Sitzung am 02.05.2007**

- Beschluss der Struktur- und Entwicklungsplanung 2006/07 - 2011/12
- Forschungsstelle Personal- und Arbeitsrecht
- Kooperation mit der PH Ludwigsburg im Studiengang „Kultur- und Medienbildung“
- Bestellung von zwei Honorarprofessoren der Fakultät I

#### **43. Sitzung am 26.06.2007**

- Bericht zur Umstellung der Diplomstudiengänge auf Bachelorstudiengänge
- Diskussion über die Ergänzung des Leitbildes der Hochschule

#### **1.2.4. Hochschulstruktur**

Im Berichtszeitraum wurde in der neuen Grundordnung die Weiterentwicklung der Hochschulstruktur mit der Konzentration auf zwei Fakultäten vollzogen. Bei der Hochschulfusion im Jahr 1999 hatten die Hochschule öffentliche Verwaltung sechs und die Hochschule

für Finanzen fünf Fachbereiche. In einem ersten Schritt wurden die elf Fachbereiche auf vier reduziert. Auf Grund der Empfehlungen einer vom Senat eingesetzten Arbeitsgruppe sind in der Grundordnung nunmehr seit dem 1.9.2006 nur noch zwei Fakultäten vorgesehen, denen die folgenden Studiengänge zugeordnet sind:

- **Fakultät I Management und Recht**, der die Studiengänge Gehobener Verwaltungsdienst, Rentenversicherung, Allgemeine Finanzverwaltung und Archivare zugeordnet sind,
- **Fakultät II Steuer und Wirtschaftsrecht**, welcher der Studiengang Steuerverwaltung zugeordnet ist.

Weitere Studiengänge:

- Der Studiengang Europäisches Verwaltungsmanagement ist beiden Fakultäten gemeinsam zugeordnet.
- Außerdem wird der Masterstudiengang Kulturmanagement durchgeführt. Er ist jedoch ein Studiengang der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg. Bei ihr liegt auch das Satzungsrecht. Die HVF ist Kooperationspartner.
- Schließlich bietet die Hochschule seit 2002 in Zusammenarbeit mit dem Justizministerium einen Kontaktstudiengang zur Weiterbildung der Führungskräfte der Justiz im Bereich der Neuen Steuerungsinstrumente an.

### 1.2.5. Gebäudebetrieb und räumliche Situation

Infolge der Optimierung der Raumnutzungsmöglichkeiten konnte zum WS 2006/07 die Außenstelle im Refa-Gebäude aufgegeben bzw. an die PH Ludwigsburg übergeben und der Lehrbetrieb in das Hauptgebäude verlegt werden. Durch den Rückbau von Räumen der Bibliothek und des Rechenzentrums sowie durch die Konzentration der Hochschulverwaltung konnten zusätzliche Lehrsäle im Hauptgebäude geschaffen werden. Die Hochschule ist in folgenden Gebäuden der Reuteallee 36 untergebracht:

- Gebäude 4 (ein Stockwerk für Rektorat, Hochschulverwaltung, Fakultätssekretariate, ein Stockwerk für Vorlesungen),
- Gebäude 5 (ein Stockwerk für EDV-Werkstatt und EDV-Vorlesungsräume),
- Gebäude 6 (5 Stockwerke für Vorlesungsräume und Dozentenräume, die Bibliothek und ein Lagergeschoss),
- Barackengebäude „Villa“ mit Vorlesungsräumen und Dozentenzimmern, die jedoch wegen des sehr schlechten baulichen Zustandes nur noch eine begrenzte Zeit nutzbar sind.

Im Zusammenhang mit EDV-Verkabelungsarbeiten wurden die Gebäude der HVF grundlegend renoviert und die Raumnutzungsmöglichkeiten entsprechend den Bedürfnissen der Hochschule verbessert. Die auf 16 Bauabschnitte ausgelegten Baumaßnahmen wurden im September 2007 im Wesentlichen abgeschlossen. Die Renovierung der Treppenhäuser und der Cafeteria im Bauteil 6 steht noch aus.

### 1.2.6. Personalstruktur

#### Struktur des Lehrkörpers

Die Verteilung der Professoren auf die Fachbereiche sieht folgendermaßen aus (Stand 01.09.2007):

- Fakultät I: 39 Professorenstellen (davon 3 k.w. zum 1.1.2008)
- Fakultät II: 37 Professorenstellen

Die Verminderung von Professorenstellen ist auf den Vollzug der k.w.-Vermerke zum Abbau der Überkapazitäten im Ausbildungsgang für den gehobenen Verwaltungsdienst zurückzuführen. Bei den Professorenstellen sind noch 3 k.w.-Vermerke vorhanden, die haushaltsmäßig zum 1.1.2008 vollzogen werden. Seit dem Jahr 2000 mussten insgesamt 18 k.w.-Stellen bei den Professoren erfüllt werden. Die Personalstruktur, die schon derzeit im Altersaufbau extrem ungünstig ist, würde durch weitere k.w.-Vermerke noch ungünstiger. Fehlende Stellenbesetzungen erschweren außerdem die Innovation bestehender und die Implementierung neuer Studienangebote.

### **Struktur des Verwaltungspersonals**

Beim sonstigen Personal mussten seit der Hochschulfusion im Jahr 1999 acht k.w.-Stellen bei den Mitarbeitern erfüllt werden, die damals ausgebracht wurden. Davon ist noch 1 k.w.-Vermerk vorhanden, der spätestens zum 31.12.2009 zu vollziehen ist. Welche Folgerungen für das Personal aus dem Bericht des Rechnungshofs gezogen werden, ist bei Abfassung dieses Berichts noch offen.

#### **1.2.7. Einführung der W-Besoldung**

Das Rektorat erließ durch Beschluss die Ordnung über die Vergabe von Leistungsbezügen und Zulagen gemäß § 9 der Leistungsbezügeverordnung. Danach sind grundsätzlich Leistungsbezüge möglich aufgrund besonderer Leistungen in der Forschung, in der Lehre, der Weiterbildung und bei der Nachwuchsförderung, die erheblich über dem Durchschnitt liegen und in der Regel über mehrere Jahre erbracht worden sind.

Leistungsbezüge zu den relativ niedrigen Grundgehältern der W-Besoldung können nur gezahlt werden, wenn die Hochschule einen entsprechenden Vergaberahmen hat. Der Vergaberahmen richtet sich nach dem Besoldungsdurchschnitt (§ 34 BBesG). Dieser wird zwar für jede Universität im Lande einzeln ermittelt, aber für die baden-württembergischen Fachhochschulen insgesamt nach einem landesweiten Durchschnitt festgesetzt. Wegen dieser Deckelung ist an der HVF Ludwigsburg derzeit noch kein Vergaberahmen vorhanden. Aufgrund der Alterstruktur des Lehrkörpers, der bis auf wenige Ausnahmen aus Gründen der Besitzstandswahrung weiter nach der Besoldungsgruppe C besoldet wird, übersteigen die gezahlten Gehälter den Besoldungsdurchschnitt. Deshalb können an die Professoren der W-Besoldung noch keine Zulagen gezahlt werden. Diese Situation wird sich ändern, wenn die freien Stellen besetzt werden können. Die vertretbare Bezahlung der Professorinnen und Professoren in der W-Besoldung hängt wesentlich davon ab, dass ältere Professorinnen und Professoren in den Ruhestand gehen und die Stellen nicht mehr durch k.w.-Stellen wegfallen.

#### **1.2.8. Einführung von Bachelor- und Master-Studiengängen**

Das LHG schreibt die wesentlichen Elemente des Bologna-Prozesses im Sinne der Vereinbarungen der Kultusministerkonferenz fest. Die gestufte Studienstruktur, die auf einem modularisierten und mit Studien-Credits versehenen System aufbaut und als Abschluss den Bachelor oder Master vorsieht, wird als Regel verbindlich vorgegeben. Staatsexamensstudiengänge bleiben zwar von dieser Regelung unberührt (§ 29 Abs.3 LHG). Es besteht aber kein gesetzliches Hindernis für eine entsprechende Studienreform. Die HVF hat beschlossen, alle grundständigen Studiengänge vom Diplom auf den Bachelor umzustellen. Damit wird die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Studiums an der HVF Ludwigsburg gestärkt. Die zuständigen Gremien beschlossen auch, zusätzliche externe Bachelorstudiengänge einzurichten und weitere Masterstudiengänge vorzubereiten.

Die Studiengänge Gehobener Verwaltungsdienst und Steuerverwaltung beginnen im Wintersemester 2007/08 mit dem Bachelorstudium. Damit ist die Umstellung bereits für mehr als 80 % der Studierenden erfolgt. Die Studiengänge Allgemeine Finanzverwaltung und Rentenversicherung werden zum Beginn des Studienjahres 2008/09 ebenfalls reformiert.

Die verstärkte Kompetenzorientierung des Studiums, die Modularisierung der Curricula, die Festlegung der studentischen Arbeitsbelastung, die Benotung und das Leistungspunkte- und Prüfungssystem bringen erhebliche Veränderungen mit sich. Den Studierenden wird mehr Eigenverantwortung für die Gestaltung ihres Studiums übertragen. Der Hochschulabschluss lautet Bachelor of Arts.

Die Kompetenzziele, Curricula, Modulhandbücher, Rechtsgrundlagen und sonstigen Unterlagen wurden in einer mehr als dreijährigen Vorbereitungszeit unter Beteiligung aller Hochschulgruppen und der Fachpraxis entwickelt. Ein zur Erarbeitung von Eckpunkten eingesetzter Lenkungsausschuss traf Festlegungen im Hinblick auf die Erarbeitung von Kompetenzprofilen und Leitzielen. Jeder Studiengang richtete eine Koordinierungsgruppe und modulbezogene Fachgruppen ein. Der Reformprozess wurde von einer Befragung von Praktikern, Absolventen und Studierenden begleitet. Für alle Bachelorstudiengänge wird derzeit das Akkreditierungsverfahren durch die ZEvA Hannover betrieben.

Parallel zu den Bachelorstudiengängen läuft das Diplomstudium, das zum letzten Mal im September begonnen wurde, bis zum Jahr 2010 dauert und in gewohnt guter Qualität geboten werden muss. In den Sommersemestern 2008, 2009 und 2010 werden im Studiengang Gehobener Verwaltungsdienst (statt bisher zwei) infolge der Umstellung drei Studienjahrgänge gleichzeitig an der Hochschule sein. Dies wird zu einer steigenden Belastung des Lehrkörpers und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Hochschulverwaltung führen. In der (Selbst-)Überforderung liegt eine Gefahr, deren wir uns bewusst sein müssen.

### **1.2.9. Struktur- und Entwicklungsplanung**

Der Struktur- und Entwicklungsplan für die Studienjahre 2007 bis 2011 wurde vom Senat in seiner Stellungnahme am 2. Mai 2007 gem. § 19 Abs. 1 Nr. 3 LHG einstimmig verabschiedet und vom Hochschulrat am 8. Mai 2007 durch Beschlussfassung gem. § 20 Abs. 1 Nr. 3 LHG einstimmig angenommen. Herausragende Vorhaben sind neben der Bachelor-Umstellung der Diplomstudiengänge die Einrichtung neuer Bachelor- und Masterstudiengänge, die Kooperation mit anderen Hochschulen im nationalen und internationalen Kontext, der Ausbau der Weiterbildungsangebote, die Verstärkung der Forschung und Entwicklung sowie die Einrichtung eines umfassenden Qualitätsmanagements an der Hochschule.

### **1.2.10 Rechnungshof**

Der Landesrechnungshof prüfte im Jahr 2006 die Organisation und das Personal der Hochschulen in Ludwigsburg und in Kehl und machte in seiner Denkschrift strukturelle Vorschläge, die inhaltlich weitgehend den Vorgängen in Niedersachsen bei der Auflösung der dortigen Verwaltungshochschule entsprechen. Der Rechnungshof will die Ausbildung der Beschäftigten in den Städten, Gemeinden und Landkreisen sowie in den staatlichen Behörden aus der Aufsicht der Fachressorts herauslösen und „an die wechselnden Bedürfnisse des Marktes anpassen“. Zu diesem Zweck schlug der Rechnungshof vor, die Studiengänge der Hochschulen für öffentliche Verwaltung Ludwigsburg und Kehl auf andere allgemeine Hochschulen oder Berufsakademien im Land zu verteilen.

Die Auflösung der zentralen Einrichtung würde aus Sicht der Hochschule zu einer nicht hinnehmbaren Verschlechterung der Ausbildung des öffentlichen Dienstes in Baden-Württemberg führen. Die bestehenden Synergien und Lehrverflechtungen zwischen den Studiengängen würden durch die Verlegung an verschiedene Standorte zerstört und könnten an anderer Stelle nicht in vergleichbarer Qualität wieder aufgebaut werden. In ähnlicher Weise äußerte sich Innenminister Heribert Reicht am 21.3.2007 bei seinem Besuch an der HVF Ludwigsburg und am 25.4.2007 im Plenum des Landtages, indem er feststellte: „Beide Fachhochschulen sind Garanten dafür, dass die kommunalen und staatlichen Verwaltungen motivierte und bestens ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter be-

kommen.“ In der anschließenden Landtagsdebatte schloss sich Wissenschaftsminister Prof. Dr. Frankenberg den Aussagen des Innenministers in vollem Umfang an.

Ziel der Hochschule ist die Eingliederung als Hochschule in den allgemeinen Hochschulbereich mit einem eigenständigen Profil als Dienstleistungsunternehmen für den öffentlichen Sektor mit hohem wissenschaftlichem Standard. Der Finanzausschuss des Landtages schlägt hierzu vor, die Struktur der Studiengänge und die Hochschulstruktur zu prüfen und auf der Grundlage der Evaluierung eines vollständig abgeschlossenen Ausbildungszyklus dem Landtag bis zum 1. September 2011 Vorschläge für eine mögliche Reform vorzulegen.

Der Rechnungshof schlug bei Berücksichtigung der Studienanfängerzahlen und bei Erhöhung des Lehrbeauftragtenanteils und der Gruppengrößen die Streichung von Professorenstellen vor. Auch drei Mitarbeiterstellen sollen betroffen sein. Der Finanzausschuss des Landtages beschloss hierzu, die Landesregierung zu ersuchen, die bei gegebener Aufgabenstellung aufgezeigten Einsparpotenziale unter Berücksichtigung reformbedingter Änderungen „zur Hälfte“ zu realisieren. Welche Folgerungen hieraus zu ziehen sind, ist bei Abfassung dieses Berichts noch offen.

Positiv zu bewerten ist das Ersuchen des Finanzausschusses an die Landesregierung,

- die Errichtungsverordnung der Hochschulen für öffentliche Verwaltung so zu ändern, dass neue Studiengänge bedarfsorientiert zugelassen werden können, die auch externen Bewerbern offen stehen,
- ergebnisoffen zu prüfen, ob die Hochschulen für öffentliche Verwaltung in Ludwigsburg und Kehl in die zweite Stufe des Ausbauprogramms „Hochschule 2012“ aufgenommen werden können.

### **1.3. Qualitätssicherung**

#### **1.3.1. Qualitätsmanagement**

Die HVF Ludwigsburg erließ im November 2005 eine Evaluationsordnung in Form einer Hochschulsatzung, die den gesetzlichen Auftrag zur Evaluation (§ 5 LHG) in den folgenden Formen regelt:

- Lehrevaluation,
- Selbstevaluation (interne Evaluation),
- Fremdevaluation (externe Evaluation / peer evaluation).

Diese Evaluationsmaßnahmen sind Bestandteil eines zu entwickelnden umfassenden Gesamtkonzepts der hochschulweiten Qualitätsentwicklung und -sicherung. Die institutionelle Qualitätskultur hängt davon ab, dass die Hochschule in allen Leistungsbereichen einen vierstufigen Qualitätsregelkreis implementiert. Dieser besteht aus

- der Formulierung eines verbindlichen Systems valider Qualitätsziele,
- der Implementierung der zur Zielverfolgung erforderlichen Organisationsstrukturen und Prozessabläufe,
- der periodischen internen und externen Revision der Ziele, Prozesse und Organisationsstrukturen,
- der Definition eines konkreten Maßnahmenprogramms, das die Erkenntnisse der Revision zur Weiterentwicklung des Qualitätssicherungssystems nutzt.

Die Hochschule hat die folgenden Schritte unternommen, um ihre Qualität zu erhalten und systematisch weiterzuentwickeln:

- Es wurden Qualitätskreise eingerichtet, in denen sich die Mitglieder einer Funktionseinheit aus der Hochschulverwaltung bzw. aus den Fakultäten regelmäßig mit dem Ziel treffen, auf lokaler Ebene und an den Schnittstellen zu anderen Gruppen Verbesserungschancen zu identifizieren und umzusetzen.
- Durch den Senat der Hochschule wurde als Lenkungsgruppe ein Senatsausschuss Qualitätsmanagement eingesetzt, der aus je einem Mitglied der verschiedenen Qualitätskreise besteht. Der Ausschuss hat die Aufgabe, Kernaktivitäten zu vereinbaren, deren Stand zu überprüfen und übergreifende Fragen zu bearbeiten, in denen die einzelnen Qualitätskreise nicht allein weiterkommen.
- In Workshops der Hochschulleitung, der Dekanate und der Abteilungsleiter der Hochschulverwaltung wurden Grundsätze zur Qualitätsentwicklung erarbeitet. Ein Workshop hierzu wurde durch Dr. Roloff von der Fa. Cobus, die Hochschulen berät, moderiert und aufbereitet.
- Es wurde eine Befragung der Studierenden in den Studiengängen Innenverwaltung, Steuerverwaltung, Rentenversicherung und Allgemeine Finanzverwaltung vorgenommen. Der Fachbereich Steuer- und Wirtschaftsrecht befragte darüber hinaus auch die Professorinnen und Professoren. Die Ergebnisse wurden in den erweiterten Fachbereichsräten besprochen und notwendige Verbesserungen eingeleitet.
- Im Ausbildungszweig Steuerverwaltung fand im Jahr 2005 eine umfassende zweiteilige Evaluation des Steuerstudiums statt, die überprüfen sollte, wie sich die im Jahr 2002 erfolgte Reform des Steuerbeamtenausbildungsgesetzes (StBAG) auswirkte. An der Befragung, die positive Ergebnisse erbrachte, nahmen 96% aller Studierenden teil.

Folgende weiteren Maßnahmen sind geplant und sollen im Studienjahr 2007/08 umgesetzt werden:

- Lehrberichte der Fakultäten,
- Mitarbeitergespräche im Verwaltungsbereich der Hochschule,
- Zielvereinbarungen mit den Abteilungen der Hochschulverwaltung und mit den Fakultäten.

### **1.3.2. Lehrevaluation**

Frau Prof. Dr. Kathrin Hänel

Um die anstehenden Evaluationen technisch bewältigen zu können, erwarb die Hochschule im Frühjahr 2006 das computergestützte Evaluationssystem EvaSys. Mit dessen Hilfe können sowohl Fragebögen erstellt als auch elektronisch ausgewertet und umgehend jedem Dozenten individuelle Auswertungsberichte zugesandt werden.

Im selben Studienjahr wurden auf Basis der Satzung die Evaluationsbeauftragten der Hochschule und der vier Studiengänge berufen. Außerdem vergab die HVF im Studienjahr 2006/07 im Rahmen eines Werkvertrages den Auftrag, ein umfassendes Konzept zur Evaluation von Studium und Lehre an der HVF zu entwickeln. Das im Frühjahr 2007 fertig gestellte Konzept sieht langfristig vor, die Verbesserung der Qualität von Studium und Lehre durch einen kontinuierlichen Ist-Soll-Abgleich sowie Ableitung geeigneter Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung zu erreichen. Dabei sollen acht Evaluationsbausteine zum Einsatz kommen, so u. a. die Lehrevaluation, die Befragung von Studienanfänger und Absolventen zu Studieninhalten und -organisation, die Dozentenbefragungen zur Arbeitssituation und zur Lernsituation in konkreten Veranstaltungen und die Evaluation von Verwaltungsleistungen.

Auf Grundlage des Beschlusses, die Hochschuleevaluation mit der schrittweisen, anonymen Evaluation der Lehre einzuleiten, fand in einer ersten Etappe im Studienjahr 2005/6 eine freiwillige Lehrevaluation in der Fakultät 2 statt. Das vorrangige Ziel bestand im Sammeln von Erfahrungen mit dem Evaluationssystem EvaSys. Begleitet wurde diese Maßnahme von individuellen Beratungsangeboten.

Im zweiten Schritt wurden im Studienjahr 2006/07 ein bis zwei Vorlesungen aller hauptamtlichen Dozenten der Hochschule durch die Studierenden evaluiert. Die Dozenten konnten auf elektronischem Wege Wünsche bzgl. der Fächer und der zu befragenden Studiengruppe abgeben. Die Befragung und die sich anschließenden Auswertungsgespräche fanden i.d.R. in der Semestermitte statt, um Verbesserungsmaßnahmen gleich im laufenden Semester vornehmen zu können. Eingesetzt wurden zwei Fragebögen: Ein wissenschaftlich gut beforschter (Rindermann, 1999) und eine von den Evaluationsbeauftragten gekürzte Version. Die Studierenden und Dozenten wurden durch entsprechende Informationsschreiben mit Zielen, Rahmenbedingungen und dem Vorgehen bei der Lehrevaluation vertraut gemacht. Ebenso wurden Empfehlungen an die Studierenden und die Dozenten für das Führen von Auswertungsgesprächen, insbesondere Feedbackregeln, etabliert.

Im Anschluss an die Lehrevaluation fand eine Metaevaluation statt: Alle Beteiligten wurde gebeten, den Prozess und die Zufriedenheit mit der Evaluation einzuschätzen.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die Lehre der Dozenten von den Studierenden überwiegend mit sehr gut, gut und befriedigend eingeschätzt wird. Die Lehrevaluation halten die Studierenden für wichtig. Allerdings wurden immer wieder Zweifel geäußert, ob die Lehrenden die Evaluation auch ernst nehmen. Dem gegenüber erlebten die Dozenten die Evaluation als hilfreich und positiv bestätigend. Sie geben an, dass sie neue Anregungen erhalten haben, die sie auch umsetzen wollen. Die Lehrevaluation ist damit von den Beteiligten positiv angenommen worden. Der Austausch zwischen Lehrenden und Studierenden hat neue Impulse erhalten. Im Studienjahr 2007/08 sollen auch die nebenamtlichen Dozenten in die Lehrevaluation einbezogen werden.

## **1.4. Öffentlichkeitsarbeit**

Prof. Eberhard Ziegler, Dr. Isa-Dorothee Gardiewski

### **1.4.1 Publikationen**

Zur Verabschiedung von Rektor Jost Goller im November 2005 erschien die Festschrift „Mut zur Veränderung“ (Herausgeber Prof. Maier, Prof. Dr. Hopp, Prof. Ziegler). Die auf mehr als 350 Seiten 27 Beiträge umfassende Festschrift gibt einen umfassenden Überblick über die Breite des wissenschaftlichen Ansatzes und der Lehre, wie er sich bei Professoren und Lehrbeauftragten unserer Hochschule darstellt. Die Beiträge gliedern sich in die Bereiche Rechtswissenschaft (A), Wirtschafts-, Sozial- und Kommunalwissenschaften (B) sowie Steuerrecht (C). Der vierte Teil der Festschrift beinhaltet Beiträge von Kollegen unserer Partnerhochschulen aus dem ost- und westeuropäischen Ausland und drückt die besondere Verbundenheit aus, die der Hochschule und ihrem Rektor im europäischen Wissenschaftsraum zuteil wird. Mit der Festschrift für Jost Goller erwarb sich die Hochschule hohe Anerkennung in den gesamten Bereich der öffentlichen Verwaltung. Besonderes Lob zollten z.B. Ministerpräsident Oettinger und Innenminister Rech.

Für die Außendarstellung der Hochschule ist die Hochschulzeitschrift DIALOG von zentraler Bedeutung, die unter der Redaktion von Prof. Ziegler zweimal jährlich erscheint. Im Berichtszeitraum wurde erstmals eine Leserumfrage durchgeführt, die in erfreulicher Weise bestätigte, dass der DIALOG in seiner Leserschaft hohe Wertschätzung genießt. So wurde der DIALOG z.B. bei den Kriterien „Inhalt der Artikel“, „sprachliche Qualität“, und „Umfang der gesamten Zeitschrift“ von über 80% der an der Umfrage teilnehmenden Leser mit „gut bis sehr gut“ bewertet.

Dennoch wurden weitere Verbesserungen auf den Weg gebracht. So wurde das Layout der Zeitschrift behutsam weiterentwickelt, wobei wegen der engen finanziellen Grenzen nicht alles Wünschenswerte realisiert werden konnte. Immerhin ist es gelungen, neben dem vierfarbigen Titelbild die Innenseiten der Zeitschrift zweifarbig zu gestalten. Alle Seiten haben nun z.B. einen durchgehenden festen Rahmen in Form eines Farbbalkens, desgleichen befinden sich die Seitenzahlen in passenden Farbbalken am Fuß der Seite. Inhaltlich konnte vor allem die Einbeziehung von Studierenden weiter intensiviert werden, um sie so in konkret praktischer Arbeit auf eine mögliche zukünftige Tätigkeit im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit von Verwaltungen vorzubereiten. So ist insbesondere die Rubrik „Studierende interviewen“ zu einem der beliebtesten Bestandteile der Zeitschrift geworden. Dies lässt sich schon an der beeindruckenden Liste der Interviewpartner ablesen: So standen Ministerpräsident Günther Oettinger, Landesvorsitzende der SPD Ute Vogt, OB Jochen K. Kübler MdL, Vorsitzender der WGV Jochen Haug etc. unseren Studierenden für Interviews zur Verfügung.

Neu ist die Artikelserie „Karrieren“, in der jeweils drei Absolventen der Studiengänge unserer Hochschule, die seit ein, fünf bzw. zehn Jahren in der Praxis tätig sind, ihre berufliche Entwicklung nach dem Studium schildern und dabei auch die Bedeutung des Studiums für ihre berufliche Laufbahn betonen. Nach der Innenverwaltung und der Allgemeinen Finanzverwaltung werden im nächsten DIALOG Absolventen des Studiengangs Steuerverwaltung von ihren Erfahrungen berichten.

Im gesamten Berichtszeitraum erschienen vielfältige Fach-Publikationen der Professoren und Lehrbeauftragten der Hochschule in Form von Monografien, Lehrbüchern, Beiträgen in Zeitschriften etc. Ein Hinweis auf diese Publikationen erfolgt regelmäßig in der Hochschulzeitung DIALOG.

Der Studienführer der Hochschule wurde völlig neu konzipiert und modernisiert. Das Layout wurde weiterentwickelt und die inhaltlichen Schwerpunkte noch mehr zu einer breiten Darstellung der Leistungsfähigkeit der Hochschule hin akzentuiert. Das beinhaltet auch, dass der Studienführer ab Wintersemester 2005/2006 nicht mehr in Printversion erscheint, sondern auf die Homepage unserer Hochschule eingestellt wird und von dort Informationen herunter geladen werden können.

#### **1.4.2 Pressearbeit**

Die Hochschule konnte ihre Pressearbeit in erheblichem Umfang intensivieren und erweitern. So wurde pro Woche ca. eine Presseerklärung herausgegeben, Journalisten wurden an die Hochschule geladen und es fanden Hintergrundgespräche mit Pressevertretern vor Ort statt. Einzelne Professoren – wie z.B. Prof. Ziegler – stellten in Pressegesprächen Diplomarbeiten ihrer Diplomanden vor, über die dann in Sonderseiten der Zeitung ausführlich berichtet wurde.

Dies alles führte zu einer verstärkten Berichterstattung über die Hochschule in der regionalen und überregionalen Presse. Die Themen erstreckten sich dabei von Fragen der Studienreform über die Berufsaussichten unserer Absolventen bis hin zu Vorstellung von Forschungsergebnissen.

Darüber hinaus wird über unsere Hochschule regelmäßig in der Verwaltungszeitung Baden-Württemberg berichtet, dem Organ des Verbands der Verwaltungsbeamten. Die vierteljährlich erscheinende Zeitung bietet den beiden Verwaltungshochschulen des Landes ein Fenster, in dem die über 6000 Mitglieder des Verbands über aktuelle Vorgänge an den Hochschulen, interessante Veranstaltungen, praxisorientierte Projekte und neue Entwicklungen informiert werden.

### 1.4.3 Werbung für einzelne Studiengänge

An den jährlich stattfindenden Studientagen der Hochschule konnten regelmäßig ca. 150 Schülerinnen und Schüler begrüßt werden. „Neugierige Blicke schweifen am Mittwochmorgen im B-Foyer der Fachhochschule Ludwigsburg umher: Interessierte Schüler von ganz Baden-Württemberg nutzen den Studientag am 22. November 2006, um die Fachhochschule mit ihren verschiedenen Studiengängen näher unter die Lupe zu nehmen“, berichtete z.B. die Verwaltungszeitung Baden-Württemberg.

Die von Prof. Ziegler mit Studierenden organisierte Veranstaltung beginnt mit einer persönlichen Begrüßung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, wozu Brezeln und Getränke gereicht werden. Gerade durch diese persönliche Ausrichtung, die die gesamte Veranstaltung prägt, vermag sich unsere Hochschule der großen Konkurrenz von Massenhochschulen wie z.B. den Universitäten Stuttgart und Tübingen, an denen am gleichen Tag der Studientag angeboten wird, zu erwehren. In einer anschließenden Talk-Runde – moderiert von SWR-Redakteur Knut Bauer – werden alle Studiengänge der Hochschule durch Studierende vorgestellt. Danach erfolgt eine Aufteilung in Kleingruppen zur Präsentation der einzelnen Studiengänge und zur Teilnahme an einer Original-Vorlesung. Ebenfalls in Kleingruppen erfolgt durch Studierende unserer Hochschule eine Führung durch die hochschulinternen Einrichtungen wie Rechenzentrum, Bibliothek, Studierendensekretariat etc. Um einen ersten Eindruck vom studentischen Leben zu ermöglichen steht auch eine Besichtigung des Studentendorfes und den unterschiedlichen Unterbringungsmöglichkeiten in den Wohnheimen auf dem Programm.

Die Einführung des Bachelor-Studiengangs machte eine völlige Überarbeitung des bisherigen Flyers für den Studiengang Innenverwaltung erforderlich. Zudem zog sich das Innenministerium, das bisher den Flyer herausgegeben hatte, von dieser Aufgabe zurück. In Zusammenarbeit mit der FH Kehl übernahm Prof. Ziegler federführend diese Aufgabe und legte einen neu gestalteten und mit informativen Texten versehenen Flyer vor, der von der Hochschulleitung als attraktives Werbemedium an alle Gemeinden in Württemberg versandt wurde.

Desgleichen wurden professionell gestaltete Musteranzeigen für die Amtsblätter der Gemeinden erstellt und den Gemeinden im Land zugänglich gemacht.

Die Hochschule beteiligte sich unter Mitwirkung von Studierenden aller Studiengänge auch an Ausbildungsmessen im Stuttgarter und Mannheimer Raum. Eine steigende Nachfrage der angebotenen Studiengänge konnte auch durch die rege Ausleihe unseres Messestandes an umliegende Gemeinden für Städte- und Wirtschaftsmessen festgestellt werden.

Für das Verfahren der erfolgreichen Akkreditierung des Masterstudiengangs "Master of Arts - European Public Administration" wurde ein Marketingkonzept erstellt und bei der Zentralen Evaluations- und Akkreditierungsagentur zur Vorlage gebracht. Der internationale Studiengang wurde verstärkt vermarktet, ein neuer Flyer gedruckt und ein Graduate Catalogue mit allen bisherigen Absolventen des Masterstudiengangs für potentielle Arbeitgeber zusammengestellt und versandt.

### 1.4.4 Ludwigsburger Hochschulforum „Studium und Praxis – Zukunft des öffentlichen Dienstes“

Über 300 Experten verschiedener Fachrichtungen aus Wissenschaft und Fachpraxis aus dem ganzen Bundesgebiet diskutierten am 12.6.2006 in der Aula, wie die Hochschulen des öffentlichen Dienstes weiterentwickelt werden können, darunter Landtagsabgeordnete, Vertreter aus den Ministerien sowie zahlreiche Angehörige aus der staatlichen und kommunalen Verwaltung. Die Hochschule hatte namhafte Experten aus Wissenschaft und Verwaltung als Referenten eingeladen. Die Zukunft von Studium und Praxis wurde aus verschiedenen Perspektiven thematisiert und in Impulsreferaten, in Diskussionsforen und in einer Podiumsdiskussion untersucht.

Der frühere monolithische Block der FHöD in der Bundesrepublik stellt heute ein Netzwerk unterschiedlicher Formen von Hochschulen und Fakultäten dar, die nicht nur untereinander, sondern auch mit den Verwaltungshochschulen anderer Länder europaweit zusammenarbeiten. Die HVF Ludwigsburg erfüllt die institutionellen Kriterien der allgemeinen Hochschulen (Körperschaft des öffentlichen Rechts, hochschulgemäße Personalstruktur, Bestellung der Leitungsorgane auf Zeit). Die Befreiung vom Korsett der Errichtungsverordnung würde der HVF jedenfalls dann fast nur Vorteile bringen, wenn es gelänge, die bisherige Effizienz und Praxisnähe der Ausbildung zu erhalten. Voraussetzung ist, dass die Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst für die Absolventinnen und Absolventen attraktiv bleiben. Dessen ungeachtet kann die Externalisierung derzeit nicht umgesetzt werden. Die unterschiedliche Rechtslage in Bund und Land lässt keine einheitlichen Lösungen für alle Studiengänge zu, sondern würde nur eine Teilexternalisierung der landesrechtlich geregelten Studiengänge erlauben. Die Teilexternalisierung könnte zur Aufspaltung der HVF führen. Der im StBAG und in der StBAPO geregelte Studiengang Steuerverwaltung kann ohne ausdrückliche Änderung dieser bundesrechtlichen Rechtsgrundlagen nicht externalisiert werden. Die geplante Dienstrechtsreform bleibt abzuwarten.

#### **1.4.5 Kindern den Studienalltag begreifbar machen (KinderUniversität)**

Eine besondere Form der Werbung zukünftiger Studierender ist die im Rahmen der Bildungsoffensive der Stadt Ludwigsburg im Sommer 2006 ins Leben gerufene "KinderUniversität Ludwigsburg" für Kinder von acht bis zwölf Jahren. Das Konzept basiert auf einer Kooperation der Stadt Ludwigsburg mit den örtlichen Hochschulen wie der Pädagogischen Hochschule, der Evangelischen Fachhochschule, dem Deutsch-Französischen Institut und unserer Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen. Den Kindern nicht nur Wissen zu vermitteln, sondern auch eine "Zukunftsorientierung" zu geben ist das erklärte Ziel dieses Projekts. Soweit es sinnvoll und machbar ist, wird der Vorlesungsbetrieb an einer deutschen Hochschule simuliert. Dozenten sind verschiedene Professoren der Hochschulen im Kooperationsverbund. Während diese vor allem den inhaltlichen Part des Projekts übernehmen, zeichnet die Stadt Ludwigsburg durch den Fachbereich Bildung, Familie, Sport für einen großen Teil der Organisation verantwortlich. Da sich die Jungen und Mädchen der KinderUniversität wie richtige Studenten und Studentinnen fühlen sollen, gehören die Immatrikulation, ein eigens kreierter Studentenausweis, ein Studienbuch und natürlich ein großer Hörsaal dazu. Zwei Semester erfolgreiche KinderUniversität liegen hinter uns.

- Im ersten Semester beleuchtete Prof. Dr. Jörg Knies mit seiner Fragestellung "Bin ich ein Fahrraddieb, wenn ich ..?" das Recht im Kinderalltag. Von seiner Vorlesung waren die Kinder hellauf begeistert: Da wurden kurze und klare Fälle aus dem Kinderalltag vorgestellt und die Kinder durften sich dann in die Position des Richters versetzen und Entscheidungen fällen, wobei grundlegende rechtliche Ausführungen den Kindern natürlich erspart blieben.
- Prof. Scheel fesselte die Teilnehmer mit seiner Vorlesung „Haltet den Dieb“, in der er spannende kriminologische Themen vorstellte.
- Unter dem Motto "Bitte Ruhe! - Wir sind auf Sendung" nahm Frau Dr. Gardiewski M.A. die Kinder mit ins hauseigene Tonstudio, wo sie Hörfunkluft schnuppern und einen Blick hinter die Kulissen des Hochschulradios "HoRadS" werfen konnten. Ursprünglich waren zwei Veranstaltungen geplant, am Ende waren es vier. Aus dem aufgezeichneten Sendematerial haben die real Studierenden zwei Radiosendungen gefahren und sind damit sofort auf Platz 1 der Campuscharts gelandet. Solche Veranstaltungen haben einen sinnvollen pädagogischen Zweck, sind medienwirksam und dienen der Imageverbesserung der Hochschulen.

### **1.4.5 Hochschulradio**

Als Mitglied des Vereins HochschulRadio Stuttgart (HoRadS) e.V. fährt die Fachhochschule Ludwigsburg für öffentliche Verwaltung und Finanzen seit dem WS 2004/2005 Radio-sendungen mit Informationen rund um den Studienbetrieb. Junge und engagierte Studentinnen aus dem Wahlpflichtfach "Marketing und Öffentlichkeitsarbeit" an der Fachhochschule Ludwigsburg recherchierten, schrieben und sprachen Woche für Woche ihre Reportagen und Moderationen für die einzelnen Sendungen. "Wir machen Radio von Studierenden für Studierende. Wir wollen aber auch jene Bürger ansprechen, die sich für Bildung und Wissenschaft, Kunst und Kultur sowie soziale Themen interessieren. Themen, die in anderen Radiosendern nicht hörbar sind", lautet die Programmphilosophie, die sich im Claim des HochschulRadios Stuttgart widerspiegelt "HoRadS - wir senden Zukunft".

### **1.4.6 Interne Öffentlichkeitsarbeit**

Die beiden in den Bauteilen 4 und 6 aufgestellten Presse-Infowände fanden großen Anklang und animierten sogar Professoren und Studierende auch Publikationen über Themen von Hochschule und Studiengängen außerhalb unseres Verbreitungsgebietes dort anzubringen. Von den über die Aktivitäten der Hochschule und ihrer Angehörigen veröffentlichten Artikeln wurde ein Pressespiegel erstellt und den Mitgliedern der Hochschulleitung ausgehändigt.

Auf Grundlage der Katalogzusammenstellung des Zukunftsforums "Gemeinsam die Hochschule der Zukunft gestalten" wurde das vorläufige Leitbild als farbige Hängeversion von der Flurdecke herab an verschiedenen Stellen im gesamten Gebäude gehängt. Das endgültige und vom Senat und Hochschulrat der Hochschule beschlossene aktuelle Leitbild wurde danach als DIN A3-Plakat in den Büros der Verwaltungsangestellten, der Professoren und in allen AG-Räume angebracht.

### **1.4.7 Personelle Situation**

Die personelle Ausstattung des Bereichs Öffentlichkeitsarbeit ist nach wie vor unbefriedigend. Es fehlt an dauerhafter Verwaltungskapazität, die für die kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit die Verantwortung übernimmt. Bisher war lediglich eine halbe Verwaltungskraft auf Mittelbasis im Bereich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit tätig, die auch noch andere Projekte betreute, aber zum 31.08.2007 aus der Hochschule ausschied. Ein/e Nachfolger/in kann, solange keine Stelle bewilligt ist, ebenfalls lediglich in aus Haushaltsmitteln finanzierten Projekten beschäftigt werden.

## 1.5. Verein der Freunde

Kanzler Walter Veigel

### 1.5.1 Zahl der Mitglieder

Im Berichtszeitraum konnte durch weitere Werbemaßnahmen und attraktive Veranstaltungen die Zahl der Eintritte von Mitgliedern, insbesondere aus dem Bereich der Studierenden und Absolventen, aber auch aus dem Lehrkörper und der Verwaltung, nochmals erhöht werden. Leider ist wegen der schlechten Finanzlage der öffentlichen Haushalte die Zahl der Mitgliedskommunen rückläufig. Die Zahl der Mitglieder beträgt derzeit ca. 1 400.

### 1.5.2 Finanzielle Zuwendungen an die Hochschule

Der Verein hat die Fachhochschule durch die Gewährung von Zuschüssen finanziell für Folgendes unterstützt:

- studentische Exkursionen im In- und Ausland
- Seminare und Workshops
- Zuschüsse für Aktivitäten des AStA und des Studentenrats
- Übernahme von Versicherungsprämien für Veranstaltungen der Studierenden
- Abos für Fachzeitschriften und Tageszeitungen
- Auszeichnung der Preisträger
- Herausgabe der Hochschulbroschüre
- Druckkostenzuschuss für den „Dialog“
- Zuschüsse zur Durchführung der Diplomierungsfeiern

Dafür wurden folgende Mittel aufgebracht:

- im Jahr 2005 14 603 €
- im Jahr 2006 13 411 €
- im Jahr 2007 ca. 17 000 €

Außerdem hat der Verein der Freunde wieder das aus dem EU-Programm „Leonardo da Vinci“ finanzierte Projekt „Praktikantenstellen in der baden-württembergischen Kommunalverwaltung“ für ungarische Studierende der Universität für Wirtschafts- und Verwaltungswissenschaften Budapest/Ungarn bis zum Geldeingang vorfinanziert. Ohne diese Maßnahme hätte dieses wichtige Projekt im Rahmen der europäischen Integration nicht durchgeführt werden können.

### 1.5.3 Auszeichnung der Preisträger

Der Verein hat es sich zur Aufgabe gemacht, die besten Absolventen der einzelnen Studiengänge bei der jährlichen Diplomierungsfeier durch Preise wie folgt auszuzeichnen:

Bester Absolvent V-Zweig

Bester Absolvent W-Zweig

Bester Absolvent Rentenversicherung

Bester Absolvent Allgemeine Finanzverwaltung

Bester Absolvent Steuerverwaltung

Zweitbester Absolvent Steuerverwaltung

Neben den vom Vereinsvorsitzenden eingeworbenen wertvollen Sach- und Geldspenden von der kommunalen Seite und der Württembergischen Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie erhielten die Preisträger vom Verein jeweils eine Geldspende.

## 1.5.4 Sonstige Aktivitäten

### Fachwissenschaftlicher Tag

Der Fachwissenschaftliche Tag fand auch in den Jahren 2006 und 2007 bei den Vereinsmitgliedern und bei sonstigen Interessierten regen Zuspruch.

- Beim Fachwissenschaftlichen Tag am 20.06.2006 wurden in Kooperation mit der KStG folgende Themen behandelt: „Herausforderung an das Kommunale Management“, Steuern mit Kennzahlen, Best Practice und Benchmarking, Interkommunale Zusammenarbeit, Chancen und Risiken des Neuen Haushalts, TVÖD: Umsetzungsempfehlungen.
- Der Fachwissenschaftliche Tag am 21.06.2007 befasste sich unter der Leitung von Prof. Peter Raviol mit der „Herausforderung Demografischer Wandel“. Unsere Kollegin Frau Dr. Claudia Hübner, Staatsrätin für Demografischen Wandel und für Senioren, führte in ihrem Auftaktvortrag in das Thema ein. Dieser und alle weiteren Vorträge sind auf der Website [www.fh-ludwigsburg.de](http://www.fh-ludwigsburg.de) über den Link zum Verein der Freunde abrufbar.

### Studienreisen

In der Zeit vom 12. bis 16.6.2006 führte der Verein für seine Mitglieder unter der Leitung unseres Geschäftsführenden Vorstandsmitgliedes, Prof. Peter Raviol, eine Studienreise nach Brüssel durch. Höhepunkte der Studienreise waren:

- Besuch des Europäischen Parlaments einschließlich Führung durch das Gebäude sowie einem Gespräch mit Herrn Stahl, Generalsekretär des Ausschusses der Regionen
- Besuch des Rates der Europäischen Union mit Vorträgen zum Thema „Erweiterung der EU, Zukunft der Europäischen Verfassung“
- Vorstellung der Arbeit des Europabüros der baden-württembergischen Kommunen durch Herrn David Linse, Leiter des Büros und Absolvent der HVF
- Vortrag von Frau Eva Lieber, Europäische Kommission Generaldirektion Regionalpolitik zum Thema: „Die Zukunft der EU-Strukturförderung in Baden-Württemberg“
- Gespräche über die Aufgaben und die Arbeitsweise der Europäischen Kommission, Vorträge zu ausgewählten Themen
- Führung durch die Landesvertretung Baden-Württemberg, durch Herrn Richard Arnold, dem Leiter der Landesvertretung Baden-Württemberg und anschließend Vesper in der Schwarzwaldstube
- Stadtrundfahrt in Brüssel sowie ein Tagesausflug nach Ostende mit Besuch der Hansestadt Brügge

Im Jahr 2007 führte der Verein eine Studienreise nach Wien durch. Höhepunkte der Studienreise waren die Stadtrundfahrt in Wien, die Wienerkundung auf eigene Faust sowie der Besuch der BRATISLAVSKY SAMOSPRÁVNÝ KRAJ (Regionalverwaltung in Bratislava) mit Vortrag und Diskussion über die dortige Regionalverwaltung „Region Bratislava an der Grenze zu Österreich und Ungarn“ und anschließende Führung durch die Stadt.

## 1.6. Hochschuleinrichtungen

### 1.6.1. Informationszentrum

Im Jahr 2005 bildete die Hochschule ein Informationszentrum (IZ) als zentrale Betriebseinrichtung im Sinne von § 28 Abs. 2 Landeshochschulgesetz. Aufgaben und Organisation des IZ regelt auf der Grundlage von § 13 der Grundordnung der Hochschule die Verwaltungsordnung für das IZ der HVF. Im IZ arbeiten die Einrichtungen der Hochschule zusammen, die mit deren Versorgung mit Literatur und neuen Medien sowie mit der Durchführung von Kommunikations- und Informationsverarbeitung befasst sind. Das IZ der Fachhochschule Ludwigsburg besteht aus den Abteilungen Bibliothek und Rechenzentrum. Jede Abteilung hat eigene Kernkompetenzen, die vom Lenkungsrat des IZ festgelegt werden. Die beiden Leiter der Abteilungen bilden gemeinsam mit einem Mitglied des Rektorats den Lenkungsrat des IZ. Dieser leitet das IZ als Kollegialorgan. Den Vorsitz hat das Mitglied des Rektorats. Der Lenkungsrat wird vom Nutzerausschuss beraten (beratender Senatsausschuss).

Aufgabe des IZ ist die Versorgung der Hochschule mit Literatur und anderen Medien, die Koordinierung, Planung, Verwaltung und der Betrieb von Diensten und Systemen im Rahmen der Kommunikations- und Informationstechnik. Weitere Ziele sind die Zusammenarbeit mit externen Einrichtungen und Personen, die Koordination der interdisziplinären Zusammenarbeit und die Unterstützung anwendungsbezogener Forschungs- und Entwicklungsprojekte.

### 1.6.2. Rechenzentrum

Die Errichtung des IZ führte auch zu einem personellen Wechsel im Rechenzentrum. Die bisherige wissenschaftliche Leitung des RZ wurde aufgegeben. Wie bei der Bibliothek wurde auch im RZ seit 1.3.2006 eine dem Rektorat unterstellte Abteilungsleitung eingerichtet, wie dies inzwischen an fast allen Hochschulen üblich ist.

Die Hochschule verfügt aktuell über eine gute bis sehr gute Ausstattung im Bereich der DV-Infrastruktur sowohl für Studierende und Lehrende als auch für die Hochschulverwaltung. Dies gilt insbesondere für die Ausstattung mit Hardware, aber auch für die Angebote im Softwarebereich. Hier sind neben der selbstverständlichen Office-Palette insbesondere die Anbindungen an die wesentlichsten Recherche- und Wissensdatenbanken zu nennen, aber auch Angebote für Praktika in wichtiger Anwendungssoftware. Kooperationen mit privaten und öffentlichen Stellen haben sich bewährt. In enger Zusammenarbeit mit der DATEV wird u.a. ein Übungsfinanzamt und eine Übungssteuerkanzlei für die Steuerverwaltung betrieben. Praktika in der aktuellen Finanzverwaltungssoftware für die Innenverwaltung finden in enger und sehr bewährter Kooperation mit dem Regionalen Rechenzentrum in Stuttgart und der Datenzentrale statt.

Eigene Entwicklungen im Rahmen anwendungsbezogener Forschung, teilweise aus Mitteln des LARS-Projektes finanziert, unterstützen die interdisziplinäre Zusammenarbeit in der Lehre in der Hochschule. Dazu gehört das Projekt Online-Dokumente BGB und das Projekt Recht im Internet von Frau Prof. Dr. Kohler-Gehrig, Web-gestützte Wissenstools wie die Linkbibliothek und die Dokumentendatenbank, sowie ein auf die speziellen Bedürfnisse der Hochschule zugeschnittenes Online-Anmelde- und Verwaltungssystem für sämtliche mitarbeitsintensiven Veranstaltungen, welches aus einem eigenen studentischen Projekt entstanden ist.

Die Hochschule ermöglicht für Studierende und Lehrende den Fernzugriff auf das persönliche Laufwerk und den persönlichen DV-Arbeitsplatz und hat web-basierte Werkzeuge für

den Bereich der Lehrorganisation entwickelt bzw. bereitgestellt. In der Testphase sind verschiedene Plattformen zur Implementierung von e-Learning-Angeboten.

Im Bereich der Hochschulverwaltung finden neben Office-Standard-Anwendungen ganz überwiegend HIS-Programme Anwendung. Für den Bereich der Innenverwaltung wurde jüngst mit HIS-ZUL ein weiteres Produkt dieser Familie eingeführt. Die Module HIS-Bau und HIS SuperX befinden sich im Aufbau. Die Mitarbeiter werden durch ein Schulungsprogramm regelmäßig auf dem aktuellen Stand gehalten.

### **1.6.3. Bibliothek**

Dipl.Bibl. Michael Söffge

#### **Medienbestand**

Der Bibliothek standen in den Haushaltsjahren 2005, 2006 und 2007 an Haushaltsmitteln € 253.000 und € 264.037 sowie € 184.000 zur Verfügung. Aus diesen Mitteln wurden unter anderem bis Ende des Sommersemesters 2007 insgesamt 10.741 Bände angeschafft und inventarisiert. Durch die gute Mittelvergabe verfügt die Bibliothek derzeit über einen ausgezeichneten und aktuellen Medienbestand in allen Rechtswissenschaften (Verwaltung und Steuer), den Gastbenutzer in ihren Heimatbibliotheken meist nicht vorfinden und deshalb den oft weiten Weg nach Ludwigsburg in Kauf nehmen. Vor allem die Freihandaufstellung führt dazu, dass Gastbenutzer ihre Haus- oder Magisterarbeiten nicht selten in der Bibliothek anfertigen.

#### **Mahnwesen**

Im Berichtszeitraum wurden in 4671 Mahnungen insgesamt 2111 Medien angemahnt. Die Mahneinnahmen beliefen sich auf 5220,81 €. Im vorherigen Berichtszeitraum beliefen sich die Mahneinnahmen auf 2033,60 €. Mit der neuen Bibliotheksgebührenordnung vom November 2006 wurden die Mahngebühren jedoch nicht angehoben.

#### **Fernleihe**

Seit Oktober 2006 nimmt die Bibliothek gebend und nehmend am überregionalen Leihverkehr teil. Rechtzeitig zur Anfertigung der Diplomarbeiten wurde die Fernleihe sofort sehr gut von den Benutzern angenommen. Bis August 2007 wurden 236 nehmende FL notiert. Dabei ist der Zeitraum für nehmende Fernleihen einzugrenzen auf November bis März, während die Diplomarbeiten angefertigt werden. In den übrigen Monaten spielt die nehmende FL bisher keine große Rolle.

Sehr positiv zu bewerten ist, dass sich die FH-Bibliothek sofort zu einem wichtigen FL-Geber für die Bibliotheken in ganz Deutschland entwickelt hat. Von Oktober 2006 bis August 2007 hatte das Bibliothekspersonal bereits 1282 FL-Anfragen von Außen zu bearbeiten. Davon konnten 837 positiv erledigt werden, 445 negativ, da die Bücher zum Zeitpunkt der Anfrage verliehen oder Präsenzbestand waren.

Durch den sehr guten Medienbestand im Bereich BWL (Sachgruppe H) ist die Anfrage dort konstant hoch.

Die Einführung der Fernleihe war nur durch die große Motivation der Bibliotheksmitarbeiter möglich, da für diesen Bereich kein zusätzliches Personal zur Verfügung steht und dieser vollständig vom bibliothekarischen Personal mitgetragen werden muss.

Die Kosten (Versand und Bearbeitung), die von der gebenden Hochschule getragen werden müssen, werden jährlich durch einen Kostenausgleich vom BSZ verrechnet. Da die FH-Bibliothek bislang in der FL mehr gibt als nimmt wurden ihr im ersten Jahr bereits 471,00 € zurückerstattet.

#### **Ausleihe**

Mit Einführung der Fernleihe und wachsenden Besitznachweisen von Titelsätzen im Web-OPAC und überregionalen Verbundkatalogen sowie die Lockerung der Präsenzbestände ist die Anzahl der Ausleihen (inkl. Verlängerungen) in den letzten Jahren überdurchschnittlich angestiegen und wird 2007 auf ein neues Rekord-Hoch zusteuern:

- 2005: 47.291
- 2006: 70.320
- 2007: 60.778 (bis 31.08.)

Die hohe Anzahl der Vormerkungen (01.09.2005 – 30.8.2007: 5486) zeigt, dass die Benutzer den elektronischen WebOPAC verstehen und nutzen, was in erster Linie auf die Bibliothekseinführungen zurückzuführen ist, die als Pflichtveranstaltungen durchgeführt werden.

### **Bestandsaufbau**

Mit einer studentischen Mitarbeiterin werden seit Frühjahr 2007 alle Zettelkatalogkarten elektronisch als Kurzkatalogisat in LIBERO aufgenommen. Dadurch wird die Arbeit beim Recherchieren und Systematisieren für die Bibliotheksmitarbeiter wesentlich erleichtert und ermöglicht präzisere Auskünfte und zentrale Recherchen. Diese Titelsätze werden für die Benutzer nicht im WebOPAC angezeigt. Das Projekt wird voraussichtlich im Frühjahr 2008 abgeschlossen sein.

Im Berichtszeitraum fanden in den Sommermonaten mehrere Großaktionen statt. So wurden 9351 Bücher ausgesondert, bearbeitet und die verschiedenen Kataloge bereinigt. Diese hohe Zahl hing mit den immer noch sehr hohen Altbeständen in den Bereichen Steuer und Recht zusammen und soll sich in den kommenden Jahren auf einem Viertel jährlich einpendeln.

Des Weiteren wurden mehr als 1700 Diplomarbeiten der Jahre 1997 bis 2007 in einer Tabelle mit Autor, Titel, Gutachter, Sperrvermerk, Digitales Exemplar erfasst. Die Diplomarbeiten wurden uns 2006 vom RP überstellt und werden künftig von der Bibliothek archiviert.

Zudem wurde der Compactus, den die Bibliothek im Herbst 2006 als neues Magazin erhalten hat, entrümpelt, neu organisiert und geordnet.

Weiter wurde die A-Gruppe (ein- und mehrsprachige Wörterbücher) umsystematisiert und übersichtlich nach den einzelnen Sprachen geordnet.

Durch die Überarbeitung und Reduzierung der Abos bei den Loseblattwerken von vormals über 600 auf 426 ist es gelungen, die umfangreichen Einsortierarbeiten weitgehend ohne studentische Hilfskräfte zu bewerkstelligen.

Die Retro-Katalogisierung macht weiter gute Fortschritte. Neben dem gesamten Steuerrecht und der Gruppe Europarecht (Z) wurden im Berichtszeitraum auch die Gruppen Zivilrecht (Y), Finanzrecht (R), Kommunalrecht (P), Öffentlicher Dienst (Q) und Beamtenrecht (Q) komplett elektronisch erfasst und sind nun elektronisch recherchierbar.

Bis Mitte 2007 wurde (seit der LIBERO-Einführung im April 2004) bereits über 50% des Bibliotheksbestandes elektronisch erfasst. Dies geschieht ohne externe Hilfskräfte und muss zusätzlich zum vorhandenen Aufgabenspektrum vom Bibliothekspersonal bewältigt werden. Für genaue Statistiken und bestmögliche Recherche ist es auch in den kommenden Jahren oberstes Ziel der Bibliotheksmitarbeiter, die Retro-Katalogisierung weiter zu forcieren.

### **Organisation und Räumlichkeiten**

Die Anzahl der PC-Arbeitsstationen für Benutzer wurde aufgrund der starken Frequentierung weiter ausgebaut. Dabei wurde die Zahl von sechs auf neun Rechner erhöht. Diese Anzahl wird von uns aufgrund der vorhandenen Poolräume im Haus als ausreichend angesehen, um weiterhin ein ungestörtes Arbeiten in der Bibliothek zu gewährleisten.

Die insgesamt sechzehn Workstations im Benutzer- und Mitarbeiterbereich wurden im August 2007 gegen moderne und leistungsfähigere Pentium 4 1,8 GHz-Prozessoren ausgetauscht und verfügen alle über ein DVD-Laufwerk. Einzig die bisherigen WebOPAC-

Rechner wurden beibehalten, da der geringe benötigte Leistungsumfang dieser Rechner einen Austausch nicht rechtfertigt.

Ein PC ist darüber hinaus mit DVD-Brenner und separatem Scanner ausgestattet. Neben dem bisherigen s/w-Drucker können die Studierenden in der Bibliothek seit Ende 2006 außerdem auf einen Farb-Laserdrucker zugreifen, was die graphische Gestaltung der Diplomarbeiten enorm aufwertet.

### **Baumaßnahmen**

Die Umbaumaßnahmen im Innenbereich der Bibliothek sind sehr positiv verlaufen und führten insgesamt zu einer wesentlich frischeren und ansprechenderen Optik. Die Bibliothek ist nun an allen vier Innenwänden mit zusätzlichen PC-Anschlüssen ausgestattet worden, so dass räumliche Anpassungen der Arbeitsstationen problemlos zu bewerkstelligen sind.

Große Probleme bereiteten und bereiten der Bibliothek dagegen die Sanierungen der Treppenhäuser sowie der Austausch der Fenster und Rollläden. Die mangelhafte Arbeitsweise der Firmen machten es dem Bibliothekspersonal oft nur unter großen Mühen möglich den Ausleihbetrieb aufrecht zu erhalten. Durch die zeitlichen Verzögerungen der Bauabschnitte ist die Bibliothek mehrere Monate ohne Aufzug was für Benutzer und Anlieferer zu großen Erschwernissen führt. Die Serviceleistungen für Rollstuhlfahrer (Ausleihe und Buchrückgabe) müssen weiterhin über das Studentensekretariat abgewickelt werden. Die Verzögerungen beim Montieren der Rollläden macht ein Arbeiten an den PCs im Nutzerbereich nahezu unmöglich und war nur durch das Abkleben der Scheiben mit Packpapier möglich.

### **EDV-System, Internetauftritt, Datenbanken**

Im Berichtszeitraum konnte die Bibliotheksleitung neue und günstigere Konsortialverträge für Beck-Online abschließen. Das Datenbankangebot wurde zudem um die Rechts- und Steuerdatenbank LEGIOS erweitert. Auch konnten einige Nationallizenzen für kostenfreie Datenbanken eingebunden werden, die das Bestandsangebot ergänzen.

In einem Projekt mit der WLB Stuttgart wurden außerdem die Zeitschriften der HVF-Bibliothek katalogisiert und in die ZDB (Zeitschriftendatenbank) und somit in den WebOPAC integriert, was die Recherche auf eine zentrale Suchmaske reduziert.

Seit September 2007 nimmt die Bibliothek auch an der EZB (elektronische Zeitschriftenbibliothek) teil, die alle elektronisch verfügbaren Zeitschriften der teilnehmenden Bibliotheken auflistet und auch viele kostenfreie Volltexte anbietet.

Auch an DBIS hat sich die Bibliothek im August 2007 angeschlossen. DBIS listet alle online zugänglichen Datenbanken der teilnehmenden Bibliotheken auf. Davon mehr als 2700 mit freiem Zugang zu den Volltexten.

Seit September nimmt die Bibliothek zudem am Hochschulserver OPUS teil. Er soll hauptsächlich dazu genutzt werden, um Diplom- und Masterarbeiten der HVF öffentlich zu publizieren. Für 2007 haben bereits 25 Studierende der Veröffentlichung in OPUS zugestimmt.

Die bisher im Intranet veröffentlichten hauseigenen Diplomarbeiten wurden gelöscht, da für eine Veröffentlichung in OPUS kein Einverständnis mehr einzuholen war.

Seit August 2007 verfügt die Bibliothek auch über Gast-Logins, die den Gastbenutzern die Recherche im Internet und den Zugriff auf die Datenbanken der HVF erlauben. Eine Ausdruck- und eine Ausleihmöglichkeit ist nicht vorgesehen.

Im November 2007 soll im Bereich Bibliothekssoftware die neue LIBERO Version 5.3. erscheinen, die neben zahlreichen Neuerungen auch einen (zwischenzeitlich gesetzlich vorgeschriebenen) barrierefreien WebOPAC enthalten wird.

### **Bibliothekseinführungen/Teaching Library**

Die Einführung in die Bibliotheksbenutzung, die 2005 erstmals für alle Studierenden gemeinsam als Pflichtveranstaltung stattfand, hat sich bewährt und wird so weitergeführt. Die dafür entwickelte Power-Point-Präsentation führte zu einer großen Zeitersparnis für die Bibliotheksmitarbeiter, da bisher alle Einführungen per AG abgehalten wurden (ca. 35 pro Jahr). Seit 2006 finden diese Einführungen zudem in Zusammenarbeit mit dem RZ als IZ-Einführungen statt.

Im Jahr 2006 wurden erstmals Einführungen in das wissenschaftliche Arbeiten (mit Schwerpunkt Vorbereitung auf die Diplomarbeit) und Einführungen in die Datenbanken des IZ angeboten. Diese Veranstaltungen wurden von den Studierenden sehr positiv aufgenommen und werden 2007 fortgesetzt.

Die Bibliotheksleitung verfolgt damit den Ansatz der Teaching Library mit dem Ziel eines dreistufigen Einführungsmodells, das aus einer allgemeinen Grundlageneinführung, einer Einführung in die Datenbankrecherche und einer Einführung in das wissenschaftliche Arbeiten bestehen wird.

Im Oktober 2007 wird die Bibliothek in einem Projektmodell erstmals auch alle PH-Studierenden zur Ausleihe zulassen. Die Kommunikation (Vormerkbenachrichtigungen) findet dabei ausschließlich über die Benutzerkonten via WebOPAC statt, die Mahnungen werden ab der 1. Mahnung per Post zugestellt. Für alle Studierenden wird die eingeführte Chipkarte von InterCard künftig als Bibliotheksausweis genutzt.

## 1.7. Neuentwicklungen in Studium und Lehre

### 1.7.1. Zulassungsverfahren im Studiengang gehobener Verwaltungsdienst

Prorektor Prof. Rieth

Die HVF Ludwigsburg und die FH Kehl übernahmen im Sommer 2006 von den vier Regierungspräsidien das Zulassungsverfahren und die Personalverwaltung im Studiengang Gehobener Verwaltungsdienst. Die Reduzierung von vier auf zwei verwaltende Stellen spart Kosten und stellt die Hochschulverwaltungen vor neue Herausforderungen, die sie sehr gut meistern. Das Zulassungsverfahren, das im Herbst 2007 schon für den nächsten Studienjahrgang durchgeführt wird, hat die Stellung der Hochschulen Ludwigsburg und Kehl im Ausbildungssystem gestärkt. Das Verfahren stellt sicher, dass die vorhandenen Ausbildungskapazitäten ausgeschöpft werden, und führt durch die Auswahltests an der Hochschule und durch die Auswahlgespräche in den Praxisstellen dazu, dass nur gut qualifizierte Studierende zugelassen werden. Die Attraktivität des Studiums zeigt sich in der steigenden Bewerberzahl für die 500 Studienplätze (2007: 2.518, 2008: 2.850).

Jahr (Ausbildungsbeginn)	Bewerberzahl im Studiengang Gehobener Verwaltungsdienst
1996	2.679
1997	2.267
1998	1.996
1999	1.694
2000	1.947
2001	2.068
2002	1 910
2003	2 359
2004	2 811
2005	2 894
2006	2 908
2007	2 518
2008	2 850

Der Ablauf des Zulassungsverfahrens gestaltet sich wie folgt:

- Festlegung der Zulassungszahl durch das Innenministerium
- Bewerbung bei der jeweiligen Hochschule bis zum 15.10.
- Eignungstests bei der Hochschule im November
- Vorläufige Zulassung aufgrund eines Rankings aus Schulnote und Testergebnis
- Bewerbung und Vorstellungsgespräch bei der Ausbildungsstelle
- Abschließender Bescheid über die endgültige Zulassung durch die Hochschule.

Die erfolgreiche Durchführung des Zulassungsverfahrens im Studiengang Gehobener Verwaltungsdienst führte zu dem Vorschlag der HVF Ludwigsburg an die Fachressorts und an die Ausbildungsbehörden, der Hochschule auch das Zulassungsverfahren der anderen Studiengänge zu übertragen.

### 1.7.2. Masterstudiengang „Europäisches Verwaltungsmanagement-EU“

Studiendekan Prof. Kies, Vae Forscht

Der seit 2001 an den Fachhochschulen Ludwigsburg und Kehl durchgeführte Masterstudiengang „Europäisches Verwaltungsmanagement“ stellt einen interdisziplinären Vollzeitaufbaustudiengang dar, dessen Ausbildungsziel es in erster Linie ist, den Studierenden ein vertieftes Verständnis der Verwaltungs-, Rechts- und Sozialstrukturen einschließlich ihrer Verfahren sowie der Politik, Wirtschaft und Kultur der Mitgliedstaaten der EU und der europäischen Institutionen zu vermitteln. Dabei sind die im Auslandspraktikum gewonne-

nen Erfahrungen in den Bereichen Organisation, Sprachkompetenz und interkultureller Kommunikation von besonderer Bedeutung. Ein Charakteristikum des Masterstudienganges stellt die Zusammensetzung der Studierenden dar, da hier Absolventen der beiden Verwaltungsfachhochschulen Ludwigsburg und Kehl gemeinsam mit Absolventen aus Universitäten und anderen Hochschulen aus dem In- und Ausland das Studium durchführen.

Im Berichtszeitraum sind nach der erfolgreichen Akkreditierung in 2004 und der Änderung der Studien- und Prüfungsvoraussetzungen im Jahr 2005 durch die Umstellung auf ein viersemestriges Studium entscheidende Weichenstellungen für die künftige Weiterentwicklung des Masterstudienganges erfolgt. Seit September 2006 ist Frau Dipl.-Verwaltungswirtin Stephanie Forscht an Stelle von Frau Dipl.-Verwaltungswirtin Katja May für die Verwaltung des Studienganges zuständig, verstärkt wird sie seit dem Frühjahr 2007 von Frau Elfriede Fuchs. Auch in der Studiengangleitung fand ein Wechsel statt: der bisher den Studiengang sehr erfolgreich führende Studiengangleiter Prof. Manfred Matjeka, M.A., kandidierte nicht mehr für eine weitere Periode. Seit November 2006 ist für den Masterstudiengang Prof. Dieter Kies als Studiendekan verantwortlich.

### **Studienjahrgang 2003**

Am 18. März 2005 wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Studienjahrgangs 2003 in feierlichem Rahmen in der Aula der FH Kehl verabschiedet. Den Gastvortrag hielt Generalanwalt am Europäischen Gerichtshof a.D. Prof. Siegbert Alber. In der Masterfeier wurde 15 Studentinnen und Studenten, die am 29. September 2003 an der FH Ludwigsburg ihr Masterstudium begonnen hatten, ihre Urkunde für den „Master of European Public Administration – MPA“ überreicht. Drei ausländische Studierende – Studentinnen von der Corvinus-Universität Budapest – hatten dem Jahrgang 2003 eine internationale Prägung verliehen.

### **Studienjahrgang 2004**

Der Studienjahrgang 2004, der am 28. September 2004 sein 1. Semester in Ludwigsburg begonnen hatte, zeichnete sich durch eine noch weiter zunehmende Internationalität des Studienganges aus: Unter den 13 Studentinnen und Studenten befanden sich sechs Ausländer. Sie stammten aus China, Bolivien, Georgien, Mexiko, Polen und der Mongolei. Ein Drittel der Studierenden verfügte zudem über einen universitären Studienabschluss. Aufgrund der unterschiedlichen Deutschkenntnisse der ausländischen Studierenden wurde zum ersten Mal – in Kooperation mit der PH Ludwigsburg – ein spezieller Sprachkurs für diesen Teilnehmerkreis mit 30 Stunden angeboten. Diese Maßnahme zur Verbesserung der sprachlichen Kompetenz der ausländischen Teilnehmer entsprach auch einer Forderung der Peer-Group im Akkreditierungsbescheid. Neu im „Programm“ des Masterstudienganges war auch eine Exkursion nach Saarlouis zum Bundesamt für Finanzen (BfF, heutige Bezeichnung: Bundeszentralamt für Steuern, BZSt) und nach Luxemburg, wo die Masterstudierenden zusammen mit Studenten aus dem Fachbereich IV in der Zeit vom 12. bis 14. Januar 2005 den Europäischen Gerichtshof (EuGH) und auch die Europäische Investitionsbank (EIB) besuchten.

Am 24. März 2006 fand für den Jahrgang 2004 die Masterfeier an der FH Kehl statt. Gastredner war hier Staats- und Europaminister Stächele. In der feierlichen Veranstaltung erhielten 13 erfolgreiche Absolventen ihre Masterurkunden.

### **Studienjahrgang 2005**

Der erstmals viersemestriges Studienjahrgang 2005 sollte ein recht kleiner Kurs – aber auch ein sehr aktiver Kurs – werden. Von den insgesamt 25 zum Studium zugelassenen Studierenden waren bei der Eröffnungsfeier am 5. Oktober 2005 nur 13 zugegen. Darunter war in diesem Jahrgang nur ein ausländischer Studierender, er kam wieder von der Corvinus-Universität Budapest. Die Zahl der Studierenden, die zuvor ein Studium an der FH Ludwigsburg absolviert hatten, betrug sechs, von der FH Kehl waren zwei Studierende im

Jahrgang vertreten. Im Verlauf des ersten Semesters schieden jedoch drei Studierende aus, da sie sich im Nachhinein für ein anderes Studium entschieden.

Trotz der kleinen Studierendenzahl wurden im ersten Semester drei Wahlpflichtfachangebote durchgeführt und erfolgreich abgeschlossen. Abermals wurde für den gesamten Jahrgang – zahlenmäßig verstärkt durch Studierende der Fakultät II – eine Exkursion nach Saarlouis zum BZSt und nach Luxemburg zu EuGH und EIB in das Programm aufgenommen. Insbesondere die Informationsveranstaltung mit anschließender Diskussionsrunde mit dem wissenschaftlichen Mitarbeiter, Herrn Henze, der Generalanwältin beim EuGH, Frau Prof. Dr. Kokott, hinterließ einen nachhaltig guten Eindruck.

Nach dem zweiten Semester in Kehl und halbjährigem Auslandspraktikum absolvierten 50 % des Jahrganges das Mastersemester bei Prof. Dr. Kese an der FH Ludwigsburg. Die abschließenden Prüfungen der Masterthesen verbunden mit den mündlichen Prüfungen wurden alle erfolgreich bestanden, und so konnte am 26. September 2007 – erstmals im würdigen Rahmen der Villa Reitzenstein – die Masterfeier durchgeführt werden. Der Hausherr, Herr Staats- und Europaminister Stächele, ließ es sich bei dieser Gelegenheit natürlich nicht nehmen, den Festvortrag zu halten und den neuen „Masters of Arts“ ihre Urkunde zu überreichen. Bei dieser Masterurkunde handelte es sich erstmals um ein in deutscher und englischer Sprache ausgestelltes Zeugnis (sog. transcript of records), welches – internationalen Standards entsprechend – um ein Diploma Supplement ergänzt wurde.

### **Studienjahrgang 2006**

Mit der Rekordzahl von 18 Studierenden wurde der Jahrgang 2006 bei der Eröffnungsfeier am 5. Oktober 2006 begrüßt. Erstmals nahm am Masterstudiengang eine Studierende aus St. Petersburg / Russland teil; die zweite Ausländerin im Jahrgang kam von der Corvinus-Universität Budapest. Sechs Studierende hatten zuvor an der FH Ludwigsburg, drei an der FH Kehl studiert; fünf Studierende hatten ein Universitätsstudium absolviert. Mit einer kleinen Feier im Senatssaal der FH Ludwigsburg wurde das Studium durch den Rektor Prof. Maier und den Studiengangleiter an der FH Ludwigsburg, Prof. Matjeka M. A. eröffnet. An der Eröffnungsveranstaltung nahmen auch die Vertreter der FH Kehl, der Studiengangleiter Prof. Dr. Thedieck und Prorektor Prof. Witt teil und unterstrichen mit ihren Redebeiträgen die Bedeutung des Masterstudienganges als gemeinsame Aufgabe der beiden Fachhochschulen Ludwigsburg und Kehl. Als Dozenten wurden im ersten Semester 14 nebenamtliche Lehrbeauftragte eingesetzt; durch sie wurden 235 Vorlesungsstunden gehalten. Die sieben am Studienprogramm beteiligten Professoren der FH Kehl leisteten Vorlesungen im Umfang von 444 Stunden.

### **Studienjahrgang 2007**

Am 2. Oktober 2007 konnte der siebte Jahrgang sein Masterstudium beginnen. Mit der neuen Rekordzahl von 22 Studierenden wurde die im Akkreditierungsbescheid der ZEvA ausgesprochene Empfehlung, das Kontingent von 25 Studienplätzen auszuschöpfen, fast erfüllt. Die Eröffnungsfeier wurde eingeleitet durch eine Rede von Prorektor Prof. Dr. Helmut Hopp. Nach der Begrüßung durch Studiendekan Prof. Dieter und einem Grußwort der M.A.'s Andrea Tchitchi und Nicola Bodner für die ehemaligen Masterabsolventen stellten die im Studiengang eingesetzten Professoren und Lehrbeauftragten ihre Fächer vor. Als neue Kollegin wurde hier Frau Dr. Perron begrüßt, die im Modul Politik und Geschichte mitwirkt. Mit Frau Dr. Perron ist zudem erstmals eine Lehrbeauftragte im Einsatz, die durch das Mathilde-Plank-Lehrbeauftragtenprogramm für Fachhochschulen gefördert wird. Der für den Masterstudiengang zuständige Studiendekan der FH Kehl, Prof. Dr. Gert Fieguth, stellte das Programm des zweiten Semesters vor, ehe die in Ludwigsburg angebotenen drei Wahlpflichtfächer durch deren Anbieter den Studierenden präsentiert wurden. Eine Feier mit alten und neuen Masters und den Dozenten schlossen den Tag ab.

## **Übergangsregelung**

Für die Absolventen der Studienjahrgänge 2001 bis 2004, die ein dreisemestriges Studium absolviert hatten, erarbeiteten die Hochschulen in Kehl und Ludwigsburg eine Übergangsregelung, um ihnen durch eine „Nachmasterung“ die Möglichkeit eines entsprechend akkreditierten Abschlusses mit dem Zugang zum höheren Dienst zu verschaffen.

Im November 2005 beschlossen der Senat der Fachhochschule Ludwigsburg und der Senat der Fachhochschule Kehl die „Übergangsbestimmungen zu der Studien- und Prüfungsordnung für den Masterstudiengang „Europäisches Verwaltungsmanagement, Master of Arts“. Wesentliche Voraussetzungen für die Erlangung des zusätzlichen Abschlusses als „Master of Arts“ sind der Nachweis eines insgesamt sechsmonatigen Praktikums oder einer entsprechenden zwischenzeitlichen Berufstätigkeit mit Europabezug, die Absolvierung eines zweiwöchigen Aufbaulehrganges, der von den beiden Hochschulen Kehl und Ludwigsburg angeboten wird, sowie eine schriftliche Prüfung aus zwei dreistündigen Klausuren in den Modulen 2 und 6 und eine mündliche Prüfung.

An dieser Übergangsprüfung, die für die FH Ludwigsburg von Prof. Manfred Matjeka, M.A., hervorragend organisiert und geleitet wurde, haben im Jahr 2006 36 frühere Absolventen teilgenommen und alle erfolgreich bestanden. Im Jahr 2007 wurde die Übergangsprüfung ein zweites Mal angeboten: hier haben sich drei Teilnehmer/-innen beteiligt. Zwei haben die Prüfung bestanden, die dritte Teilnehmerin wird die Prüfung im November 2007 wiederholen.

## **Werbung**

Zur Steigerung der Studierendenzahl haben verstärkte Anstrengungen im Werbebereich beigetragen. Zu nennen sind hier zum einen Informationsveranstaltungen an den Fachhochschulen, die den Masterstudiengang tragen. Aber auch bei den Partnerhochschulen in Budapest und Saratow haben entsprechende Veranstaltungen zu einer Steigerung der Bewerberzahlen geführt. Flankiert wurden diese durch einen neu gestalteten Flyer, durch ansehnliche Plakate sowie durch Give-aways.

## **Masterraum**

Die Studierenden im Masterstudiengang besitzen mit dem Raum 6.109 ihren eigenen Lehrraum, der besonders auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten ist. Der Raum weist zusätzliche technische Mittel auf wie PC, Beamer, Overhead, Metaplan-Tafeln, abschließbare Gruppenraumschränke, eine Europafahne und Deko-Material auf. Seit dem Beginn des Studienjahrganges 2007 ist der Raum mit Wireless-Lan ausgestattet. In unmittelbarer Nähe befinden sich zudem Lehrsäle mit Rechnern, die dem Studiengang nach Absprache zur Verfügung stehen.

## **Veranstaltungen**

Als Programmergänzung zum Studium ist eine Reihe von zusätzlichen Veranstaltungen zu erwähnen:

Zunächst fand am 6. November 2006 ein von der Studierenden aus St. Petersburg, Ekaterina Mingaleeva, organisierter „russischer Abend“ statt, an dem sie ihre Heimatstadt, aber auch das politische System Russlands vorstellte.

Am 8.12.2006 fand unter der Leitung von Prorektor Prof. Dr. Hopp und der Organisation von Frau Forscht und der Masterstudenten der 2. Europäische Hochschultag der HVF Ludwigsburg statt. Die Veranstaltung stand unter dem Generalthema „Europa und die Kommunen.“ Die Europaabgeordnete Frau Heidemarie Rühle ließ in ihrem Referat keinen Zweifel an der Bedeutung Europas für die Kommunen. Landrat Dr. Rainer Haas, überzeugter Europäer mit Weitblick, zeigte in seinem Vortrag „Europa – quo vadis?“ anschaulich anhand von Beispielen aus der Praxis auf, wie wichtig die europäische Ebene für die Kommunalverwaltungen ist, und sprach über die Situation des Europäischen Verfassungsvertrages. Der Bundestagsabgeordnete Gunther Krichbaum setzte sich mit der

deutschen Ratspräsidentschaft auseinander. Dr. Timm Rentrop vom European Institute for Public Administration (EIPA) setzte sich mit der Direktwirkung von EU-Recht auf die kommunale Ebene auseinander.

Weiter zu erwähnen ist die viertägige Exkursion im Februar 2007 an die Corvinus-Universität in Budapest, wo die Studierenden auf eigene Initiative für den Masterstudiengang warben. Mit dieser ungarischen Hochschule verbindet die FH Ludwigsburg seit vielen Jahren eine intensive Partnerschaft. Der Einladung zu einer Informationsveranstaltung waren dann auch viele ungarische Studierende gefolgt. Im Rahmen einer Powerpoint-Präsentation konnte Florian Domansky, Student im Masterstudiengang, die Zielsetzungen, die Studieninhalte und den Ablauf des viersemestrigen Aufbaustudiengangs darstellen. Seine ungarische Kommilitonin Anita Keresztes stellte im Anschluss gemeinsam mit den beiden ehemaligen ungarischen Praktikanten Csilla Csapó und Csík András die Förderungsmöglichkeiten des Walter-Hallstein-Programms dar. Diese beiden sind nunmehr Studierende im Masterstudiengang Jahrgang 2007. Ein Besuch der Regionalen Entwicklungsagentur West-Pannonien/-Ungarn in Sopron (Ödenburg) mit Vortrag und Diskussion folgte.

Am 03. März 2007 stand für die Studierenden des Masterstudiengangs Europäisches Verwaltungsmanagement im Landtag von Baden-Württemberg eine Großveranstaltung auf der Agenda. Unter dem Titel *Europa – unsere Zukunft. Misch Dich ein!* hatte der Landtagspräsident Peter Straub etwa 800 Schüler und Studierende zu einem Diskussionsforum eingeladen. Mittelpunkt der Veranstaltung war eine Podiumsdiskussion, in der Ministerpräsident Günther H. Oettinger, Europaminister Willi Stächele und Wirtschaftsminister a.D. Dr. Dieter Spöri den Jugendlichen und jungen Erwachsenen zur Verfügung standen. Die Gesprächsrunden wurden durch den Chefredakteur des SWR-Fernsehens, Dr. Michael Zeiß, professionell moderiert. An den lebhaften und interessanten Diskussionen konnten sich die Studierenden Anita Keresztes, Katerina Mingaleeva und Martin Kaspar maßgeblich beteiligen, was Herr Landtagspräsident Straub in einem Dankeschreiben an Herrn Rektor Prof. Maier auch entsprechend würdigte: „Die engagierten Beiträge der Studenten Ihrer Hochschule haben wesentlich zu einer lebhaften Diskussion mit den Vertretern aus Politik und Wirtschaft geführt. Es war zu spüren, dass die Idee der europäischen Einigung für die junge Generation weiterhin Faszination ausstrahlt.“ Minister Stächele selbst lud Frau Mingaleeva während der Diskussion sogar ein, das badische Städtchen Oberkirch, wo er lange Zeit als Oberbürgermeister tätig war, zu besuchen. Der Masterstudiengang Europäisches Verwaltungsmanagement war mit einem eigenen Stand und viel Informationsmaterial vertreten. Prorektor Prof. Dr. Hopp, Studiendekan Prof. Kies, Dipl.-Verwaltungswirtin Forscht und die Masterstudierenden standen allen interessierten Jugendlichen für Fragen zur Hochschule und ihren Studiengängen zur Verfügung.

Im Juni 2007 unternahmen die Studierenden eine von Prof. Dieter Kies begleitete Exkursion nach Brüssel. In der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland erläuterte Herr Höger die Aufgaben und die Arbeitsweise seiner Einrichtung. Anhand konkreter Vorgänge konnte er einen Einblick in die Verfahrensabläufe bei der Arbeit des Ministerrates der EU verschaffen. Der Besuch im Büro der baden-württembergischen Gemeinden war die zweite Station: Der Leiter, Herr David Linse, der selbst den Masterstudiengang vor einigen Jahren erfolgreich absolviert hat, machte mit den Worten „Agieren statt reagieren“ deutlich, dass die Funktion des Büros nicht nur im Sammeln von Informationen, sondern auch in der Einflussnahme im Interesse der Kommunen auf den europäischen Rechtssetzungsprozess besteht. Weitere, sehr interessante Vorträge wurden den Studierenden in der Vertretung des Landes Baden-Württemberg geboten. Überraschend, weil nicht im Programm vorgesehen, war die spontane Begrüßung durch Herrn Europaminister Willi Stächele. Im Plenum des Europäischen Parlaments wurden die Studierenden von MdEP Dr. Andreas Schwab und seinem Assistenten, dem Masterabsoventen Norbert Lins emp-

fangen. Beim Ausschuss der Regionen (AdR) stellte Rocha Trinidad dessen Aufgaben im Gesetzgebungsverfahren dar.

In Luxemburg stand ein Besuch beim Gerichtshof der EU auf dem Plan. Frau Paraschas, wissenschaftliche Mitarbeiterin im Kabinett des EuGH-Richters von Danwitz und Herr Pérez van Kappel, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Kabinett des Generalanwaltes Ruiz-Jarabo Colomer, begrüßten die Masterstudenten und bereiteten sie auf die Teilnahme an der Verhandlung zur Rechtssache C-262/06 (Dt. Telekom) vor. Dabei erhielten die Studierenden einen imposanten Eindruck von den Verfahrensabläufen dieses wichtigen Organs der EU. Den Abschluss der Exkursion bildete die größte unbekannte Bank der Welt, die ebenfalls in Luxemburg ansässige Europäische Investitionsbank (EIB). Bei allen Stationen erwiesen sich die Studierenden als sehr kompetente Gesprächspartner.

Wie die Vorjahrgänge auch war der Jahrgang 2006 sehr kreativ beim Finden von interessanten Praktikastellen: Neben der Vertretung des Landes Baden-Württemberg und anderen Einrichtungen in Brüssel absolvierten die Studierenden ihre Praktika in Sibiu/Rumänien, in Bozen/Italien, in Lodz/Polen, in Nancy/Frankreich, in Canterbury/Neuseeland, in Ghana und sogar bei der UNO in New York/USA.

### **1.7.3. Landeslehrpreis**

Das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg verleiht den Landeslehrpreis für die Fachhochschulen einmal jährlich. Der Preis zeichnet hervorragende Leistungen im Lehrbetrieb an baden-württembergischen Fachhochschulen aus.

Diesmal ging ein Preis an Prof. Dietrich Wendland von der Fakultät II Steuer- und Wirtschaftsrecht. Der Preis wurde im Rahmen des Tags der Lehre an der FH Ulm am 24.11.2005 durch Wissenschaftsminister Prof. Dr. Peter Frankenberg verliehen. In seiner Laudatio würdigte der Minister das vorbildliche Engagement von Prof. Wendland bei der Vermittlung von persönlichen und sozialen Kompetenzen an seine Studierenden. Soziale Kompetenz ist für ihn kein abstraktes Lernziel, sondern wird in seinen Veranstaltungen erlebt und gefördert. Er ermuntert Studierende dazu, ihre individuelle Persönlichkeit zu entwickeln und zu entfalten, ungünstige Verhaltensmuster zu problematisieren und selbstständig Lösungsansätze zu entwickeln. Es handelt sich um eine moderne und praxisnahe Konzeption für die Vermittlung sozialer Kompetenzen, weil die Inhalte nicht theoretisierend und belehrend vermittelt werden, sondern die Lernprozesse weitgehend über eigene Erfahrungen der Studenten und wechselseitige Feedbackprozesse gesteuert werden. Studentische Lehrevaluationen zeigen, welche große Wertschätzung die Studierenden seiner Lehre entgegenbringen.

Prof. Wendland hat sich auch durch seine wissenschaftlichen Veröffentlichungen und Beiträge in bundesweiten Arbeitsgruppen zur Entwicklung der neuen Fächer „Arbeits- und Selbstorganisation sowie Verwaltungsmanagement“ und „Sozialwissenschaftliche Grundlagen des Verwaltungshandelns“ im Studiengang Steuerverwaltung einen Namen gemacht.

## 1.8. Prüfungsamt

OAR Wendolsky

### 1.8.1. Aufgaben des Prüfungsamtes

Das Prüfungsamt ist für sämtliche Prüfungen und sonstige Leistungsnachweise an der Hochschule zuständig. Weil die Prüfungen in den einzelnen Studiengängen zu sehr unterschiedlichen Zeiten terminiert sind, gibt es im Ablauf eines Studienjahres kaum Zeiten, in denen keine Prüfungen stattfinden (s. Ablaufplan für das Kalenderjahr 2006 in der Anlage). Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erfüllen in diesem Zusammenhang zunächst die für Prüfungsämter der Hochschulen obligatorischen Aufgaben:

- Auswertung der Noten und Errechnung der Prüfungsergebnisse,
- Erstellung der Prüfungszeugnisse, der Diplomurkunden und der sonstigen Bescheinigungen,
- Beschaffung und Aktualisierung der für die Prüfungen notwendigen Informationen,
- Regelung der Prüfungszulassungen, -rücktritte und -verlängerungen,
- Beratung der Prüfungsausschüsse bei Problemstellungen und damit Gewährleistung der Einheitlichkeit der Auslegung von Gesetzen und Prüfungsordnungen,
- Erarbeitung neuer Studien- und Prüfungsordnungen bzw. Anpassung an neue bzw. veränderte gesetzliche Vorschriften (einschließlich Stellungnahmen),
- Durchführung des Widerspruchs- und Klageverfahrens in Prüfungsangelegenheiten.

Damit ist jedoch nur ein Teil der Aufgaben beschrieben. Im Unterschied zu externen Fachhochschulen ist das Prüfungsamt zudem für die gesamte Organisation und operative Durchführung der Prüfungen zuständig. Insofern werden auch die nachstehenden Aufgaben fast ausschließlich durch das Personal des Prüfungsamtes erledigt:

- Terminplanung und Prüfungskoordination,
- Bestellung der Klausursteller, Korrektoren und Gutachter für Diplomarbeiten in Kooperation mit den jeweiligen Fachbereichen,
- Berechnung der Vergütungen für die Aufgabensteller, die Korrektoren, die Gutachter und das Aufsichtspersonal,
- Raumplanung und Bereitstellung der Prüfungsräume,
- Gewinnung und Einweisung des Aufsichtspersonals in Kooperation mit den staatlichen und kommunalen Behörden( 450 bis 500 Aufsichtspersonen pro Jahr),
- Terminüberwachung des Eingangs der Klausuraufgaben,
- Drucklegung, Sortierung, Verpackung und Versand der Klausuren und Diplomarbeiten,
- Erstellen der durch die jeweiligen Prüfungsordnungen vorgeschriebenen Leistungsbeurteilungen,
- Ausgabe der Diplomarbeitsthemen sowie Entgegennahme der Diplomarbeiten und Gutachten,
- Organisation und Überwachung aller schriftlichen und mündlichen Prüfungsveranstaltungen,
- Registrierung des fristgerechten Eingangs der korrigierten Klausuren und Diplomarbeiten,
- Organisation der Registratur der Klausuren und die Einsichtnahmen durch die Prüflinge.

Bei der Aufgabenbewältigung sind die folgenden Besonderheiten der verwaltungsinternen Studiengänge zu berücksichtigen:

- Das Prüfungswesen hat in einer Laufbahnausbildung ein besonderes Gewicht. Laufbahnausbildungen umfassen lediglich 3 – 4 fachtheoretische Semester an der Hochschule im Gegensatz zu den externen Fachhochschulen, die mindestens 6 Semester umfassen. Das gesamte Prüfungsgeschehen konzentriert sich bisher auf einen erheblich kürzeren Zeitraum.
- Das verkürzte fachtheoretische Studium hat einen häufigeren Prüfungszyklus und damit eine höhere Zahl an Prüfungen zur Folge. Die Prüfungsordnungen sehen sehr viele schriftliche Arbeiten vor. Die einzelnen Aufsichts- und Prüfungsarbeiten können aus bis zu fünf Teilklausuren mit unterschiedlichen Aufgabenstellern und unterschiedlichen Korrektoren bestehen.
- Aufgrund des dualen Ausbildungssystems sind Prüfungsleistungen nicht nur an der Hochschule, sondern auch in der Fachpraxis zu erbringen. In diesem Zusammenhang besteht Informations- und Abstimmungsbedarf zwischen den Ausbildungsbehörden und dem Prüfungsamt.
- Die Klausuren des „Praxisunterrichts“ sind während der berufspraktischen Studienzzeit im W - Zweig der Innenverwaltung zu organisieren und durchzuführen. Im V – Zweig werden die PU - Klausuren ebenfalls vom Prüfungsamt logistisch organisiert.
- Im Studiengang Innenverwaltung wird die Staatsprüfung durch eine „Gemeinsame Prüfungskommission Kehl/Ludwigsburg“ unter Vorsitz des Innenministeriums koordiniert.
- Im Studiengang Steuerverwaltung wurden im Rahmen des Diplom-Grundstudiums zwei weitere Klausurenfolgen und zusätzlich eine Hausarbeit eingeführt.
- Zudem sind in den Diplomstudiengängen neben der Zwischenprüfung und der Laufbahnprüfung zum Teil studienbegleitende Prüfungsleistungen in Form von Klausuren in großem Umfang abzuleisten.
- In drei der fünf Studiengänge an der Hochschule sind Diplomarbeiten anzufertigen, die Teil der Laufbahnprüfung sind. Daraus ergibt sich die fast unvorstellbare Zahl von 29.407 zu verwaltenden Prüfungsvorgängen pro Jahr.
- Um diese Prüfungsvorgänge überhaupt noch ökonomisch sinnvoll verwalten zu können, wurden sie in einem zentralen Prüfungsamt unter der Leitung eines Prorektors zusammengefasst. Der Rektor vertritt die Hochschule im Prozessfall, nicht nur in der Zwischenprüfung, sondern auch in den Laufbahnprüfungen in den Bereichen Gehobener Verwaltungsdienst und Rentenversicherung, da hier die Hochschule Prüfungsbehörde ist.

In den zukünftigen Bachelorstudiengängen fallen zwar in drei von vier Studiengängen die Zwischenprüfungen und die schriftlichen Staatsprüfungen weg; im Steuerstudiengang ist dies wegen der bundeseinheitlichen Regelung nicht der Fall. Statt der Zwischen- und Staatsprüfungen fallen jedoch nunmehr pro Semester modulabschließende Prüfungen in noch größerer Zahl als bisher an, so dass insgesamt noch mehr Prüfungsleistungen abzuwickeln sind als nach dem alten System.

In der folgenden Zusammenstellung ist die Gesamtzahl der schriftlichen Klausuren dokumentiert, die in den abgelaufenen Studienjahren vom Prüfungsamt gewährleistet werden mussten:

**Zahl der schriftlichen Aufsichts-, Prüfungs- und Diplomarbeiten  
im Studienjahr 2006 / 2007 (\*in Klammern Zweitkorrekturen)**

	Prüfungskandidaten		Schriftliche Arbeiten pro Prüfling	Schriftliche Arbeiten insgesamt
<b>Steuer- verwaltung</b>	- Aufsichtsarbeit G I	272	5	1360
	- Zwischenprüfung	272	5	1360 (*1360)
	- Aufsichtsarbeit G II	217	6	1302
	- Abschlussarbeit G III	217	6	1302
	- Aufsichtsarbeit HS	260	6	1560
	- Testklausuren	ca.700	2	1400
	- Hausarbeiten	260	1	260
	- Staatsprüfung	260	6	1560 (*1560)
<b>Innen- verwaltung</b>	- Zwischenprüfung	164	9	1476 (*1476)
	- PU Klausuren W- Zweig	66	9	534
	- Staatsprüfung (V + W)	194	10	1940 (*1940)
	- Diplomarbeiten	194	1	194 (*194)
<b>Renten- versicherung</b>	- Zwischenprüfung	40	9	360 (*360)
	- Staatsprüfung	58	9	522 (*522)
	- Diplomarbeiten	58	1	58 (*58)
<b>Allgemeine Finanzverw.</b>	- Zwischenprüfung	34	6	204 (*204)
	- Staatsprüfung	42	7	294 (*294)
	- Diplomarbeiten	42	1	42 (*42)
<b>MPA</b>	- Klausuren 1. Semes- ter	17	5	85 (*85)
	- Masterthesen	5	1	5 (*5)
<b>Archivare</b>	- Abschlussklausuren		erst wieder 2008	-
Zusammen				23978
In dieser Zusammenstellung sind die Nachterminklausuren der Zwischen- und Staatsprüfungsklausuren sowie die Nachklausuren der Abschlussklausuren des G III (Steuerverwaltung) nicht enthalten				

Die Aufgabenbewältigung im Prüfungsamt unterliegt einem beständigen Wandel. Bereits im Jahr 2003 wurde damit begonnen, ein einheitliches, in den einzelnen Studiengängen variabel einsetzbares Prüfungsprogramm „HIS-POS“ zu verwenden. Das Programm weist Schnittstellen zur Studierendenverwaltung „HIS-SOS“ und zur Haushalts- und Kosten-/Leistungsrechnung auf. Da diese Software eigentlich für die Bedürfnisse an externen Hochschulen gedacht ist, ist es teilweise sehr schwierig, die Programme an die speziellen Anforderungen der internen Studiengänge sowie der einzelnen Fakultäten bzw. Prüfungsordnungen anzupassen und bedarf einer ständigen Kontrolle und Anpassung. Diese Anpassungs- und Programmierarbeiten werden in enger Kooperation mit den EDV-Mitarbeitern der Verwaltung und der HIS GmbH erarbeitet.

## 1.8.2. Hochschulweite Prüfungsergebnisse ab 1990

Jahr	Zwischenprüfungen					Staatsprüfungen				
	Prüf-linge gesamt	Männl.	Weibl.	Nicht bestan- den	in %	Prüf-linge gesamt	Männl.	Weibl.	nicht bestan- den	in %
1990	456	144	312	29	6,4	464	169	295	5	1,1
1991	558	168	390	49	8,8	429	132	297	2	0,5
1992	566	179	387	14	2,5	511	148	363	6	1,2
1993	571	191	380	27	4,7	554	177	377	10	1,8
1994	628	244	384	28	4,5	552	186	366	9	1,6
1995	601	229	372	24	4,0	602	232	370	20	3,3
1996	912	359	553	57	6,3	661	253	408	28	4,2
1997	408	144	264	43	10,5	605	235	370	28	4,6
1998	419	134	285	25	6,0	338	142	196	7	2,1
1999	505	209	296	38	7,5	529	205	324	26	4,9
2000	514	193	321	13	2,5	594	232	362	39	6,5
2001	441	143	298	26	5,9	496	197	299	28	5,6
2002	528	161	367	35	6,6	518	197	321	21	4,1
2003	589	190	399	75	12,7	428	140	288	18	4,2
2004	558	180	362	23	4,1	497	156	341	42	8,4
2005	518	172	346	37	7,1	533	168	365	43	8,1
2006	448	172	276	18	4,0	553	179	374	57	10,3
2007	434	148	286	6	1,4	553	175	358	48	11,1

Ab dem Kalenderjahr 1999 sind auch die Ergebnisse der jetzigen Fakultät II (Steuerverwaltung, vormals Hochschule für Finanzen) enthalten.

### 1.8.3. Ergebnisse der Zwischen- und Staatsprüfungen 2002 – 2007 (Fakultät I)

#### Zwischenprüfung Innenverwaltung

	Prüfungsteilnehmer	Weibl.	Männl.	Note gesamt	Note weibl.	Note männl.	Zahl Durchfaller	Durchfaller v.H.
2002	195	154	41	6,54	6,48	6,72	17	8,72
2003	234	160	74	6,12	6,02	6,37	49	20,94
2004	202	138	51	7,35	---	---	13	6,44
2005	186	125	61	6,90	---	---	30	16,1
2006	162	100	62	6,16	---	---	14	8,60
2007	160	108	52	7,16	---	---	5	3,13

#### Zwischenprüfung Rentenversicherung

	Prüfungsteilnehmer	Weibl.	Männl.	Note gesamt	Note Weibl.	Note männl.	Zahl Durchfaller	Durchfaller v.H.
2002	60	46	14	6,26	6,08	6,84	9	15,00
2003	63	41	22	6,69	6,40	6,72	6	9,52
2004	61	42	16	6,67	---	---	2	3,28
2005	46	37	9	7,53	---	---	3	6,52
2006	38	33	5	7,35	---	---	0	0
2007	36	25	11	7,62	---	---	0	0

#### Zwischenprüfung Allgemeine Finanzverwaltung

	Prüfungsteilnehmer	Weibl.	Männl.	Note gesamt	Note Weibl.	Note männl.	Zahl Durchfaller	Durchfaller v.H.
2002	40	29	11	7,62	7,51	7,89	1	2,50
2003	36	26	10	7,54	8,15	5,95	4	11,11
2004	43	26	17	8,50	8,99	7,77	1	2,33
2005	33	15	18	8,88	10,13	7,85	0	---
2006	34	23	11	9,11	---	---	1	2,94
2007	34	22	12	9,17	---	---	0	0

**Staatsprüfung Innenverwaltung V-Zweig**

	Prüfungsteilnehmer	weiblich	männlich	Note gesamt	Note weiblich	Note männlich	Durchfaller	Durchfaller v.H.
2002	128	92	36	8,08	8,25	7,66	3	2,34
2003	93	70	23	8,68	8,79	8,34	3	3,23
2004	108	83	25	8,09	8,11	8,04	2	1,85
2005	136	102	34	8,19	---	---	4	2,94
2006	128	100	28	8,76	---	---	2	1,56
2007	113	81	32	8,84	---	---	2	1,77

**Staatsprüfung Innenverwaltung W-Zweig**

	Prüfungsteilnehmer	weiblich	männlich	Note gesamt	Note weiblich	Note männlich	Durchfaller	Durchfaller v.H.
2002	76	39	37	8,45	8,09	8,83	2	2,63
2003	57	39	18	9,11	9,02	9,31	1	1,75
2004	71	57	14	8,90	8,72	9,62	1	1,41
2005	73	41	32	8,75	---	---	2	2,74
2006	66	42	24	9,20	---	---	1	1,52
2007	66	43	23	8,73	---	---	2	3,03

**Staatsprüfung Rentenversicherung**

	Prüfungsteilnehmer	weiblich	männlich	Note gesamt	Note weiblich	Note männlich	Durchfaller	Durchfaller v.H.
2002	44	28	16	8,53	8,78	8,10	1	2,27
2003	47	30	17	7,96	7,64	8,51	0	0,00
2004	51	39	12	8,24	8,04	8,91	1	1,96
2005	57	40	17	8,41	---	---	1	1,75
2006	58	42	16	8,51	---	---	3	5,17
2007	48	39	9	9,43	---	---	1	2,08

**Staatsprüfung Allgemeine Finanzverwaltung**

	Prüfungsteilnehmer	weiblich	männlich	Note gesamt	Note weiblich	Note männlich	Durchfaller	Durchfaller v.H.
2002	32	20	12	9,69	9,85	9,43	0	0,00
2003	34	26	8	9,71	9,99	8,79	0	0,00
2004	39	28	11	9,44	9,53	9,19	0	0,00
2005	34	26	8	9,06	11,02	9,69	1	2,94
2006	41	25	16	10,07	---	---	0	---
2007	33	16	17	10,36	---	---	0	0

### 1.8.4. Zwischen- und Staatsprüfungen Steuerverwaltung (Fakultät II)

#### Zwischenprüfungen Steuerverwaltung

<b>Zwischenprüfung 2002</b>		
		in v.H.
Teilnehmer	233	100
Sehr gut	8	3,4
Gut	53	22,7
Befriedigend	91	39,1
Ausreichend	73	31,3
Nicht bestanden	8	3,4

<b>Zwischenprüfung 2003</b>		
		in v.H.
Teilnehmer	272	100
Sehr gut	14	5,1
Gut	61	22,4
Befriedigend	92	33,8
Ausreichend	82	30,1
Nicht bestanden	23	8,4

<b>Zwischenprüfung 2004</b>		
		in v.H.
Teilnehmer	275	100
Sehr gut	8	2,9
Gut	67	24,3
Befriedigend	112	40,7
Ausreichend	58	21,1
Nicht bestanden	30	10,9

<b>Zwischenprüfung 2005</b>		
		in v.H.
Teilnehmer	268	100
Sehr gut	7	2,78
Gut	67	26,59
Befriedigend	126	50,00
Ausreichend	52	20,63
Nicht bestanden	16	5,9

<b>Zwischenprüfung 2006</b>		
		in v.H.
Teilnehmer	216	100
Sehr gut	6	2,84
Gut	69	32,70
Befriedigend	97	45,97
Ausreichend	39	18,48
Nicht bestanden	5	5,80

<b>Zwischenprüfung 2007</b>		
		in v.H.
Teilnehmer	204	100
Sehr gut	9	4,43
Gut	65	32,02
Befriedigend	107	52,71
Ausreichend	22	10,84
Nicht bestanden	1	1,93

**Staatsprüfungen Steuerverwaltung**

<b>Laufbahnprüfung 2002</b>		
		in v.H.
Teilnehmer	238	100
Sehr gut	10	4,2
Gut	66	27,7
Befriedigend	100	42,0
Ausreichend	47	19,7
Nicht bestanden	15	6,3

<b>Laufbahnprüfung 2003</b>		
		in v.H.
Teilnehmer	197	100
Sehr gut	5	2,5
Gut	57	28,9
Befriedigend	97	49,2
Ausreichend	24	12,2
Nicht bestanden	14	7,1

<b>Laufbahnprüfung 2004</b>		
		in v.H.
Teilnehmer	228	100
Sehr gut	7	3,1
Gut	56	24,8
Befriedigend	93	41,3
Ausreichend	31	13,7
Nicht bestanden	38	16,6

<b>Laufbahnprüfung 2005</b>		
		in v.H.
Teilnehmer	234	100
Sehr gut	5	2,5
Gut	48	24,2
Befriedigend	119	60,1
Ausreichend	26	13,1
Nicht bestanden	35	15,0

<b>Laufbahnprüfung 2006</b>		
		in v.H.
Teilnehmer	260	100
Sehr gut	9	4,3
Gut	47	22,4
Befriedigend	110	52,6
Ausreichend	43	20,5
Nicht bestanden	51	19,6

<b>Laufbahnprüfung 2007</b>		
		in v.H.
Teilnehmer	273	100
Sehr gut	3	1,3
Gut	54	23,4
Befriedigend	135	58,7
Ausreichend	38	16,5
Nicht bestanden	43	15,7

## 2. Berichte aus den Fakultäten

### 2.1. Fakultät I – Management und Recht

Dekan Prof. Thomas Schad

Studiendekane Prof. Wolfgang Altpeter, Prof. Günther Becker und Prof. Dr. Helmut Erwe

#### 2.1.1 Struktur, Organisation, Studiengänge

Im Berichtszeitraum wurden die Fachbereiche I – Rechtswissenschaften, II – Wirtschafts-, Sozial- und Kommunalwissenschaften und III – Finanzen und Sozialversicherung zur Fakultät I - Management und Recht zusammengelegt. Die Fusion wurde zu Beginn des WS 2006/07 erforderlich, da keiner der bisherigen Fachbereiche die nach dem neuen Landeshochschulgesetz geforderte Mindestzahl von 16 Professorenstellen aufweisen konnte. Die Gründung der neuen Fakultät I führte zwischenzeitlich zu einer Straffung der Studienorganisation und zu einer besseren Ausnutzung der Ressourcen. Durch die Zusammenfassung entfiel der Koordinationsaufwand der alten Fachbereiche I und II, die bisher denselben Studiengang Innenverwaltung betreuten. Außerdem ist aufgrund des Bachelor- / Master-Prozesses eine stärkere Kooperation und Integration der unterschiedlichen Disziplinen angestrebt.

Was die Integration der Studiengänge Allgemeine Finanzverwaltung und Rentenversicherung angeht, so finden sich in nicht unwesentlichen Teilbereichen gleiche Studieninhalte wie im Studiengang Innenverwaltung. Während bisher zwischen den Fachbereichen I und II einerseits und dem Fachbereich III andererseits ein Lehrexport und -import stattgefunden hat, der i.Ü. vom Wissenschaftsministerium bei der Berechnung der Professorenstellen nie im tatsächlich erbrachten Umfang berücksichtigt wurde und folglich die Ursache zahlreicher Auseinandersetzungen war, bedienen sich nunmehr alle drei Studiengänge gleichberechtigt aus einem einheitlichen Dozentenpool.

Die neu gegründete Fakultät I verfügte am 31.08.2007 über 39 Professorenstellen, davon drei mit k.w.- Vermerken zum 01.01.2008 versehen. Im Berichtszeitraum traten mit Prof. Waibel (Kommunalverfassungsrecht/Kommunales Wirtschaftsrecht), Prof. Brändle (Volkswirtschaftslehre) und Prof. Wintzen (Staatliches Liegenschaftswesen und Bürgerliches Recht) drei Kollegen in den gesetzlichen Ruhestand. Der Rektor und der Dekan haben den Kollegen für ihren Einsatz in ihrem jeweiligen Fachgebiet und in den von ihnen bekleideten Funktionen der Hochschulsebstverwaltung gedankt. Alle drei waren am Aufbau ihrer früheren Fachbereiche maßgeblich beteiligt. Nach Vollzug der o.g. drei k.w.-Vermerke werden in der Fakultät I bzw. ihren Vorgängerfachbereichen seit der Fusion der beiden ehemaligen Fachhochschulen für öffentliche Verwaltung und für Finanzen im Jahr 1999 in acht Jahren insgesamt 18 Professorenstellen abgebaut worden sein. Da in dieser Zeit – abgesehen von einer „Ersatzberufung“ im Studiengang Allgemeine Finanzverwaltung - keine Neuberufungen durchgeführt werden durften, hat sich das Durchschnittsalter der in der Fakultät I lehrenden Professorinnen und Professoren zwischenzeitlich auf ca. 58 Jahre erhöht, eine in der baden-württembergischen Hochschullandschaft sicherlich einmalige Situation.

Mit der Gründung der neuen Fakultät I wurde auch ein neuer Fakultätsvorstand gewählt. Dem Fakultätsvorstand gehören an:

- Prof. Thomas Schad als Dekan
- Prof. Wolfgang Altpeter als Prodekan und zugleich Studiendekan des Studiengangs Innenverwaltung
- Prof. Günther Becker als weiterer Prodekan und zugleich Studiendekan des Studiengangs Allgemeine Finanzverwaltung.

Während der Studiengang Gehobener Verwaltungsdienst (Innenverwaltung) sich im Wesentlichen auf das Einzugsgebiet des württembergischen Landesteils beschränkt (Nord-

und Südbaden werden von der FH Kehl abgedeckt), werden die Studiengänge Allgemeine Finanzverwaltung, Rentenversicherung und Archivdienst für das ganze Land Baden-Württemberg angeboten.

Die Fakultät I ist zusätzlich für den Anteil am Magisterstudiengang „Kulturmanagement“ zuständig, den die HVF im Rahmen einer Kooperationsvereinbarung mit der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg durchführt.

Der Masterstudiengang „Europäisches Verwaltungsmanagement M.A.“, der seit dem Studienjahr 2001/2002 eingerichtet ist, wurde den Fakultäten I und II gemeinsam zugeordnet.

### **2.1.2 Studiengang Gehobener Verwaltungsdienst (Innenverwaltung)**

Der Studiengang Gehobener Verwaltungsdienst ist generalistisch geprägt und soll sowohl auf die kommunale als auch die staatliche innere Verwaltung vorbereiten. Die inhaltliche Konzeption folgt einem Y-Modell. Nach einem einheitlichen Grundstudium differenziert sich der Studiengang in einen klassisch-generalistischen V-Zweig und einen spezialisierten (aber insgesamt immer noch generalistischen) W-Zweig. Die einzelnen rechtswissenschaftlichen Fächer sind im V-Zweig mit ca. der Hälfte und im W-Zweig mit ca. 1/3 der Lehrveranstaltungsstunden vertreten, während die Fächer des wirtschafts-, sozial- und kommunalwissenschaftlichen Bereichs im V-Zweig die andere Hälfte und im W-Zweig ca. 2/3 des Lehrangebots abdecken.

Die interdisziplinäre Ausgestaltung des Studiengangs erfordert an sich schon eine disziplinübergreifende Zusammenarbeit. Zum anderen wird vor allem in den sozialwissenschaftlich und den wirtschaftsorientierten, aber auch bei den rechts- und wirtschaftsorientierten Fächerangeboten auf eine solche interdisziplinäre Zusammenarbeit Wert gelegt. Durch die Einrichtung der fächerübergreifenden Wahlpflichtfächer ist für die Studierenden wie auch für die Dozentinnen und Dozenten die permanente Auseinandersetzung mit der jeweils anderen Disziplin vorprogrammiert.

Der Diplomstudiengang „Gehobener Verwaltungsdienst“ wird im Studienjahr 2007/08 in einen Bachelor-Studiengang umgestaltet. Die Vorbereitung des neuen Bachelor-Studiengangs hat die Dozentinnen und Dozenten im Berichtszeitraum zu einem großen Teil in Anspruch genommen.

Das Innenministerium hat die Zulassungszahl für unsere Hochschule auf 200 (FH Kehl: 300) Studierende jährlich festgesetzt. Da durch von der Hochschule nicht beeinflussbare Faktoren, insbesondere die Zuweisungspraxis des RP Stuttgart, im Berichtszeitraum faktisch nur ca. 160 Studierende ihr Studium an der HVF aufgenommen haben, nahm dies der Rechnungshof in seiner Prüfung im Jahr 2006 zum Anlass, dem MWK eine Streichung von zwei Professorenstellen im Studiengang Innenverwaltung vorzuschlagen. Nach Übertragung des Zulassungsverfahrens in die Verantwortung der Hochschule im Herbst 2006 wurde der Nachweis erbracht, dass die Zulassungszahl von 200 künftig erreicht werden wird. Die Streichung der zwei Professorenstellen erscheint damit nicht mehr sachgerecht.

Die Stellensituation für die Absolventinnen und Absolventen hat sich im Berichtszeitraum nachhaltig verbessert. So gaben am Ende des Studienjahrs 2006/07 zum Zeitpunkt der mündlichen Prüfung fast 90% der Studierenden an, bereits eine Stelle bzw. eine Stellenzusage in der öffentlichen Verwaltung zu haben. Ca. 2/3 dieser Stellen entfallen auf Beamten-, ca. 1/3 auf Angestelltenstellen.

### **2.1.3 Studiengang Allgemeine Finanzverwaltung**

Im Studiengang Allgemeine Finanzverwaltung werden für den gehobenen nichttechnischen Dienst der Allgemeinen Finanzverwaltung im Grund- und Hauptstudium jedes Jahr ca. 80 Regierungsinspektorenanwärterinnen und -anwärter zusammen mit den Ausbildungsbehörden (Landesbetrieb Vermögen und Bau sowie Landesamt für Besoldung und

Versorgung) betreut. Die Zahl der von den Ausbildungsbehörden zugewiesenen Studierenden wird auch in den nächsten Studienjahren konstant bleiben.

Die Allgemeine Finanzverwaltung erledigt in erster Linie Querschnittsaufgaben für praktisch alle Bereiche der Landesverwaltung. Dabei ergeben sich im wesentlichen drei Tätigkeitsschwerpunkte: Immobilien- und Gebäudemanagement, Personalmanagement und das Finanzmanagement. Im Berichtszeitraum wurde die Umstellung des Diplomstudienganges auf einen Bachelor-Studiengang zum 1.9.2008 intensiv vorbereitet. Der Entwurf des Bachelor-Studienganges sieht in modularisierter Form noch verstärkte Lehrangebote in den genannten Schwerpunktbereichen vor.

Die schon bisher relativ gute Stellensituation für die Absolventen des Studienganges hat sich im Berichtszeitraum noch deutlich verbessert. Einerseits ist eine steigende Nachfrage bei den Ausbildungsbehörden selbst zu beobachten, andererseits nehmen die schon bisher sehr guten Berufschancen in anderen Bereichen der öffentlichen Verwaltung und in der Privatwirtschaft weiter zu. In den anderen Verwaltungsbereichen und insbesondere in der Privatwirtschaft ist ein steigender Bedarf an den Ausbildungsschwerpunkten Immobilien, Personal und Finanzen zu beobachten, die den Studiengang prägen.

#### **2.1.4 Studiengang Rentenversicherung**

Im Studiengang Rentenversicherung wird der gehobene nichttechnische Dienst für die Deutsche Rentenversicherung Baden-Württemberg ausgebildet. Die Ausbildungs- und Prüfungsordnung von 1996, geändert im Jahr 2000, bildet das Fundament des Diplom-Studienganges.

Die Einstellungszahl wurde von der Ausbildungsbehörde abgesenkt auf max. 50 Studierende. Nach diesen Einstellungszahlen konnten gut zwei Arbeitsgemeinschaften in jedem Studienjahr ausgebildet werden. Allerdings ist mit einem Ansteigen der Studierendenzahl auf absehbare Zeit nicht zu rechnen. Mit dem Umzug vom REFA-Gebäude in das Hauptgebäude waren die knappen räumlichen Ressourcen Planungsvorgabe.

Mit der neuen Fakultätsstruktur wurden die „Exportleistungen“ von Professoren und Lehrbeauftragten aus anderen Fachbereichen in den Studiengang abgeschafft. Der Studiengang versorgt sich inzwischen selbst mit Lehr- und Prüfungsleistungen - auch in den Studienfächern, die nicht dem spezifischen Verwaltungsrecht der Sozialversicherung zugehören. Der Studiendekan bereitet mit den Fachkoordinatoren den Einsatz der Dozenten für das Fachrecht, das sonstige öffentliche Recht, die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften und das Zivilrecht vor. Mitarbeitersintensive Lehrveranstaltungen (Proseminare, Kolloquien, Wahlpflichtfächer) werden, soweit sie nicht studiengangspezifisch sind, für alle Studiengänge hochschulweit ausgeschrieben. Unsere Studenten wählen auch mitarbeitersintensive Lehrangebote, die nicht studiengangspezifisch sind (z.B. Krankenhausmanagement, Personalrecht) und von Dozenten angeboten werden, die ihre Lehrleistung überwiegend in anderen Studiengängen erbringen. Das erhöht die Flexibilität unserer Studenten auf dem Arbeitsmarkt. Im Angebot der mitarbeitersintensiven Veranstaltungen werden verstärkt Qualifizierungsangebote für berufliche Tätigkeiten außerhalb der Deutschen Rentenversicherung gemacht. Jetzt wird die Umstellung auf einen Bachelor-Studiengang eingeleitet.

Den Absolventen, soweit sie die Staatsprüfung mit 9 Punkten oder besser bestanden hatten, wurden von der Deutschen Rentenversicherung Baden-Württemberg Übernahmeangebote im 1-jährigen Angestelltenverhältnis gemacht. Endgültig wird im Angestellten- oder Beamtenverhältnis nur übernommen, wer sich bewährt hat. Die Bewährung wird bemessen nach der Staatsprüfungsnote und der Bewertung in der Praxis.

## 2.2. Fakultät II

Prof. Dr. Ekkehard Bächle, Dekan

### 2.2.1. Der Studiengang Steuerverwaltung und das Lehrangebot der Fakultät II

Die beiden Berichtsjahre waren hochschulpolitisch geprägt durch die Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben für das reformierte Steuerstudium. Andererseits stellte die Fakultät II in diesem Zeitraum die Weichen für die Umstellung des Diplomstudiengangs Steuerverwaltung auf einen Bachelorstudiengang.

Die Änderung des Steuerbeamtenausbildungsgesetzes (StBAG vom 23.07.2002 BGBl. I 2002, 2715) und die damit einhergehende Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Steuerbeamten (StBAPO vom 29.07.2002, BGBl. I 2002, 2917) betraf erstmals die Studierenden des Einstellungsjahrgangs 2002/2003. Auf der Grundlage der seither gemachten Erfahrungen konnte der Studienbetrieb im Berichtszeitraum 2005 bis 2007 weiter optimiert werden. Hervorzuheben ist folgendes:

- Die Fakultät II entwickelte unter Federführung der Fachgruppe 9 „Sozialwissenschaften“ ihr Konzept für die methodischen und sozialen Kompetenzen weiter; mit den mitarbeitsintensiven Lehrformen wurden beachtliche Erfolge bei der Entwicklung der sozialen Kompetenzen der Studierenden erzielt; so haben alle Studierenden erfolgreich Projektarbeiten erstellt und diese der unmittelbaren Hochschulöffentlichkeit sowie der interessierten Praxis der Steuerverwaltung vorgestellt.
- Die Studienfächer Privatrecht, Öffentliches Recht, Öffentliches Dienstrecht und Bewertung mit Erbschaftsteuer werden konzentriert und abschließend in den drei Abschnitten des Grundstudiums gelehrt und abgeschlossen. Dadurch wurde Zeit und Raum für die Vermittlung der höchstkomplexen und komplizierten steuerlichen Lehrinhalte im Hauptstudium geschaffen.
- Das Grund- und Basiswissen im neu eingeführten Fach Besteuerung der Gesellschaften wird im Grundstudium vermittelt, während die sehr diffizilen gesellschaftsrechtlichen und steuerlichen Problemfelder im Hauptstudium dargestellt werden. In den folgenden Studienjahren müssen in Anbetracht der vielen steuerlichen Rechtsänderungen (z.B. Unternehmensteuerreform) allerdings Feinabstimmungen bei den Modulinhalten vorgenommen werden.
- Das Steuerstudium hat mit der Zuweisung höherer Stundenzahlen für die Wahlpflichtfächer und mit der Einführung der schriftlichen Arbeit zusätzlich an Attraktivität gewonnen; dadurch konnte das wissenschaftliche Profil des Steuerstudiums erweitert und geschärft werden. Das Spektrum der in den schriftlichen Arbeiten behandelten rechtlichen, wirtschaftswissenschaftlichen und steuerlichen Themenfelder beeindruckt deshalb, weil die Arbeiten regelmäßig den geforderten Praxisbezug aufweisen.
- Die zeitliche Streckung der mündlichen Prüfung stellte die Fakultät zwar vor organisatorische und personelle Probleme, gleichwohl erweist sich die gesetzliche Maßnahme deswegen als sinnvoll, weil die Studierenden in der mündlichen Prüfung mit Referaten ihre Präsentationskompetenzen unter Beweis stellen können.

Es darf und kann festgestellt werden, dass es durch die Anstrengung aller Dozenten gelungen ist, die Inhalte des reformierten Steuerstudiums in den Studienbetrieb umzusetzen. Parallel mit der Umsetzung der beschriebenen gesetzlichen Regelungen erarbeitete die Fakultät II ein Konzept für die Umstellung des Diplomstudiengangs auf den Bachelorstudiengang. Dabei wurde die Arbeitskraft der Mitglieder des Fakultätsvorstands, der Sprecher der einzelnen Fachgruppen und vieler interessierter Dozenten zusätzlich gefordert. In vielen Besprechungen, Arbeitskreisen, Ausschüssen und Sitzungen konnte ein

Konzept ausgearbeitet werden, das einerseits den bundesgesetzlichen Vorschriften Rechnung trägt und andererseits die Vorgaben für eine erfolgreiche Akkreditierung zu erfüllen vermag.

### 2.2.2. Neubesetzung des Fakultätsvorstands

Zum 28. Februar 2006 trat der bisherige Dekan der Fakultät, Herr Prof. Hans Helmschrott, in den wohlverdienten Ruhestand; seine Lebensleistung als Dozent und Funktionsträger wurde durch den seinerzeitigen Prodekan in einer akademischen Feier gewürdigt. Prof. Hans Helmschrott war seit dem Jahre 1974 in vielen Funktionen als Dozent und in fast allen Gremien der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen und ihrer Vorgängereinrichtungen engagiert und kompetent tätig.

Zum 1. März 2006 wurde der Fakultätsvorstand neu gewählt. Dem Fakultätsvorstand gehören nunmehr der bisherige Prodekan Prof. Dr. Ekkehard Bächle als Dekan, Prof. Bernfried Fanck als neuer Prodekan und Prof. Volkmar Walter als **Studiendekan an**.

### 2.2.3. Lehrpersonal

Zum Ende des Berichtszeitraums sind von den 37 der Fakultät II zustehenden Professorenstellen lediglich 32 Stellen besetzt. Die Fakultät II bedauert diese personelle Entwicklung und die dadurch eingetretene angespannte Lehrversorgung. Im Sinne eines vorausschauenden Qualitätsmanagements wäre es geboten gewesen, die Professorenschaft der Fakultät II durch junge, wissenschaftlich qualifizierte und pädagogisch kompetente Dozenten/innen zu ergänzen. Es konnte mithin im Berichtszeitraum die Chance nicht genutzt werden, im Hinblick auf die in den Jahren 2008 und 2009 zu erwartenden Pensionierungen (12 Kollegen!) bei jungen Dozenten/innen jene steuerlichen Kompetenzen aufzubauen, die notwendig und erforderlich sind, um das Qualitätsniveau zu erhalten, welches das Steuerstudium an der Fachhochschule Ludwigsburg seit vielen Jahren auszeichnet. Im einzelnen handelt es sich um folgende offen gebliebene Professorenstellen:

Im Berichtszeitraum sind die Kollegen Prof. Hubertus Fröhle (30.08.2006), Prof. Manfred Hebler (30.08.2006) und Prof. Hans Helmschrott (28.02.2006) in den Ruhestand getreten. Alle drei Kollegen vertraten ihre Studienfächer fachlich und pädagogisch in hervorragender Weise; umso mehr muss bedauert werden, dass diese Lücken in der Dozentenausstattung nicht geschlossen werden konnten. Auch die durch die Berufung von Prof. Rudi Haas auf eine C 3-Stelle freigewordene C 2-/W 2-Stelle blieb ebenso unbesetzt wie jene Stelle, die im Zusammenhang mit der Übernahme des Amts des Rektors durch Prof. Walter Maier frei gemacht worden ist.

Erfreulicherweise konnte aber im Berichtszeitraum eine Professorenstelle (Nachfolge von Prof. Dr. Grobshäuser) durch Prof. Dr. Knies zum 1. Januar 2006 besetzt werden, der seither die Lehre im Fach Ertragsteuern vertritt. Die genannte einzige Berufung im Berichtszeitraum wird den in Zukunft sich ergebenden Lehrbedarf im Bereich der Ertragsteuern und der Besteuerung der Gesellschaften ebenso wenig abdecken wie den Lehrbedarf in den großen Modulveranstaltungen Bilanzierung und Rechnungswesen. Hier strebt die Fakultät II eine Neuberufung an, mit der auch die Lehraufgaben in den Fächern Informationssysteme und Kommunikationstechnik in der Steuerverwaltung im Interesse einer praxisnahen Ausbildung erfüllt werden könnten.

Im Ergebnis kann zwar festgestellt werden, dass die Lehrversorgung in den Berichtsjahren angemessen ist; es ist aber zu befürchten, dass diese Lehrversorgung in künftigen Studienjahren angesichts der drohenden Stellenstreichungen und Mittelkürzungen kaum gewährleistet werden kann. Die Lehrversorgung kann auch nicht durch eine vom Landesrechnungshof geforderte Erhöhung des Anteils der Lehrbeauftragten am Gesamtdeputat auf 40 v.H. sichergestellt werden, weil wegen des Inhalts und des Zuschnitts der steuerli-

chen Module und Modulveranstaltungen einem Einsatz von nebenamtlich tätigen Dozenten organisatorisch und zeitlich ganz enge Grenzen gesetzt sind.

#### **2.2.4. Export und Import von Lehrleistungen sowie Internationalität**

Die Lehrimporte aus anderen Fakultäten der HVF sind im Berichtszeitraum weitgehend unverändert geblieben. Prof.in Dr. Loos von der Fakultät I hielt Vorlesungen im Fach Wirtschaftswissenschaften und Prof. Dr. Alber (Fakultät I) Vorlesungen zum Öffentlichen Dienstrecht. Prof. Reinhardt (Fakultät I) bietet regelmäßig das Wahlpflichtfach Sozialversicherungsrecht an.

Mehrere Dozenten der Fakultät II haben im Berichtszeitraum 2005/2007 einen bedeutenden Teil der Lehre im Rahmen des MPA-Studiums übernommen (Prof. Hahn, Prof. Hottmann, Prof. Kies, Prof. Kirschbaum, Rektor Prof. Maier). Prof. H.-P. Schmitt und Prof. V. Walter haben Vorlesungen im Kontaktstudiengang Kulturmanagement gehalten, das vom Institut für Kulturmanagement der Pädagogischen Hochschule in Zusammenarbeit mit der HVF betreut wird.

Mehrere Dozenten und Dozentinnen sowie Studierende der Fakultät II beteiligten sich an den Aktivitäten des Auslandsamts der HVF; sie nahmen an Exkursionen mit Studierenden nach China, Ungarn, Russland, Großbritannien, Italien und in die Niederlande teil und betreuten eine Vielzahl ausländischer Besuchergruppen.

Im Rahmen der Wahlpflichtveranstaltungen zum Europäischen Steuerrecht wurden Besuche bei den Institutionen und Organen der Europäischen Union und bei der Landesvertretung Baden-Württemberg in Brüssel organisiert und durchgeführt.

#### **2.2.5. Verzahnung von Theorie und Praxis / Zusammenarbeit mit Praxisstellen**

Beamte der Steuerverwaltung übernahmen regelmäßig Lehraufträge an der Fakultät II und betätigten sich als Mitveranstalter von Wahlpflichtfächern.

Prof. Dr. Grobshäuser und Prof. Dehner absolvierten im Berichtszeitraum Praxissemester an verschiedenen Finanzämtern der Oberfinanzdirektion Karlsruhe. Wegen der Nichtbesetzung von Professorenstellen in der Fakultät II konnten weitere Abordnungen nicht vorgenommen werden. In dem Zusammenhang muss noch darauf hingewiesen werden, dass die im vorhergehenden Berichtszeitraum berufenen Professorinnen Dr. Hänel und Dr. Reimer bei verschiedenen Finanzämtern hospitierten.

Die Professorinnen und Professoren nahmen regelmäßig an den Fachveranstaltungen der Oberfinanzdirektion Karlsruhe und den Referentensitzungen des Finanzministeriums Baden-Württemberg teil.

In nicht unbedeutendem Umfang belegten die Professorinnen und Professoren der Fakultät II die Fortbildungsveranstaltungen der Bundesfinanzakademie in Brühl.

#### **2.2.6. Qualität der Lehre**

Die Mehrzahl der Professorinnen und Professoren der Fakultät II haben in den vergangenen Jahren auf freiwilliger Basis den Studierenden die Gelegenheit zur Evaluation ihrer Lehrveranstaltungen gegeben. Nach Inkrafttreten der Evaluationssatzung der Hochschule sind die Professorinnen und Professoren verpflichtet, in ihren Arbeitsgruppen die Lehrleistungen zu evaluieren. Diese Evaluationen erfolgten im Wintersemester 2006/2007 und im Sommersemester 2007. Es kann festgestellt werden, dass fast die Hälfte aller Lehrveranstaltungen evaluiert worden sind. Die sehr erfreulichen Ergebnisse dieser Evaluationen sind im Lehrbericht des Evaluationsbeauftragten der Fakultät II dokumentiert.

#### **2.2.7. Prüfungsergebnisse, Übernahmesituation für die Studierende**

An der Laufbahnprüfung 2005 haben 202 Kandidaten/innen teilgenommen; 36 Studierende haben die Prüfung nicht bestanden (17,8 v.H.). Der Notendurchschnitt betrug 8,56 (be-

friedigend) bei einem Notenrahmen von 0 bis 15. Die Note sehr gut erhielten 7 Absolventen/innen (4,2 v.H.), die Note gut 45 (27,1 v.H.), die Note befriedigend 77 (46,4 v.H.) und die Note ausreichend 37 (22,3 v.H.).

Bei der Laufbahnprüfung 2006 haben 260 Kandidaten/innen teilgenommen; 51 Studierende haben die Prüfung nicht bestanden (19,6 v.H.). Der Notendurchschnitt betrug 8,57 (befriedigend). Die Note sehr gut erreichten 9 Absolventen/innen (4,3 v.H.), die Note gut 47 (22,5 v.H.), die Note befriedigend 110 (52,6 v.H.) und die Note ausreichend 43 (20,6 v.H.).

Bei der Laufbahnprüfung 2007 haben 273 Kandidaten/innen teilgenommen, 43 Studierende (15,7 v.H.) haben die Prüfung nicht bestanden. Der Notendurchschnitt betrug 9,61 (befriedigend). Die Note sehr gut erreichten drei Absolventen/innen (1,3 v.H.), die Note gut 54 (23,4 v.H.) die Note befriedigend 135 (58,7 v.H.) und die Note ausreichend 38 (16,5 v.H.).

Bei den Laufbahnprüfungen der Jahre 2005 und 2006 konnten von der Steuerverwaltung nicht alle Absolventen/innen der Laufbahnprüfung übernommen werden. Nur insgesamt 50 v.H. konnten in das Beamtenverhältnis auf Probe bzw. in ein befristetes Angestelltenverhältnis übernommen werden. Die Übernahme-situation nach der Laufbahnprüfung 2007 stellt sich etwas günstiger dar.

### **2.2.8. Rückblick und Ausblick**

Die Prüfung des Landesrechnungshofs an der Fachhochschule hat im Berichtszeitraum zu einem erheblichen administrativen Aufwand geführt und damit den täglichen Studienbetrieb stark belastet. Bedeutsamer ist indessen, dass die Vorschläge des Landesrechnungshofs zu möglichen Einsparungen und die Überlegungen zur hochschulpolitischen Zukunft der internen Studiengänge Unruhe und Besorgnisse bei allen Dozenten/innen ausgelöst haben. Die Dozentenschaft bedauert, dass die dauerhaften Anstrengungen, die Studiengänge, insbesondere den Studiengang Steuerverwaltung zu optimieren, keine angemessene Würdigung gefunden haben.

Die Feststellungen des Landesrechnungshofs und die davon abgeleiteten Forderungen können von der Fakultät II nicht nachvollzogen werden. Die gerügte Nichterfüllung des Lehrdeputats (1.200 Lehrveranstaltungsstunden verteilt auf drei Studienjahre bei 35 Professoren) ist betragsmäßig marginal und konnte im Studienjahr 2006/2007 voll ausgeglichen werden; zum Ende dieses Studienjahrs ergab sich ein globales Überdeputat.

Die Einsparungsvorschläge berücksichtigen nicht die Besonderheiten des von der Fakultät betreuten Studiengangs Steuerverwaltung. Der Studienbetrieb in der Fakultät II wird weit überwiegend in Arbeitsgruppen mit durchschnittlich 25 Studierenden durchgeführt; der Anteil der in Kleingruppen durchgeführten Lehrveranstaltungen ist entsprechend klein. Das höchst komplizierte Steuerrecht kann im Sinn eines richtig verstandenen Qualitätsmanagements nur in überschaubaren Arbeitsgruppen mit 25 Studierenden gelehrt und praxisorientiert vermittelt werden. An sämtlichen in der Bundesrepublik bestehenden Fachhochschulen bzw. Bildungsstätten, an denen der Studiengang Steuerverwaltung betreut wird, wird daher der Gruppenteiler 25 zugrunde gelegt.

Die Forderung, den Anteil der Lehrbeauftragtenstunden am Gesamtdeputat der Fakultät II von 25 auf 40 v.H. aufzustocken ist aus pädagogisch-didaktischer Sicht bedenklich. Die Forderung ist in der Praxis der Studienplanung nicht zu realisieren. Pädagogisch sinnvoll und aus Gründen der Praxisorientierung des Steuerstudiums durchaus erstrebenswert ist eine Lehrbeauftragtenquote in Höhe von 25 v.H.. Gesucht sind Lehrpersonen, die die einzelnen steuerlichen Disziplinen in der erforderlichen fachlichen Breite, mit wissenschaftlicher Tiefe pädagogisch kompetent vermitteln können. Solche Lehrbeauftragte stehen nur in geringer Zahl zur Verfügung.

Allen steuerlichen Studienfächern sind hohe Semesterwochenstunden zugewiesen. Mit steuerlichen Studienfächern wird bei den Lehrbeauftragten Arbeitskraft in Höhe von re-

gelmäßig vier bis sechs Semesterwochenstunden gebunden. Das geltende Nebentätigkeitsrecht steht einem Einsatz von Lehrbeauftragten aus der Praxis der Finanzverwaltung in dem genannten Ausmaß entgegen. Die Feststellung des Landesrechnungshofs, dass Lehrbeauftragte im angedachten Ausmaß aus der Steuerverwaltung rekrutiert werden könnten, ist mithin nicht zutreffend. Die Fakultät II hat schon gegenwärtig erhebliche Probleme, geeignete Lehrkräfte im Umfang von 25 v.H. bezogen auf das Gesamtdeputat der Fakultät zu gewinnen.

Die Fakultät II sieht angesichts der geforderten Einsparungen mit größter Sorge dem Studienjahr 2008/2009 entgegen. Die dann wegen der Pensionierung von insgesamt 15 Kollegen eingetretene Mangelsituation könnte dazu führen, dass die Qualität des von der Praxis hochgeschätzten Studiengangs Steuerverwaltung nachhaltig gemindert wird.

### **3. Bericht der Gleichstellungsbeauftragten**

Prof. Dr. Ute Vondung

#### **3.1 Statistik Studienjahr 2006/ 2007**

##### **3.1.1 Studierende**

Der Anteil der weiblichen Studierenden lag im Studienjahr 2006/2007 in den vier Studiengängen zwischen 61, 1 % (Allgemeine Finanzverwaltung) und 81, 1 % (Rentenversicherung). Dazwischen lagen mit 66 % der Studiengang der Steuerverwaltung und mit 68 % der Studiengang der Innenverwaltung. Insgesamt ist demnach ein hoher Frauenanteil bei den Studierenden zu verzeichnen.

Dementsprechend sind die weiblichen Studierenden in den Hochschulgremien gut vertreten. Es findet sich jedoch keine Überrepräsentation von Studentinnen, wie sie angesichts der Verteilung der Studierenden auf die Geschlechter zu erwarten gewesen wäre. So sind Studentinnen mit 57, 1 % im Asta, mit 60, 8 % im StuRA, mit 50% im Senat und mit 50 % in der Studienkommission der Fakultät I vertreten. In der Studienkommission der Fakultät II (Steuerverwaltung) findet sich lediglich ein 25 % -iger Anteil an Studentinnen. Insgesamt ist die Vertretung der weiblichen Studierenden als zufriedenstellend zu bezeichnen.

Angesichts der statistischen Aussagen liegt die Aufgabe der Hochschule im Sinne einer Gleichstellung beider Geschlechter darin, den Anteil männlicher Studierender zu erhöhen und gleichzeitig der von der Praxis beklagten Zurückhaltung von Absolventinnen bei der Übernahme von Führungsaufgaben mit geeigneten Maßnahmen zu begegnen (siehe insoweit die Ausführungen im Struktur -und Entwicklungsplan der Hochschule für 2006 – 2011). Eine zu Beginn des Jahres 2007 bei den Studierenden durchgeführte Befragung liefert erste Anhaltspunkte, wie dem begegnet werden kann.

##### **3.1.2. Lehrkörper**

Die Gleichstellung beider Geschlechter ist beim Lehrpersonal als noch nicht zufriedenstellend zu bezeichnen. Dies gilt sowohl für den Anteil der Professorinnen am Lehrkörper als auch für deren angemessene Vertretung in den Hochschulgremien. Lediglich 14,3 % der hauptamtlichen Lehrenden sind Frauen; bei den nicht hauptamtlichen Lehrbeauftragten wird allerdings eine höhere Quote von 25,4 % erreicht. Der Anstieg im Vergleich zu den Vorjahren ist auf das Ausscheiden älterer männlicher Kollegen zurückzuführen.

Negativ ist zu vermerken, dass Professorinnen weder bei den Funktionsstellen im Rektorat noch in den Dekanaten vertreten sind. In den Hochschulgremien wie dem Hochschulrat sind Professorinnen mit 22,2 %, im Senat mit 13,3 %, im Fakultätsrat I mit 11,1 % und in der Studienkommission der Fakultät I mit 16,6 % angesichts ihrer Repräsentation im Lehrkörper angemessen vertreten. Negativ fällt allerdings hier das völlige Fehlen von Professorinnen im Fakultätsrat und in der Studienkommission der Fakultät II auf.

Wie im Gleichstellungsbericht für den Zeitraum 2006/ 2007 und ebenso im Struktur -und Entwicklungsplan für den Zeitraum 2006 - 2011 näher ausgeführt, hat die Hochschule insoweit noch große Anstrengungen im Hinblick auf die Gleichstellung von Männern und Frauen bei der Professorenschaft zu unternehmen.

#### **3.2. Eigene Aktivitäten**

Die Gleichstellungsbeauftragten haben im Berichtszeitraum folgende Aktivitäten entwickelt:

##### **3.2.1. Modul zu Gender Mainstreaming**

Für die Konzeption des neuen Bachelor Studienganges Innenverwaltung wurde gemeinsam mit der Gleichstellungsbeauftragten der Hochschule für öffentliche Verwaltung in Kehl ein sog. Gender Modul im Umfang von zwei Credit Points entwickelt, das im Vertiefungssemester von allen Studierenden als Pflichtveranstaltung zu belegen ist. Leider ist es nicht

gelingen, dieses Modul vollumfänglich auch bei der Entwicklung der Bachelorstudiengänge der Fakultät II (Steuerverwaltung) und des Studiengangs der Rentenversicherung zu implementieren.

### **3.2.2. Forschungsprojekt**

Im Wintersemester wurde unserer Hochschule gemeinsam mit der Hochschule für öffentliche Verwaltung Kehl vom Ministerium für Arbeit und Soziales ein Forschungsprojekt zur Implementierung von Gender Mainstreaming ins Studium der Hochschule bewilligt. Der erste Arbeitsschritt, eine Erhebung bei den Studierenden unserer Hochschule über ihre Vorstellungen von Gleichstellung in Staat und Gesellschaft und die Auswertung der Befragung, ist bereits erfolgreich abgeschlossen worden.

### **3.2.3. Weitere Erhebungen**

Eine Erhebung zur Geschlechterverteilung bei der Zulassung von Studierenden zum Studiengang Innenverwaltung ist von den Gleichstellungsbeauftragten angeregt und ausgewertet worden.

Des Weiteren wurden die Absolventen des Studienjahres 2005/2006 befragt, ob bei der Erstanstellung Unterschiede zwischen den Geschlechtern festzustellen sind. Diese Erhebung, die in den Folgejahren fortgeführt werden soll, ergibt erfreulicherweise keine Unterschiede bei der Erstanstellung von männlichen und weiblichen Absolventen.

### **3.2.4. Gendertraining**

Die Gleichstellungsbeauftragten haben im WS 06/07 ein sog. Gendertraining für Studierende angeboten. Allerdings sind die von unterschiedlichen Lehrbeauftragten durchgeführten Veranstaltungen noch als suboptimal zu bezeichnen. Bei der geplanten Wiederaufnahme wird beim Einsatz von geeignetem Lehrpersonal vermehrt darauf geachtet werden müssen, dass die Veranstaltungen die verwaltungsspezifische Sichtweise berücksichtigen. Ein Versuch, auch den übrigen Hochschulmitgliedern ein Gendertraining anzubieten, muss mangels Interesse als vorläufig gescheitert bezeichnet werden. Ein neuer Versuch ist für den Monat November 2007 geplant.

### **3.2.5. Vortragsreihen, Exkursionen, Informationen**

Im SS 2006 sowie im WS 2006/2007 wurde für die Studierenden jeweils eine Vortragsreihe angeboten, die sich mit konkreten Gleichstellungsfragen beschäftigte. Die einzelnen Veranstaltungen sind von den Studierenden gut angenommen worden. Dasselbe gilt für die regelmäßig stattfindenden Exkursionen im Zusammenhang mit Gleichstellungsthemen. Einer großen Nachfrage erfreuen sich auch die speziell für Studentinnen regelmäßig angebotenen Rhetorik-Kurse.

Da die Hochschule mangels hinreichender Nachfrage keine eigenen Kinderbetreuungsmöglichkeiten anbietet, sind die Studierenden auf freie Betreuungsplätze benachbarter Hochschulen hingewiesen worden.

### **3.2.6. Mathilde-Planck-Programm**

Auch im Berichtszeitraum hat die Hochschule wiederum von der Teilnahme am sog. Mathilde-Planck-Lehrauftragsprogramm profitiert. Dieses Programm zielt darauf ab, Frauen, die die Einstellungsvoraussetzungen für eine Fachhochschul-Professur weitgehend erfüllen, einen Lehrauftrag an einer Fachhochschule zu ermöglichen, um dadurch noch fehlende pädagogische Erfahrung zu erwerben oder Kontakte zur Fachhochschule zu knüpfen. Der Fachhochschule Ludwigsburg sind aus dem Programm für das SS 2006 eine Lehrbeauftragte im Umfang von 30 Lehrauftragsstunden, für das WS 2006/2007 im Umfang von 68 Lehrauftragsstunden genehmigt worden.

### **3.2.7. Öffentlichkeitsarbeit**

Last but not least konnte durch die Mitwirkung der stellvertretenden Gleichstellungsbeauftragten, Frau Prof.in Dr. Kohler-Gehrig, am WDR–Rundfunk-Feature: „Die rechtliche Situation der Frauen seit der Weimarer Republik“ Öffentlichkeitsarbeit für die Hochschule betrieben werden.

### **3.3. Kommissionsarbeit**

Innerhalb der Hochschule haben die Gleichstellungsbeauftragten an Berufungsverfahren der Fakultät II, an Senats- und Hochschulratssitzungen sowie an einer Vorbesprechung des Struktur- und Entwicklungsplans 2006 – 2007 teilgenommen.

Außerhalb der Hochschule erfolgte eine regelmäßige Teilnahme an Tagungen der Landeskongferenz der Gleichstellungsbeauftragten an Fachhochschulen sowie an den Treffen eines örtlichen Arbeitskreises der Gleichstellungsbeauftragten, Beauftragten für Chancengleichheit und Frauenvertreterinnen in der Stadt und dem Landkreis Ludwigsburg.

## 4. Akademisches Auslandsamt

Prorektor Prof. Wolfgang Rieth  
Stephanie Forscht

Nach wie vor sind unsere Studierenden an internationalen Veranstaltungen sehr interessiert. Deshalb wird das Angebot an Seminaren und Kolloquien mit unseren Partnerhochschulen im Ausland laufend weiterentwickelt. Dies ist nur möglich, weil die Hochschulleitung und der Senatsausschuss „Auswärtige Beziehungen“ die Arbeit des Akademischen Auslandsamts (AAA) nachhaltig fördern und sich viele Professoren, Studierende und der AStA engagieren. Auch das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg unterstützt die internationalen Beziehungen der HVF wirkungsvoll. Dadurch konnten Studierende und Professoren ausländische Verwaltungssysteme und Ausbildungseinrichtungen kennen lernen, Erfahrungen und Wissen austauschen und persönliche Verbindungen herstellen.

Das AAA war zusammen mit den jeweiligen Projektleitern zuständig und verantwortlich für alle Auslandsaktivitäten der HVF und Anlaufstelle für Gaststudenten und -praktikanten sowie zahlreiche ausländische Delegationen, die sich über den Studienbetrieb der HVF informierten. Auch HVF-Studierende, die ein Auslandspraktikum absolvieren wollten, wandten sich Hilfe suchend an das AAA.

### 4.1 Partnerschaften mit Hochschulen und Institutionen im Ausland

Auf der Basis von Kooperationsverträgen besteht eine enge und fruchtbare Zusammenarbeit mit

- der South-Central University for Nationalities (SCUN), Wuhan, Provinz Hubei/V.R. China
- der Hogeschool Gent, Belgien
- der Technischen Universität Gabrovo, Gabrovo/Bulgarien
- der Stiftung Slaviani, Sofia/Bulgarien
- der Universität Orléans, Institut Universitaire Professionnalis  Faculté de Droit, Economie e Gestion (IUP), Orléans/Frankreich
- dem Istituto Regionale Lombardo di Formazione per l'Amministrazione Pubblica (IREF), Mailand/Italien
- der Universität Zagreb, Zagreb/Kroatien
- der Thorbecke Academie, Leeuwarden/Niederlande
- der Fachhochschule Liegnitz, Liegnitz/Polen
- der Stolypin-Wolga-Akademie für den Staatsdienst, Saratov/Russische Föderation
- der Escola Galega de Administraci n P blica (EGAP), Santiago de Compostela/Spanien
- der Corvinus Universität, Budapest/Ungarn.

Bereits bestehende Kooperationen sollen zukünftig in Partnerschaftsvertr ge münden mit

- der Babes-Bolyai-Universität, Cluj/Rumänien
- der Universität Pavel Jozef Saf rik, Kosice/Slowakische Republik.

### 4.2 Internationales Forum für öffentliche Verwaltung und Management

Diese Vereinigung von Verwaltungshochschulen und anderen Ausbildungsinstitutionen für die öffentliche Verwaltung verbindet die HVF und ihre Kooperationspartnerierenden Auslandspartner zu einem Netzwerk und veranstaltet jährlich eine Sommerakademie, bei der ein Thema von gemeinsamem Interesse wissenschaftlich behandelt wird.

#### **4.2.1 Dreizehnte Sommerakademie in Kosice**

Die 13. Sommerakademie wurde von der Pavel Jozef Safarik Universität organisiert und fand vom 07.-10. September 2005 in Kosice/Slowakische Republik statt. Das Thema lautete: „Transfer of Public Service to Private Institutions“.

#### **4.2.2 Vierzehnte Sommerakademie in Sofia**

Die 14. Sommerakademie wurde von der Slavyani Foundation organisiert und fand vom 17. – 20. September 2003 in Sofia statt. Das Thema war „The processes of decentralization and development of local Self-Government“.

#### **4.2.3 Fünfzehnte Sommerakademie in Gent**

Die 15. Sommerakademie wurde von der Hochschule in Gent vom 12.-16.9.07 in Gent/Belgien durchgeführt. Das Thema lautete: „Mobility in Europe – lifelong learning programmes in the member states“.

### **4.3 Aktivitäten im Rahmen der bilateralen Kooperationen**

#### **4.3.1 Seminare für Studierende**

##### **Partner: Stolypin-Wolga-Akademie für den Staatsdienst, Saratov/RF**

Seminar vom 01. – 08.10.05 in Saratov

Seminar vom 23.09. – 01.10.06 in Ludwigsburg

Seminar vom 28.10. – 04.11.06 in Saratov

Seminar vom 28.04. – 06.05.07 in Ludwigsburg

Organisation: Prof. Siegfried Brändle, Prof.in Regine Volk

##### **Partner: South Central University for Nationalities, Wuhan/China**

Seminar vom 01. – 08.05.06 in Ludwigsburg

Seminar vom 13. – 22.04.07 in Wuhan

Seminar in Ludwigsburg

Organisation: Prof. Dieter Kies, Prof.in Regine Volk

Summerschool vom 14. – 31.07.07 in Wuhan

Organisation: Prof. Wolfgang Götzenberger, Akademisches Auslandsamt

##### **Partner: Corvinus Universität Budapest/Ungarn**

16.10. – 22.10.05 in Budapest

02. – 08.04.06 in Ludwigsburg

22. – 21.10.06 in Budapest

22. – 28.04.07 in Ludwigsburg

##### **Partner: Thorbecke Academie, Leeuwarden/Niederlande**

26. – 30.03.07 in Ludwigsburg

Organisation: Prof.in Ute Vondung, Akademisches Auslandsamt

##### **Partner: IREF, Mailand/Italien**

10. –16-04.06 in Mailand

09. – 15.04.07 in Mailand

Organisation: Prorektor Prof. Wolfgang Rieth

##### **Partner: Hochschule Liegnitz/Polen**

06.11. – 11.11. 2005 in Ludwigsburg

Organisation: Prorektor Prof. Dr. Helmut Hopp

21. – 26.05.2006 in Liegnitz

Organisation: Prorektor Prof. Dr. Helmut Hopp

#### **4.3.2 Praktika für Studierende**

##### **Partner: Corvinus Universität Budapest/Ungarn**

30.07. - 31.09.06: Praktikum für 7 ungarische Studenten bei Kommunen im Landkreis Ludwigsburg

01.07.03 – 30.08.07: Praktikum für 7 ungarische Studenten bei Kommunen im Landkreis Esslingen bzw. Göppingen

Organisator: Prof. Peter Raviol

**Partner: Stolypin-Wolga-Akademie für den Staatsdienst, Saratov/RF**

17.09. – 17.10.2005 Praktikum für 2 russische Studenten bei der Stadtverwaltung und dem Landratsamt Ludwigsburg

Organisation: Prof. Siegfried Brändle

04.03. – 05.04.07 Praktikum für 2 russische Studentinnen bei der Stadtverwaltung und dem Landratsamt Ludwigsburg

Organisation: Prof. Siegfried Brändle, Prof.in Regine Volk, Akademisches Auslandsamt

#### **4.3.3 Veranstaltungen für Professoren**

**Partner: IREF, Mailand, Italien**

Kolloquium in der Villa Vigoni vom 21. – 23.06.06

Leitthema: „E-Government – Expectations and Experiences“

Referenten aus Italien und aus Deutschland

Kolloquium in der Villa Vigoni vom 20. – 22.06.07

Referenten aus Italien und Deutschland

**Partner: Corvinus Universität, Budapest, Ungarn**

Auswahl der Erasmus/Leonardo-Praktikanten im Februar 2006 und 2007

Teilnehmer: Prof. Peter Raviol, Prof. Dieter Kies

Gespräche zum gemeinsamen Joint-Master-Programm vom 13.-16. Juni 2007

Teilnehmer: Prof. Peter Raviol, Prof. Wolfgang Rieth

geplant: 30-jähriges Jubiläum der Corvinus Universität vom 04. – 05.10.2007

**Partner: South Central University for Nationalities, Wuhan, China**

Kolloquium einer Delegation der SCUN am 23. – 26.11.06 in Ludwigsburg

Thema: „Wissenschaftlicher Austausch zwischen der Volksrepublik China und der Bundesrepublik Deutschland“

Teilnehmer der HVF: Rektor Prof. Walter Maier, Prorektor Prof. Wolfgang Rieth, Prorektor Prof. Dr. Helmut Hopp, Prof.in Ute Vondung, Prof. Kies

Teilnehmer der SCUN: Vize Präsident Xu Baicai, Frau Prof. Ran Chuanto, Frau Prof. He Xiang, Herr Prof. Ba Yuxi, Übersetzer Yu Chengfa

**Partner: Technische Universität Gabrovo, Bulgarien**

23.-27.11.2005: Wissenschaftliche Konferenz UNITECH an der TU-Gabrovo

Teilnehmer: Prorektor Prof. Dr. Helmut Hopp, Prof. Dr. Norbert Schäfer

Gastprofessuren im II. und IV. Semester 2006 an der TU-Gabrovo

Prorektor Prof. Dr. Hopp zum Thema „New Public Management und Organisationsentwicklung“, Prof. Norbert Schäfer zum Thema „Verwaltungspsychologie“ und „Statistik

Gastprofessur im Masterstudiengang der HVF, Wintersemester 2006

Prof.in Dr. Zvetelina Gankova zum Thema „Transformationswirtschaft“ und „Wirtschaftsreformen Osteuropas“

24.-25.11.2006: Wissenschaftliche Konferenz UNITECH an der TU-Gabrovo

Teilnehmer: Prorektor Prof. Dr. Helmut Hopp

In 2005, 2006 und 2007 fanden in Gabrovo Auswahlgespräche zum Masterstudiengang Europäisches Verwaltungsmanagement in Ludwigsburg und zum Walter-Hallstein-Programm der Landesstiftung Baden-Württemberg statt.

Ebenfalls fanden Gespräche und Erfahrungsaustausch bei Studienprogrammen in Fächern, bzw. Modulen, die im Studienplan der Studienrichtung „Öffentliche Verwaltung“ und im Masterstudiengang integriert sind, statt.

Organisation: Prorektor Prof. Dr. Helmut Hopp

02.01 – 31.01.2007: Forschungsaufenthalt an der HVF von Prof.in Dr. Zvetelina Gankova, Fakultät für Wirtschaftswissenschaften der TU-Gabrovo, Direktorin des Zentrums für internationale Programme und Projekte der TU-Gabrovo

Thema: „Öffentliche Verwaltung und der Übergang zum Euro in Bulgarien nach dem Beitritt in die EU“

Organisation: Prorektor Prof. Dr. Helmut Hopp

02.01 – 31.01.2007: Forschungsaufenthalt an der HVF von Prof. Dobrin Ganchev, sen.assistant professor TU-Gabrovo

Thema: „The role of the regional approach at solving some globalization problems“

Organisation: Prorektor Prof. Dr. Helmut Hopp

22.-25.05.2007: Verleihung der Ehrendoktorwürde für Prorektor Prof. Dr. Hopp

Teilnehmer: Prorektor Prof. Dr. Helmut Hopp, Prorektor Prof. Wolfgang Rieth, Rektor a.D. Goller

Gastprofessuren im II. Semester 2007 an der TU-Gabrovo

Prorektor Prof. Dr. Hopp zum Thema „Personalentwicklung und Personalbedarfplanung“

#### **Partner: Fachhochschule Liegnitz/Polen**

27. – 29.06.2005 Besuch durch eine Delegation der Hochschule Lignitz und festliche Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung mit der Hochschule Lignitz am 28.06.2005

Teilnehmer: Rektor Professor S. Dabrowski, Prorektor Professor E. Puchala PHD, Kanzler J. Stefaniak M.A., Gast: Prof. Dr. Volker Ronge (Universität Wuppertal)

Organisation: Prorektor Prof. Dr. Hopp

Verabschiedung des Rektors Herrn Prof. Dr. habil. Stanislaw Dabrowski am 15. Juni 2007:

Teilnehmer: Rektor Prof. Walter Maier

#### **Partner: Universität Klausenburg**

17. – 21.06.2007 Forschungsaufenthalt an der HVF von Dr. Radu Barna, zuständig für die deutschsprachigen Studiengänge an der Fakultät für europäische Studien der Universität Klausenburg

Thema: Masterstudiengänge

#### **Partner: Stolypin-Wolga-Akademie für den Staatsdienst, Saratov/RF**

Fachgespräche zu internationalen Masterprogrammen in Ludwigsburg vom 06. – 12.11.2006

Teilnehmer: Prorektorin Larisa Konstantinowa, Frau Tanja Romanova von der Wolga-Akademie

Organisation: Akademisches Auslandsamt

Konferenz: „Public and Municipal Service: from Quality of Training to Quality of Governance“ vom 30.11. – 05.12.2006 und 15jähriges Jubiläum der Wolga-Akademie am 01.12.2006

Teilnehmer: Prorektor Prof. Wolfgang Rieth, Prof. Bernd Steck

Organisation: Akademisches Auslandsamt

#### 4.4 Besuche an der HVF

Zahlreiche ausländische Delegationen, die sich für die Ausbildung für den öffentlichen Dienst und unsere Studiengänge sowie andere fachspezifische Themen interessierten, waren Gäste unserer Hochschule:

##### **Chinesische Delegation am 01.06.05:**

21 Teilnehmer wurden zum Thema „Ausbildung und Weiterbildung von Beamten in Deutschland“ an der HVF empfangen. Organisation: Prof. Lober

##### **Chinesische Delegation vom 13. – 16.06.05:**

Eine Delegation von 23 leitenden BeamtInnen der State Monopoly Administration verschiedener Provinzen besuchten unsere Hochschule, um sich über das Gebiet des Human Resources Management fortzubilden.

Referenten: Prorektor Prof. Dr. Helmut Hopp, Prof. Dr. Norbert Schäfer, Prof. Dietrich Wendland, Organisation: Prorektor Prof. Dr. Helmut Hopp

##### **Chinesische Delegation am 01.07.05:**

Im Wirtschaftsministerium wurde ein Besuch für eine Gruppe mit 11 Gästen eine Fortbildung zum Thema „Management and Utilisation of Technological Expenditure in Germany“ organisiert.

Organisation: Prorektor Prof. Dr. Helmut Hopp,

##### **Chinesische Delegation vom 06. – 07.10.2005**

Eine weitere Gruppe von 15 Vertretern des China Centre for Business Cooperation and Coordination National Development and Reform Commission wurde in Zusammenarbeit der HVF und der Volksbank Strohgäu eingehend informiert über das Thema „Kreditgarantien“.

Referenten: Mitarbeiter der Voba Strohgäu, Organisation: Prorektor Prof. Dr. Helmut Hopp

##### **Chinesische Delegation vom 18. – 19.05.2006:**

36 Vertreter der Hubei Tax Administration wurden zum Thema „Steuersystem in Deutschland“

Referenten: Rektor Prof. Walter Maier, Prof. Kies, Organisation: Rektor Prof. Walter Maier

##### **Chinesische Delegation am 20.09.06:**

10 Vertreter des Sichuan Administration Institute wurden zum Thema „Ausbildung in der öffentlichen Verwaltung“ geschult.

Referenten: Rektor Prof. Walter Maier, Prorektor Prof. Wolfgang Rieth

Organisation: Rektor Prof. Walter Maier, Akademisches Auslandsamt

##### **Chinesische Delegation vom 23. – 24.10.06:**

24 leitende BeamtInnen des Audit Office der Provinz Guandong besuchten unsere Hochschule, um sich über das deutsche Wirtschafts-Prüfungswesen zu informieren. Für die Gruppe wurde ein Besuch bei Ernst & Young und dem Finanzamt Stuttgart organisiert.

Referenten: Prof. Volkmar Walter, Prof. Dr. Bächle, Organisation: Akademisches Auslandsamt

##### **Chinesische Delegation vom 11. – 14.09.2006**

Eine Gruppe von 26 Personen aus der staatlichen Steuerverwaltung von Nanjing wurden in die Grundzüge der deutschen Steuerverwaltung eingeführt. Besuche bei den Finanzämtern Ludwigsburg und Stuttgart waren im Programm unter anderem enthalten.

Referenten: Prof. Dr. Bächle, Prof. Heinz, Prof. Walter, Prof. Dr. Knies, Prof. Scheel, Prof. Faiß, Prof. Kies, Organisation: Prof. Volkmar Walter, Akademisches Auslandsamt

##### **Chinesische Delegation am 22.09.2006**

Eine Delegation bestehend aus 16 leitenden Beamten des Bureau of Labour and Social Security of Guangzhou absolvierte an unserer Hochschule eine Fortbildung. Zum Thema

„Berufliche Bildung“. Hierzu wurde als Referentin Frau Susanne Schneider vom Internationalen Bund eingeladen. Organisation: Akademisches Auslandsamt

#### **Chinesische Delegation vom 05. – 07.02.2007**

Eine weitere Gruppe von 15 Vertretern der Rural Credit Cooperative wurde in Zusammenarbeit der HVF und der Volksbank Strohgäu eingehend informiert über das Thema „Kreditrisikomanagement“.

Referenten: Prorektor Prof. Dr. Helmut Hopp, Prof.in Dr. Dorit Loos, Mitarbeiter der Voba Strohgäu, Organisation: Prorektor Prof. Dr. Helmut Hopp, Prof. Siegfried Brändle Akademisches Auslandsamt

#### **Chinesische Delegation am 06.07.2007**

Zwölf Vertreter des Development Research Center of State Council der Volksrepublik China wurden zum Thema „Personalrecht“ geschult. Der Leiter des Personalamtes der Stadtverwaltung Ludwigsburg konnte für eine Schulung gewonnen werden.

Referenten: Prof. Pfeifer, Organisation: Prorektor Prof. Wolfgang Rieth, Akademisches Auslandsamt

#### **Chinesische Delegation vom 16. – 19.07.2007**

Eine Gruppe von 26 Personen aus der staatlichen Steuerverwaltung von Nanjing wurden in die Grundzüge der deutschen Steuerverwaltung eingeführt. Besuche beim Finanzamt Ludwigsburg und Stuttgart waren im Programm unter anderem enthalten.

Referenten: Prof. Walter, Prof. Brehm, Prof. Dr. Knies, Prof. Scheel, Prof. Faiß  
Organisation: Prof. Volkmar Walter, Akademisches Auslandsamt

#### **Chinesische Delegation am 24.09.07**

Eine Delegation aus Guandong wurde von Rektor Prof. Walter Maier über unsere Hochschule und ihre Studiengänge informiert.

Organisation: Akademisches Auslandsamt

#### **Russische Delegation vom 01. – 08.04.2007**

Eine Gruppe von neun Distriktkommissaren (Landräte) der Wolga-Region und drei Vertretern der Wolga-Akademie Saratov besuchte die Hochschule und wurde zum Thema: „Verwaltungspraxis im kommunalen Bereich“ instruiert.

Organisation: Professor Siegfried Brändle, Akademisches Auslandsamt

### **4.5 Sitzungen des Senatsausschusses**

Die Vorbereitungen des Sitzungen des Senatsausschusses „Auswärtig Beziehungen“ wurden im Akademischen Auslandsamt vorbereitet. Die Sitzungstermine waren am 09.03.2006 und am 12.12.2006.

### **4.6 Sonstige Veranstaltungen**

#### **Europäischer Hochschultag am 08.12.2006**

Der Europäische Hochschultag wurde in Zusammenarbeit mit dem Akademischen Auslandsamt vorbereitet.

#### **Informationsveranstaltungen**

Das Akademische Auslandsamt veranstaltete im Dezember 2006 und Januar 2007 Informationsveranstaltungen zu den Auslandspraktika und den Studienreisen der HVF.

#### **Europa im E-Government vom 22. – 23.03.2007**

Die Tagung Mittel- und Osteuropa im E-Government wurde in Zusammenarbeit mit dem Akademischen Auslandsamt vorbereitet. Zahlreiche Referenten und Teilnehmer kamen aus den Partnerhochschulen der HVF.

## 5. Forschung, Entwicklung und Fortbildung

Prorektor Prof. Dr. Hopp

### 5.1 LARS-Projekt Online Dokumente BGB

Projektleitung: Prof.'in Dr. Eleonore Kohler-Gehrig

Die Studierenden der Hochschule können über die Homepage der Hochschule auf die Online-Dokumente zugreifen. Diese umfassen

- Skripte zum BGB und Arbeitsrecht
- Übersichten zum BGB und Arbeitsrecht
- Fälle mit Musterlösungen zum BGB und Arbeitsrecht.

Die Online-Dokumente sollen vorlesungsbegleitend die Fähigkeit zu selbständigem Lernen und systematischem Denken fördern und bei der Prüfungsvorbereitung hilfreich sein. Studierende der Hochschule wirken bei der Zusammenstellung der Dokumente mit und haben Gelegenheit, das Angebot auf ihre Bedürfnisse abzustimmen. Das Projekt wird von der Studienkommission für Hochschuldidaktik finanziell gefördert.

Die Online Dokumente werden um die Juristische Methodenlehre erweitert. Das Methodenwissen soll trainiert werden, um mit dem Wissen um die Rechtsfindung von heute die Rechtsfragen von morgen bewältigen zu können.

### 5.2 LARS- Projekt zur Entwicklung von Schlüsselqualifikationen

Projektleitung: Prof. Dr. Norbert Schäfer

#### Eckpunkt

Absolventen der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen übernehmen häufig zeitnah nach ihrem Studium Verantwortung für Mitarbeiter. Hierauf werden sie oft nur unzureichend/unsystematisch vorbereitet. Durch das Projekt soll erreicht werden, dass Studierende durch die Diagnose ihres Verhaltens, eines anschließenden (aus der Diagnose abgeleiteten) definierten Trainingsplans und erfolgten Trainings, den Aufgaben einer Führungskraft besser gewachsen sind.

#### Hochschuldidaktische Projektbegründung

Schlüsselqualifikationen sind, neben der fachlichen Kompetenz, wichtige Kriterien des Berufserfolges. Insbesondere die Führungskompetenz spielt für Hochschulabsolventen eine wichtige Rolle. Die aktuellen Curricula nehmen in der Regel nur geringen Bezug auf diese - im allgemeinen nicht abprüfbaren - Kompetenzen bzw. auf dieses - nicht abprüfbare - Wissen. Hiermit soll versucht werden, das Curriculum zu erweitern und Forderungen der Praxis Nachdruck zu verleihen.

Darüber hinaus soll aufgezeigt werden, dass die Vorgehensweise „Diagnose – Planung eines Trainings – Durchführung eines Trainings – Evaluation“ ein didaktischer Ansatz sein kann, der flexibel auf sich ändernde Bedingungen reagieren kann. Es handelt sich um einen rückgekoppelten Prozess. Dieser kann mehrfach durchlaufen werden.

#### Projektgesamtziel

- Erstes Ziel ist die Entwicklung eines Instruments, mit dessen Hilfe es möglich ist, die Schlüsselqualifikation „Führungskompetenz“ gezielt zu entwickeln. Neu hierbei ist, dass nicht angebotsorientiert vorgegangen wird (durch das Anbieten von Seminaren), sondern dass zunächst der Status quo jeder Person festgestellt wird und darauf aufbauend individuelle Programme entwickelt werden.
- Die hierbei verwendete Methode ist ein sogenanntes q-sort. Diese Methode bietet gegenüber herkömmlichen Fragebogen-Methoden den Vorteil, dass die Befragten

nicht alle Fragen identisch beantworten können, eine Differenzierung demzufolge erleichtert wird. Allerdings führt diese Methode zu rein ipstativen Werten.

### **Ablaufplan nach Teilzielen**

- Erarbeitung eines Diagnoseinstruments (q-sort) und Herstellung der Materialien
- Durchführung der Diagnosen
- bei Studierenden,
- bei in der Praxis tätigen Personen als Vergleichsstichprobe.
- Erarbeitung von Trainingsprogrammen aufgrund der durchgeführten Diagnosen in Zusammenarbeit mit Studierenden,
- Einsatz der Trainingsprogramme in der Hochschule
- Evaluation der Projekts, insbesondere des Diagnoseinstruments und der Trainingsprogramme
- Die Studierenden sind während des gesamten Projekts eingebunden.
- Diagnose (Studierende stellen sich in der diagnostischen Phase als Teilnehmer zur Verfügung)
- Trainingsplanung (die Trainings werden individuell und in Gruppen mit den Studierenden geplant)
- Training (die Studierenden nehmen an den Trainings teil. Die Trainings haben Übungscharakter)
- Evaluation (s. Diagnose)

### **5.3 Zulassungsverfahren für den gehobenen Verwaltungsdienst**

Projektleitung: Prof. Dr. Norbert Schäfer

Das bisherige Zulassungsverfahren bei den Regierungspräsidien wurde durch ein Verfahren unter der Federführung der Fachhochschulen ersetzt. Bei diesem Verfahren handelt es sich um ein mehrstufiges Verfahren. In der ersten Stufe soll ein schriftlicher Eignungstest durchgeführt werden. Die Bewerber, die diesen Test erfolgreich bewältigen, werden anschließend zu einem Einstellungsinterview eingeladen. Um dieses Verfahren zu etablieren, sind folgende Schritte durchzuführen:

- Probelauf eines Testverfahrens bei Studierenden.
- Die Ergebnisse dieses Probelaufs dienen dazu festzulegen, welche Leistungen bei Bewerbern erwartet werden müssen.
- Diese Daten werden aufbereitet und als idealtypisches Profil verarbeitet.

Es wurde ein Leitfaden entwickelt, der für die Durchführung der Einstellungsinterviews zugrunde gelegt wird. Die prognostische Validität wurde allein durch die Verwendung des Eignungstests um 1/3 gegenüber der bisherigen Praxis (Gesamtnote der HZB) gesteigert. Damit führt die Verwendung der Testbatterie zu einer substantiellen Verbesserung des Einstellungsverfahrens. Mit der VWA-Stuttgart wurde vereinbart, dass Fortbildungsveranstaltungen zum Führen des strukturierten Einstellungsinterviews angeboten werden.

### **5.4 A Survey of Values and Attitudes - Students in Hong Kong, SAR, China and Baden-Württemberg, Germany**

Projektleiter: Prof. Dr. Günther R. Vollmer

Kooperationspartner: FH Karlsruhe, Baptist University Hong Kong

The global economy is undergoing tremendous change. Global competition through innovation and stimulating sustainable development through economic growth may be the main driving force of growth and higher living standards. Entrepreneurship is another key element. Entrepreneurship is a way of thinking and entrepreneurs have a specific mentality. They are experimental, prepared to contemplate radically new ideas and to take risks;

they are flexible, oriented toward opportunity and quick to drop activities that are less productive than others. It is their attitude and values what makes them different. There's a general agreement, shown in many studies, on a broad difference of mentality concerning entrepreneurship between USA and Europe.

This study explores the difference between two regions in Asia and Europe. Both regions Hong Kong and Baden-Württemberg are economic power houses with comparable GDPs, population, and per capita income. The focus of the study is on similarities and differences of the values and attitudes of students in these regions.

## **5.5 Kompetenzen und Fachkenntnisse des gehobenen Dienstes in Baden-Württemberg**

Projektleitung: Prof. Dr. Günther Vollmer

Im Rahmen des Bachelor-Studiengangs wurde eine Befragung zur Wichtigkeit einzelner Fachkenntnisse/Fachgebiete und erforderlicher Kompetenzen durchgeführt und statistisch ausgewertet. Insgesamt wurden 534 Experten und Expertinnen befragt. Darunter waren 106 Lehrbeauftragte der beiden Hochschulen in Ludwigsburg und Kehl. Die Einschätzung der Bedeutung der Fachkenntnisse gibt wichtige Hinweise für die Gewichtung der einzelnen Fächer, die Einschätzung der Kompetenzen gibt wichtige Hinweise zur Gestaltung der Lehr- und Lernformen im Bachelorstudium.

## **5.6 Soziale Kompetenzen**

Projektleitung: Prof. Dietrich Wendland

Die sozialwissenschaftlichen Fächer wurden im Steuerstudium erheblich ausgeweitet mit dem Ziel, die sozialen Kompetenzen der Studenten besser zu fördern. Die für die Personalplanung zuständigen Vertreter der Länderfinanzministerien hatten festgestellt, dass an den Fachhochschulen im Steuerrecht zwar sehr kompetente Studenten ausgebildet werden, dass aber die Fähigkeiten im Bereich der sozialen Kompetenzen doch relativ unterentwickelt sind. Daher wurde in der bundeseinheitlichen Rechtsverordnung (StBPAO) die Stundenzahl von bisher 32 Vorlesungseinheiten (VE) Sozialpsychologie/Betriebssoziologie im Wahlpflichtbereich auf 200 VE im Pflichtbereich und weitere 60 VE im Wahlpflichtbereich erhöht. Es kam dann entscheidend darauf an, die Umsetzung dieser Vorgaben so zu gestalten, dass diese Fächer, trotz ihrer Stellung als Nebenfächer, eine hohe Akzeptanz bei den Studierenden finden.

Die Konzeption führt zu einem Modell mit drei Säulen:

- Jeweils zwei Wochen sozialpsychologisches Gruppentraining ( 2 x 32 VE) im Grundstudium II und III.
- Jeweils zwei Blöcke Rhetorik parallel zum Gruppentraining, insgesamt 26 VE
- Als Projektarbeit eine kleine eigenständige sozialwissenschaftliche Untersuchung in Teamarbeit mit anschließender Präsentation der Ergebnisse im Hauptstudium

Dieses Modell der drei Säulen ist eine moderne und praxisnahe Konzeption für die Vermittlung sozialer Kompetenzen, weil die Inhalte nicht theoretisierend und belehrend vermittelt werden, sondern die Lernprozesse weitgehend über eigene Erfahrungen der Studenten und wechselseitige Feedbackprozesse gesteuert werden. Die Ergebnisse der Evaluation bestätigten den eingeschlagenen Weg.

## **5.7 Mittel- und Osteuropa im E-Government**

Projekt des Hochschulkollegs E-Government der Alcatel-Lucent-Stiftung für Kommunikationsforschung

Projektleiter: Prof. Dr. Helmut Hopp

E-Government ist ein Konzept der öffentlichen Verwaltung, das seit etwa zehn Jahren in den Mittelpunkt der Modernisierungsbestrebungen gerückt ist. Die modernen Informations- und Kommunikationstechniken verändern sowohl die Beziehungen zu den Bürgern bzw. Kunden wie auch die internen Prozesse der Verwaltung. Im Jahre 2007 hat das Hochschulkolleg versucht, die Entwicklungen in den mittel- und osteuropäischen Staaten in den Blick zu nehmen. Zu diesem Zweck hat die Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen eine Tagung organisiert und durchgeführt, an der neben deutschen Beiträgen vom Innenministerium BW und der Stadt Stuttgart Experten aus folgenden Staaten mit Präsentationen vertreten waren: Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Russland. Zudem konnten im Rahmen der Tagung Erfahrungen aus Italien eingebracht werden. Die Diskussionen haben ein sehr differenziertes Bild über E-Government-Entwicklungen zutage gefördert. In der Publikation „*One-Stop-Europe: Citizen Centered E-Government*“ der Alcatel-Lucent-Stiftung sind die Ergebnisse zusammengefasst worden. Zum Ende der Konferenz konnte man sich auf eine Fortsetzung verständigen. Unter dem Titel One-Stop-Europe 2008 wird am 17. und 18. April 2008 an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen eine weitere internationale Tagung durchgeführt, bei der es um die Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie gehen soll.

## 5.8 Forschungsprojekt zu Scientology

Projektleiter: Prof. Dr. Arnd Diring

Im Zeitraum Januar 2006 bis Januar 2007 wurde ein Forschungsprojekt zu Scientology an der Fachhochschule Ludwigsburg durchgeführt. Die Leitung oblag Herrn Prof. Dr. jur. Arnd Diring, Dozent der Fakultät I, Management und Recht.

In dem Projekt wurden die Organisationsstruktur, die Dogmatik und die Handlungspraxis der *Scientology-Organisation* analysiert und systematisch aufbereitet. Dabei konnten für die Untersuchung zahlreiche Primärquellen der Vereinigung herangezogen werden, die bislang in der Öffentlichkeit unbekannt waren. Hierzu zählen neben Büchern, Kursunterlagen und Tonbandvorträgen auch interne Handlungsanweisungen der Vereinigung.

Ziel des Forschungsprojekts war es, durch die Schaffung einer fundierten Tatsachenbasis einen Beitrag für die weitere notwendige Diskussion um Scientology zu schaffen. Aufbauen konnte das Projekt dabei auf einer bereits mehrere Jahre andauernden Forschungsarbeit, deren erste Ergebnisse 2003 in der „*Schriftenreihe zum Staatskirchenrecht*“ unter dem Titel „*Scientology – Verbotsmöglichkeit einer verfassungsfeindlichen Bekenntnisgemeinschaft*“ sowie in mehreren Fachbeiträgen publiziert wurden. Die wesentlichen Erkenntnisse aus dem aktuellen Forschungsprojekt wurden in dem Buch „*Die Brücke zur völligen Freiheit? – Struktur, Dogmatik und Handlungspraxis der Scientology-Organisation*“ veröffentlicht, das von der *Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen* herausgegeben wird. Es wurde Anfang Januar 2007 auf einer Pressekonferenz in Berlin vorgestellt. In zahlreichen Fernseh- und Printmedien wurde darüber berichtet. Weitere Ergebnisse des Forschungsprojekts werden in verschiedenen Fachzeitschriften veröffentlicht. Dazu zählen auch juristische Beiträge, in denen die Bewertung auf den durch das Forschungsprojekt neu gewonnen Erkenntnissen beruht.

## 5.9 Forschungsstelle für Personal- und Arbeitsrecht

Projektleiter: Prof. Dr. Arnd Diring

Auf Beschluss des Senats und des Fakultätsrats der Fakultät I, Management und Recht, wird im Wintersemester 2007/2008 eine Forschungsstelle für Personal- und Arbeitsrecht an der Fachhochschule Ludwigsburg eingerichtet. Sie wird ihre Arbeit im Januar 2008 aufnehmen. Geleitet wird sie von Prof. Günter Pfeifer und Prof. Dr. jur. Arnd Diring, Dozenten an der Fakultät I.

Ziel der Forschungsstelle ist eine anwendungsorientierte Forschungsarbeit, die sich sowohl mit grundsätzlichen Fragestellungen als auch mit aktuellen Problemen aus dem Bereich des Personal- und Arbeitsrechts befasst. Eine entscheidende Rolle soll dabei stets der Transfer der gewonnenen Erkenntnisse in Lehre und Praxis spielen. So werden die Ergebnisse der Forschungsarbeit beispielsweise im Rahmen von Vorlesungen, Kolloquien und Seminaren direkt in die Ausbildung einfließen und aktuelle Informationen für staatliche und private Einrichtungen zur Verfügung gestellt. Die Ergebnisse einzelner Projekte und Untersuchungen werden darüber hinaus in Fachzeitschriften und sonstigen Publikationen dargestellt.

Einen inhaltlichen Schwerpunkt der Forschungsarbeit werden Fragestellungen bilden, die den öffentlichen Dienst betreffen. Hierzu zählt derzeit insbesondere die aktuelle Tarifreform mit den nun geltenden verschiedenen Tarifverträgen (TVöD, TV-L u.a.) und den darin getroffenen Regelungen zur Einführung neuer Arbeitszeitmodelle und leistungsorientierter Instrumente der Personalentwicklung. Darüber hinaus wird sich die Forschungsstelle grundsätzlichen Fragestellungen und aktuellen arbeitsrechtlichen Aufgaben widmen. Gegenstand der Forschungsarbeit sollen insofern z.B. die arbeitsrechtlichen Probleme bei Umstrukturierungen und anderen organisatorischen Veränderungen sowie bei der Umsetzung neuer gesetzlicher Vorgaben in der Praxis sein.

### **5.10 Entwicklung eines Blended-Learning-Konzeptes für die BWL/Management-Weiterqualifizierung von Führungskräften der Justizverwaltung**

Projektleiter: Prof. Dr. Helmut Hopp

28 Führungskräfte der Justiz(vollzugs)verwaltung haben von Oktober 2006 bis Juli 2007 an einer BWL/Management-Weiterbildung teilgenommen. Obwohl es sich seit 2002 inzwischen um die vierte Gruppe handelte, die dieses Kontaktstudium absolvieren konnte, war dieses Mal doch alles anders. Zum ersten Mal wurde die Weiterbildung im Rahmen eines Blended Learning-Konzeptes durchgeführt. Im Jahre 2004 erfolgte der Kurs noch vollständig in Form von Präsenzveranstaltungen an der Hochschule. Demgegenüber konnten die aktuellen Teilnehmer im aktuellen Kurs lediglich 100 von insgesamt 240 Vorlesungsstunden im Rahmen von Präsenzveranstaltungen absolvieren. Den überwiegenden Teil des Programms mussten sich die Teilnehmer auf einer E-Learning-Plattform im Selbststudium am Arbeitsplatz aneignen. Im Jahre 2004 war die Umstellung der Weiterqualifizierung auf die Blended Learning-Struktur vereinbart worden, weil die insgesamt achtwöchige weiterbildungsbedingte Abwesenheit der Justizbeamten nicht mehr mit den dienstlichen Erfordernissen in den Gerichten, Staatsanwaltschaften und Justizvollzugsanstalten vereinbar war. In einem neuen Konzept sollten zwar die gleichen Inhalte im jeweils notwendigen Umfang vermittelt werden, jedoch insgesamt mit weniger Abwesenheit der Beamten vom Arbeitsplatz. Insofern sollte das Programm zumindest teilweise auf einer E-Learning-Grundlage durchgeführt werden. Das Team der Hochschule um Prorektor Prof. Dr. Hopp entwickelte in insgesamt sechs Fachgebieten ein Konzept mit Präsenz- und E-Learning-Veranstaltungen.

## 6. Ethikbeauftragter

Prof. Dr. Hans-Dieter Rath

Die Tradition der Ethikreihe wurde im Berichtszeitraum fortgesetzt.

### WS 2005/06

- Die Veranstaltungsreihe befasste sich mit dem Leitthema „Dialogische Kultur – Ethik in Beziehungen und >gesundes Handeln<“. Eröffnet wurde sie von der Hochschulpfarrerin Dr. Barbara Bürkert - Engel mit einem Blockseminar zur Islamkunde, welches neben interreligiösen und interkulturellen Fragen auch kommunalpolitische Themen des Zusammenlebens mit Muslimen zur Diskussion stellte und mit einer Teilnahme am Abend des Fastenbrechens in einer Moschee abgerundet wurde.
- Die Frage nach der universellen Geltung der Menschenrechte in einer globalisierten Welt war Gegenstand des Vortrages „Menschenrechtsorientierte nachhaltige Entwicklung“ von Prof. Dr. Hans Walz, Hochschule für Technik und Sozialwesen Ravensburg/Weingarten.
- Mit dem immer wieder konfliktreichen Verhältnis „Staat und Religion“ befasste sich Prof. Johann Bader, Richter am VGH Baden-Württemberg und langjähriger Lehrbeauftragter unserer Hochschule.
- Dem Themen- und auch Spannungsfeld >Arbeit und Leben< , insbesondere der Frage nach dem gesunden Umgang mit Belastungen im Arbeitsleben widmeten sich die Ausführungen zu „work - life - balance“ von Holger Gehlenborg, Dipl. Sozialpädagoge und Koordinator der betrieblichen Gesundheitsvorsorge bei der LHS Stuttgart.
- Schließlich wurde für die Studierenden erneut von Frau Angelika Feurer das Blockseminar „Mit Konflikten konstruktiv umgehen lernen“ mit einem Grund- und Aufbaukurs durchgeführt, welches wegen der großen Nachfrage einen Doppeldurchgang nahe legte.

### WS 2006/07

- „Glück und Gesundheit“ waren die Leitthemen der Ethikreihe im W2006/07. Nach der einführenden Vorstellung der Spielarten von Glück durch Prof. Dr. Michael Wörz, Hochschule für Technik, Karlsruhe in seinem Vortrag „Glück – was ist das ? Philosophische Konzepte eines gelingenden Lebens“ referierte Heinz-Peter Ohm, Dipl. Sozialwirt, Gesundheitsamt der LHS Stuttgart über den (neuen) Begriff und das Verständnis von Gesundheit : „Salutogenese – oder wie entsteht Gesundheit ?“ Einen weiteren Baustein zu Gesundheit und der Frage, was hält gesund, beschrieb die Veranstaltung „Resilienz – Gesund bleiben in Veränderungsprozessen“ mit Angelika Feurer, Diplompädagogin im Haupt- und Personalamt der LHS Stuttgart (und dort vor allem als Konfliktberaterin tätig). Als ein Höhepunkt erwies sich die Veranstaltung mit Prof. Dr. Wilhelm Schmid aus Berlin, der die Philosophie der Lebenskunst „wiederentdeckt“ und in vielen Publikationen in der speziellen Reihe der >Bibliothek der Lebenskunst< bekannt gemacht und fortgeführt hat. Sein spannender und alle Teilnehmer beeindruckender Vortrag „Gesundheit und Lebenskunst“ verknüpfte gelungen die gespannten Fäden zwischen Glück und Gesundheit.
- Anwendungsorientiert referierte nochmals Holger Gehlenborg, Dipl. Sozialpädagoge und Koordinator der betrieblichen Gesundheitsvorsorge beim Haupt- und Personalamt der LHS Stuttgart zum Thema „Gesundheit im öffentlichen Dienst“.
- Wiederaufgelegt wurde für die Studierenden „als erfolgreicher Klassiker“ das Blockseminar „Konfliktmanagement“, Grund- und Aufbaukurs, mit Angelika Feurer.

## 7. Ringvorlesungen

Prof. Dr. Volkmar Kese

Die Ringvorlesungsreihen "Europa auf dem Weg zur Einheit" und "Deutschland im Wandel" haben ihren festen Platz als gern in Anspruch genommene studium-generale-Möglichkeit behaupten können. Dabei kann beobachtet werden, dass nicht nur die Vorträge, sondern insbesondere auch das zunehmende Angebot von ein- bis zweitägigen Workshops, die eine intensive Mitarbeitsmöglichkeit zu aktuellen und interessanten Themen anbieten, immer stärkeren Zuspruch erfahren. Im Folgenden sollen einige Themen vorgestellt werden, wobei insbesondere die Workshops hervorgehoben werden:

- Eine neue Industriepolitik in einem neuen Europa?
- Kommunalen Europakoordinator - Berufschancen und Herausforderung für Absolventen der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen
- Europäisches Förderprogramm INTERREG - Einführung mit praktischen Tipps und Tricks
- Fortentwicklung einer Marketingkonzeption - dargestellt am Beispiel der Limes-Thermen Aalen
- Neue interne Kommunikationskultur durch das Medium Intranet am Beispiel des Klinikums Mittelbaden
- Von der Gemeinschaftsinitiative INTERREG zur Mainstream-Förderung: Einführung in die neue Architektur des Programms
- Vom Förderantrag bis zur Abschlussevaluation – Praxistipps für ein erfolgreiches EU-Projektmanagement.

## 8. Funktionen des Hochschulsports

Günter Lauer, Hochschulbeauftragter für den Sport

### Kernaufgaben

Entsprechend den Aufgabenzuweisungen durch Gesetze soll der Hochschulsport, den Hochschulangehörigen ein bedarfsorientiertes Sport- und Bewegungsprogramm anbieten, das vor allem dem Spaß und der Freude am gemeinsamen Sporttreiben und der körperlichen Bewegung dient. Das Spektrum reicht hierbei von Freizeitbetätigung bis hin zum Wettkampfsport. Darüber hinaus hat der Hochschulsport die Aufgabe dazu beizutragen,

- dauerhafte Motivation zu Sport und Bewegung zu entwickeln,
- die physische und psychische Belastbarkeit und Stabilität zu verbessern,
- die Kommunikation unter den Hochschulangehörigen zu verbessern.

### Sekundäraufgaben: Hochschulsport als Identifikationsfeld

Ein bedarfsorientierter Hochschulsport gestaltet nicht nur den Lebensraum Hochschule, sondern unterstützt durch seine Inhalte und seine integrativen Möglichkeiten die kommunale Einbindung der Hochschule in attraktiver Weise.

### Hochschulsport als individuelles Qualifikationsfeld

Der Hochschulsport stellt ein Lernfeld zu Erproben und Erwerben persönlichkeitsbildender Fähigkeiten dar, wie beispielsweise Teamfähigkeit, soziale Kompetenz, und Verständnis für demokratische Entscheidungsprozesse. Er kann zum Abbau von sozialen Barrieren wie Befangenheit, Vorurteilen und Berührungängsten beitragen, die zur Isolation führen können.

### Forderung

Um den bisherigen Stellenwert des Hochschulsports beibehalten und ausbauen zu können, sind auf der Ebene der Hochschule folgende Ziele zu verfolgen.

- Positionierung des Hochschulsports im Profil der Hochschule und damit Anerkennung als ein wichtiger und unersetzbarer Bereich ihres Leistungsspektrums.
- Verankerung im kommunalen Umfeld durch Kooperationen und positive Außendarstellung.

### Angebot des Hochschulsports

Das Hochschulsportangebot muss sich an den Erwartungen und Interessen seiner Zielgruppen und den örtlichen Gegebenheiten orientieren.

### Inhalte des Hochschulsports

Das Gesamtangebot des Hochschulsports erfüllt inhaltlich im Wesentlichen folgende Voraussetzungen:

- Die unterschiedlichen Sportmotive, wie Spiel- und Bewegungsfreude, körperliche Fitness, Kommunikation Gesundheitsvorsorge, Leistungsvergleich oder Naturerlebnis, spiegeln sich in der Angebotsvielfalt wider.
- Die Angebote des Hochschulsports sind Themen zielgruppen- und bedarfsorientiert.

Der Aufgabenbereich Sport wird traditionell und entsprechend den Interessen der Studierenden sehr weit gefasst. Er beinhaltet neben den klassischen Sportarten im Breiten- und Wettkampfsport auch moderne Spiel und Bewegungsformen sowie Angebote, bei denen

Bewegung nur ein Element unter mehreren ist. Hierzu gehören mit den zusätzlichen Angeboten des Allgemeinen Hochschulsports:

- Teamorientierte Sport- und Freizeitspiele
- Individual- und Fun-Sportarten
- Fitness- und Entspannungstraining
- Gymnastik
- Schwimm- und Wassersportarten
- Judo- und Kampfsportarten

## 9. Drei-Jahresbericht LIP – Projekte 2005, 2006, 2007

Ludwigsburger Institut für innovative Projekte in Verwaltung, Wirtschaft und Recht  
Prof. Dr Joachim Klink, Vorsitzender LIP e.V.

### **LIP – Projekt: GEMEINDEHAUSHALTSANALYSEN,**

in Kooperation mit der IHK Stuttgart und weiteren IHKs

LIP e.V. übernahm für die 12 Industrie - und Handelskammern in Baden-Württemberg - federführend sind die IHKs Stuttgart und Konstanz - seit 2001 in den Jahren 2005 bis 2007 bereits zum fünften bis siebten Mal die wissenschaftliche Durchführung des Projektes „Erstellung eines Gutachtens zur Analyse der Haushalte für 98 große Kreisstädte und kreisfreie Städte in Baden-Württemberg“. Die von den Professoren Wolfgang Rieth und Klaus Ade vom LIP wahrgenommenen Arbeiten beinhalten die Erfassung (= empirische Sammlung von Fakten wie Kennzahlen usw.), mathematische Auswertung der gesammelten Fakten in Tabellen und Zahlenkolonnen, die Vergleichsmöglichkeiten eröffnet, sowie eine übersichtliche Darstellung mitsamt begleitendem Text. Die Untersuchung/Analyse erstreckt sich auf den Kernhaushalt und auf Eigenbetriebe. Zusatzauswertungen für einzelne Landkreise und Städte ermöglichen diesen noch weitere Transparenz.

### **LIP – Projekt: BÜRGERMEISTERKANDIDATEN- SEMINAR**

Die Fachhochschulen Kehl und Ludwigsburg, bzw. deren Fortbildungseinrichtungen, die Kehler Akademie und das LIP e.V., Ludwigsburger Institut für innovative Projekte haben im Oktober 2005 in Ludwigsburg zum sechsten Mal ein gemeinsames dreitägiges Seminar für Bürgermeisterkandidatinnen und Kandidaten durchgeführt. Seit der erfolgreichen ersten Kooperation im Oktober 2000 wird das Seminar abwechselnd in Kehl und in Ludwigsburg angeboten.

Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren 15 interessierte Bürgermeisterkandidatinnen und Kandidaten nicht nur aus dem Land Baden-Württemberg, sondern darüber hinaus auch aus einer Reihe anderer Bundesländer, die mittlerweile fast alle die Volkswahl des Bürgermeisters eingeführt haben. Der von am weitesten her angereiste Teilnehmer kam von der Universitätsstadt Ioannina aus Griechenland!

Ausgewählte Referenten berichteten „aus erster Hand“ über ihre praktischen Erfahrungen im Wahlkampf, bei dessen Vorbereitung und im Amt, sind aber auch stets in der Lage gewesen, die vermittelten Themen wissenschaftlich zu begründen. Dazu hin gab es viele Informationen und Hintergrundwissen zu Themen wie Rechtsstellung und Sozialprofil des Bürgermeisters, dessen Besoldung und Versorgung, das Kommunalwahlsystem, rechtliche Grundsätze, die es bei der Kandidatur zu beachten gilt, Vermeidung von Wahlanfechtungsgründen u.v.m. Ein Schwerpunkt waren Übungsmöglichkeiten für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer: So wurden Vorstellungsreden, Hausbesuche, Vorstellungen bei örtlichen Gruppierungen, Vereinen und Persönlichkeiten, Vorstellungen in Gaststätten und Versammlungsräumen vor laufender Videokamera geübt, das Ergebnis gemeinsam analysiert und diskutiert sowie die entsprechende Videokassette anschließend jeder Teilnehmerin und jedem Teilnehmer zu häuslichen Nachbereitung mitgegeben. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer erhielten neben interessanter Literatur auch jeweils einen Leitfaden zu den einzelnen Themenblöcken.

Das Referententeam setzte sich zusammen aus: Frau Bürgermeisterin Dorothea Bachmann sowie den Herren Bürgermeister Peter Dietz, Prof. Konrad Faiß, Prof. Dr. Berthold Löffler, Prof. Dr. Hans-Georg Wehling, Prof. Paul Witt und Hauptamtsleiter Lars Brügger. Die Leitung des Seminars hatte Prof. Dr. Joachim Klink.

Das Seminar wurde von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern herausragend evaluiert, die einzelnen Beiträge / Referenten wurden im Durchschnitt mit Votierungen zwischen

sehr gut und gut bewertet, das Gesamtseminar mit Orga, Moderation und Betreuung insgesamt mit sehr gut!

### **LIP – Projekt: PFALZGRAFENWEILER, ERSTELLUNG EINES ZUKUNFTSTÜCHTIGEN EDV KONZEPTS**

Professor Klaus Rogler vom LIP hat sich der verantwortungsvollen Aufgabe angenommen, für die idyllisch gelegene Schwarzwaldsgemeinde Pfalzgrafenweiler bei Freudenstadt ein schlüssiges Modell für eine zukunftstüchtige EDV-Ausstattung zu schaffen.

Zusammen mit Herrn Bürgermeister Dieter Bischoff, Herrn Ruf von der Finanzverwaltung und Herrn Lewerenz von der EDV-Betreuung wurden nicht nur grundlegende Fragen wie die nach Autonomie oder Anschluss an ein Rechenzentrum, organisatorische Anbindung der Außenstellen, Verhältnis Zentralrechner und PCs, sondern eine fast endlose Reihe von Detailfragen wie Einzelheiten zur Nutzung von Regisafe IQ, Rechtsstruktur und Sicherungsverfahren, interne oder externe EDV-Pflege, e-Government und web-Auftritt, um nur einige zu nennen, kritisch hinterfragt und in einen für Pfalzgrafenweiler und dessen personelle Ausstattung sowie seiner Besonderheit als Gemeinde mit zahlreichen, geographisch verstreuten Teilorten geschaffenen Maßnahmen-Katalog gebracht.

Das Projekt wurde zwischen Januar und Juli 2005 durchgeführt und mit der Vorstellung des Gesamtergebnisses im Gemeinderat durch Herrn Professor Rogler zusammen mit Prof. Dr. Klink zum erfolgreichen Abschluss gebracht.

### **LIP – Projekt: Seminar „up-date im Bürgerlichen Recht“ für PraktikerInnen aus unseren Kommunen**

In vier Modulen fand im März 2006 das jüngste LIP - Seminar zu all den Neuerungen im Bürgerlichen Recht statt, die die Schuldrechtsreform mit sich gebracht hat. Professor Dr. Joachim Klink konnte sich über insgesamt 22 Anmeldungen freuen, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer kamen aus den verschiedensten Himmelsrichtungen unseres Bundeslandes. Zu den Bereichen Bürgerliches Recht Allgemeiner Teil, Schuldrecht Allgemeiner und Besonderer Teil sowie Sachenrecht wurden nicht nur die vielen Neuerungen gestrafft und in ihren wesentlichen Zügen vorgestellt, sondern es konnte - nach einer Zeit von mittlerweile vier Jahren seit Inkrafttreten der Reform - eine Reihe von Hauptproblemen untersucht und kritisch beleuchtet werden, die sich in der täglichen Anwendung in der Praxis herauskristallisiert haben. Dazu hin wurden wichtige erste höchstrichterliche Entscheidungen vorgestellt und diskutiert, die zu den "neuralgischen" Punkten des neuen Rechts dringend erwartet worden waren. Schwerpunkte des Seminars lagen auf der Vertragsgestaltung, dem AGB-Recht, dem neu gestalteten Recht der Pflichtverletzungen (Schadenersatz, Rücktritt) und der Gewährleistung sowie dem kommunalen Grundstückswesen, einschließlich der stets brisanten Frage der Wirksamkeit von Haftungsausschlüssen. Allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern wurden für jedes Modul umfangreiche Unterlagen zur Verfügung gestellt.

### **LIP – Projekt: Seminar „up-date im Bürgerlichen Recht“ In Kooperation mit der VWA Stuttgart**

Das soeben erwähnte Seminar wurde wegen des großen Zuspruchs bei Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus unseren Kommunen in Kooperation mit der VWA Stuttgart im Herbst 2006 wiederholt. Unter den TeilnehmerInnen befanden sich auch eine Reihe von Zugehörigen zum universitären Bereich in Tübingen, die diese Art der Präsentation von neuesten Entwicklungen im BGB seit der Schuldrechtsreform anderweitig nirgendwo angeboten gefunden hatten. Seminarreferent war, wie in unserem Hause, Prof. Dr. Klink.

## **10. Personelle Veränderungen**

### **10.1 Neue Professoren**

01. Januar 2006, Prof. Dr. Jörg Knies

### **10.2 Ruhestand**

28. Februar 2006, Prof. Hans Helmschrott, Fakultät II

31. August 2006, Prof. Gerhard Waibel, Fakultät I

31. August 2006, Prof. Hubertus Fröhle, Fakultät II

31. August 2006, Prof. Manfred Hebler, Fakultät II

28. Februar 2007, Prof. Wolfgang Wintzen, Fakultät I

31. August 2007, Prof. Siegfried Brändle, Fakultät I

### **10.3 Ausgeschiedene Verwaltungsmitarbeiter**

30. September 2006, Verwaltungsangestellte Renilde Albert

31. Oktober 2006, Oberamtsmeister Walter Probst

30. April 2007, Verwaltungsangestellte Katharina Schreck

31. August 2007, Verwaltungsangestellte Dr. Gardiewski

### **10.4 Neu eingestellte Verwaltungsmitarbeiter**

1. September 2006, Auszubildender Fabian Mayer

1. September 2006, Verwaltungsangestellte im AAA Stephanie Forscht

31. Oktober 2006, Hausmeister Dieter Lang

1. Juli 2007, Verwaltungsangestellte im Studentensekretariat Celia Böhm

### **10.5 Ehrungen**

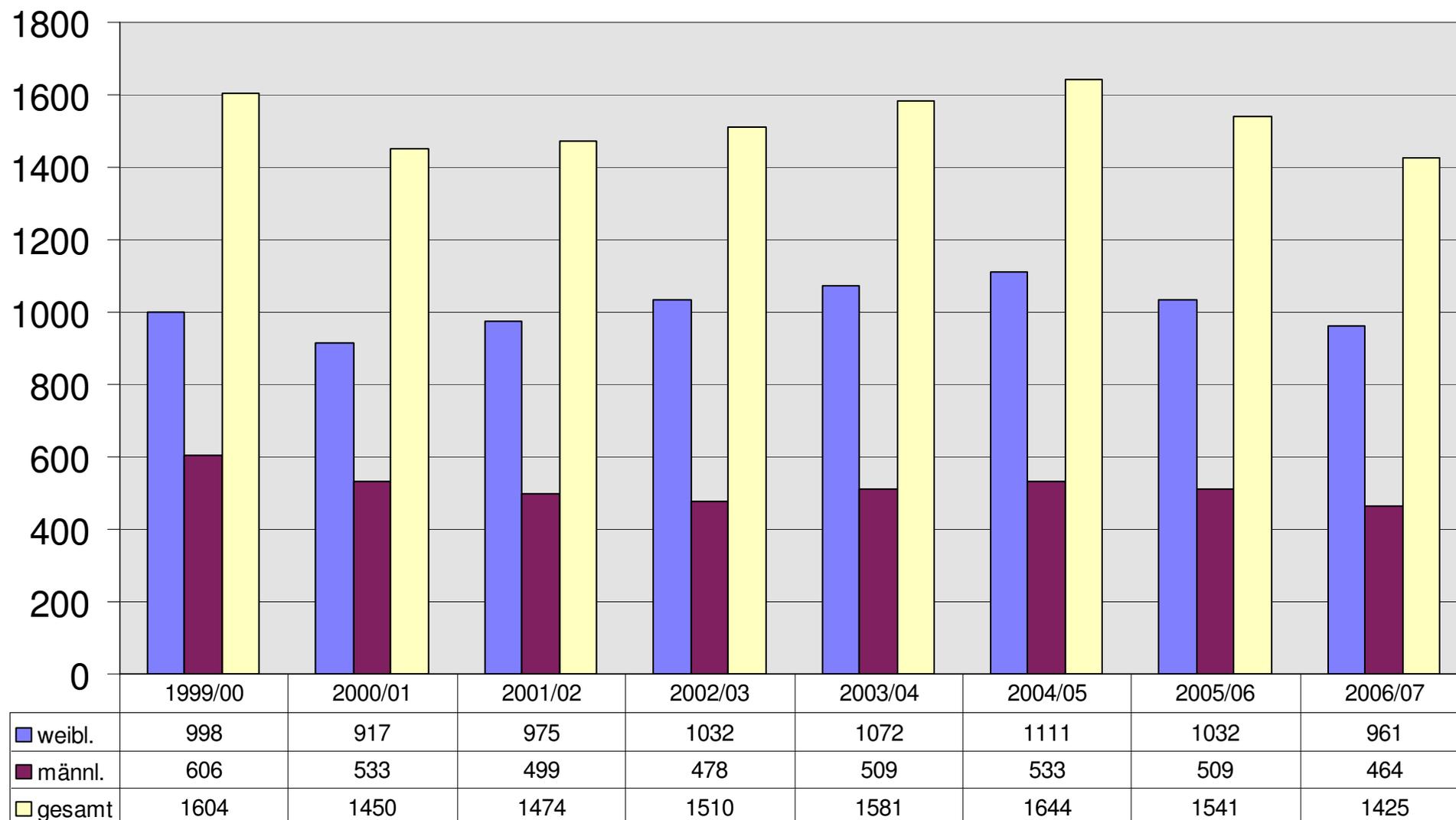
Mit Herrn Rechtsanwalt Ingo Hauffe und Herrn Hauptgeschäftsführer Eberhard Trumpp hat die Hochschule zwei herausragende Persönlichkeiten zu Honorarprofessoren ernannt. Durch ihre langjährige erfolgreiche Lehrtätigkeit an der Hochschule, ihre fachwissenschaftlichen Arbeiten und ihre Anerkennung in der Praxis haben sie nachgewiesen, dass sie die Fachhochschule ausgezeichnet vertreten. Die akademische Feier fand in gebührendem Rahmen im Kreishaus in Ludwigsburg statt. Laudatoren waren Prof. Matjeka und Prof. Ade.

## 11. Statistiken

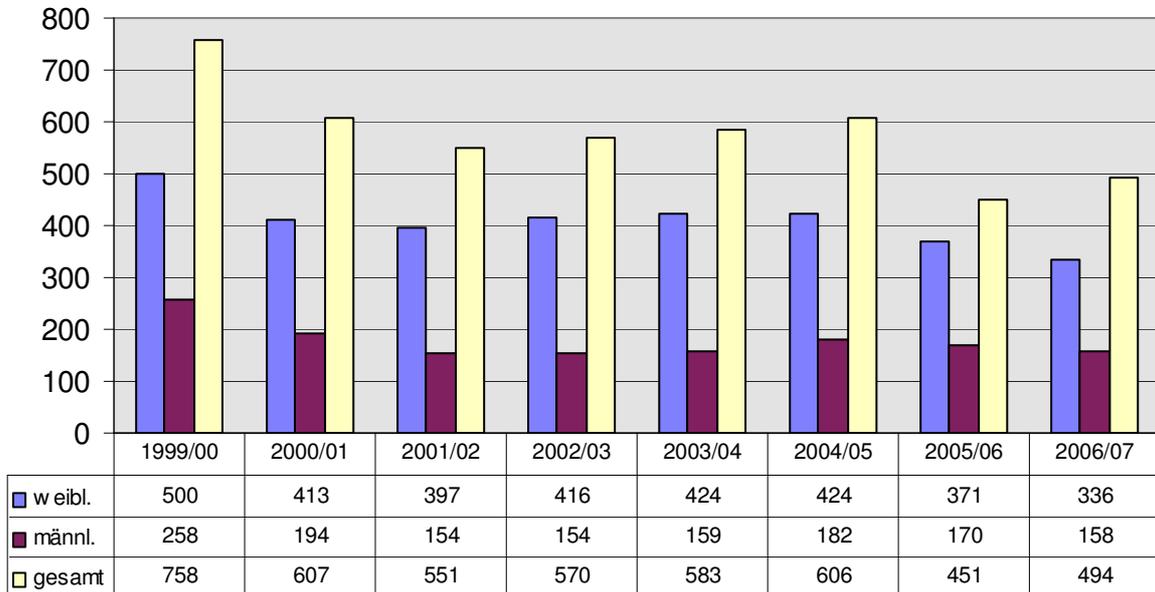
### 11.1 Entwicklung der Studierendenzahlen

Studienjahr	Innenverwaltung			Rentenversicherung			Allg. Finanzverwaltung			Steuerverwaltung			Fachbereiche insgesamt		
	weibl.	männl.	gesamt	weibl.	männl.	gesamt	weibl.	männl.	gesamt	weibl.	männl.	gesamt	weibl.	männl.	gesamt
1999/00	500	258	758	89	53	142	73	26	99	336	269	605	998	606	1604
2000/01	413	194	607	87	54	141	68	31	99	349	254	603	917	533	1450
2001/02	397	154	551	104	47	151	76	32	108	398	266	664	975	499	1474
2002/03	416	154	570	118	51	169	80	30	110	418	243	661	1032	478	1510
2003/04	424	159	583	124	45	169	79	36	115	445	269	714	1072	509	1581
2004/05	424	182	606	123	42	165	66	43	109	498	266	764	1111	533	1644
2005/06	371	170	541	114	31	145	65	44	109	482	264	746	1032	509	1541
2006/07	336	158	494	99	25	124	62	40	102	464	241	705	961	464	1425

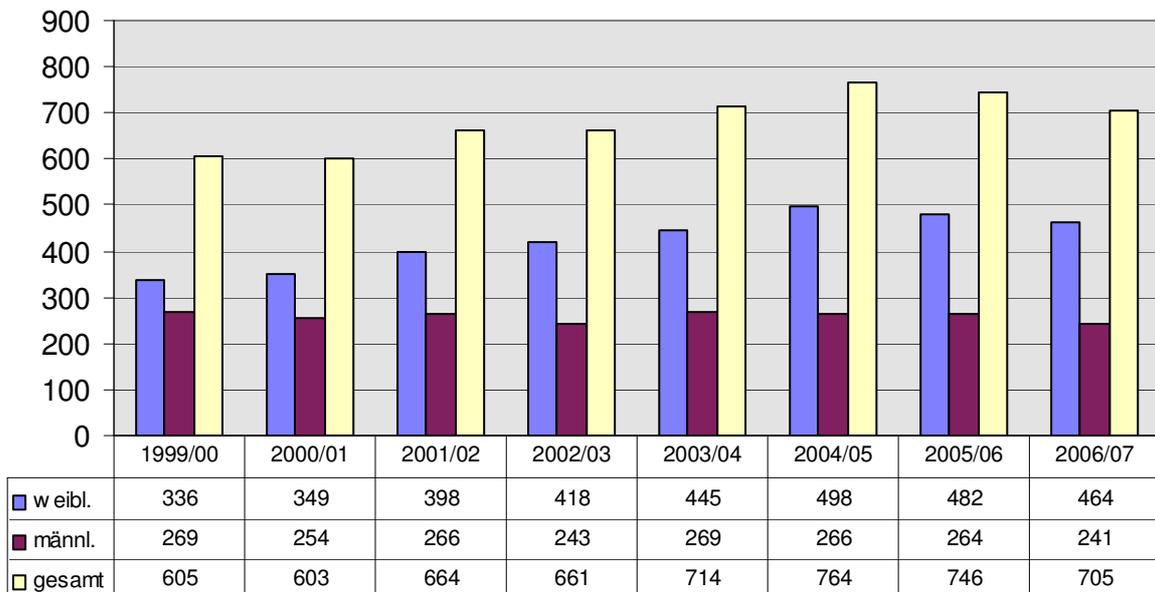
## Entwicklung der Studierendenzahlen Gesamt HVF



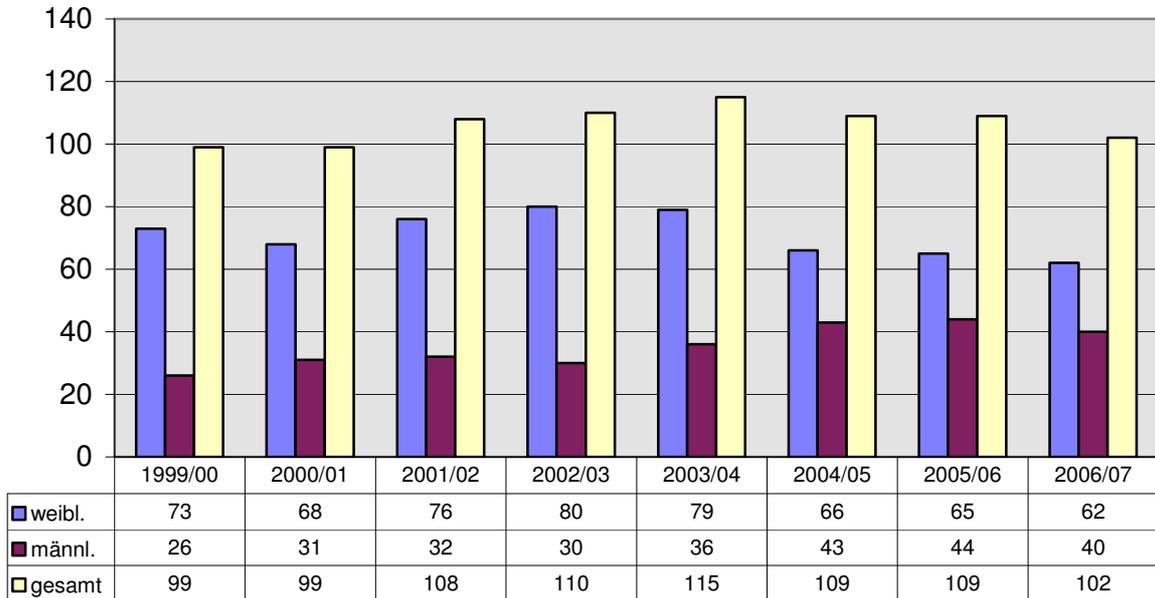
### Entwicklung der Studierendenzahlen in der Innenverwaltung



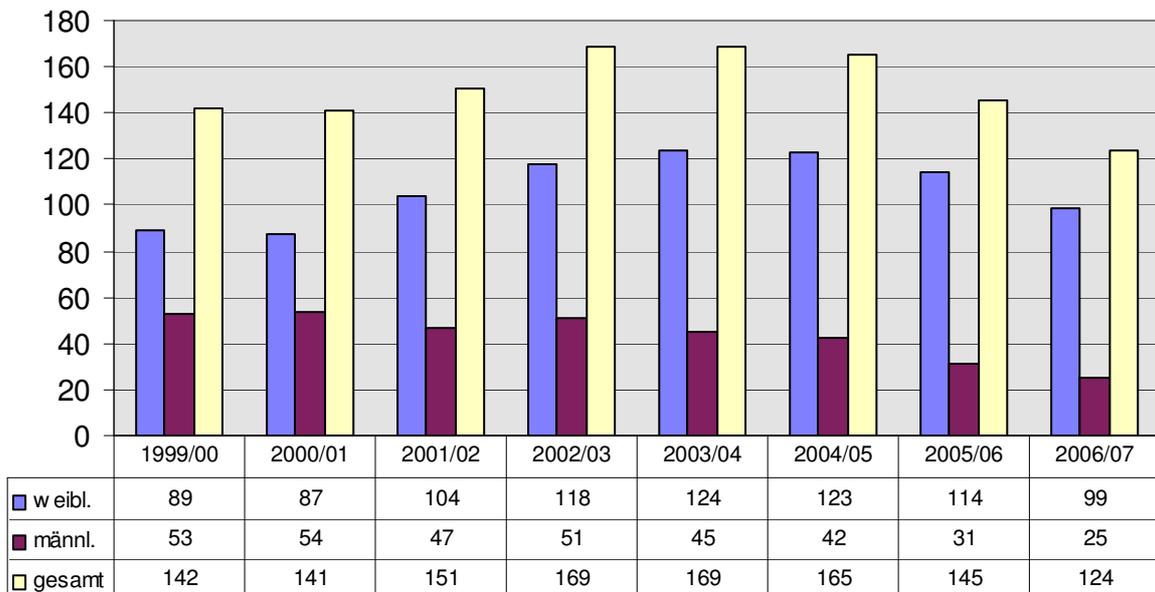
### Entwicklung der Studierendenzahlen in der Steuerverwaltung



### Entwicklung der Studierendenzahlen in der Allgemeinen Finanzverwaltung



### Entwicklung der Studierendenzahlen in der Rentenversicherung



**11.2 Entwicklung der Zahl der Lehrbeauftragten****Studienjahr 05/06**

	<b>weiblich</b>	<b>männlich</b>	<b>insgesamt</b>
<b>FB I</b>	40	73	113
<b>FB II</b>	20	85	105
<b>FB III</b>	19	60	79
<b>FB IV</b>	15	45	60
<b>insgesamt</b>	94	263	357

**Studienjahr 06/07**

	<b>weiblich</b>	<b>männlich</b>	<b>insgesamt</b>
<b>Fakultät I</b>	81	220	301
<b>Fakultät II</b>	9	37	46
<b>insgesamt</b>	90	257	347

## 12. Anlagen

### 12.1 Professoren

Name	Lehrfach	Fak.
Ade, Klaus	Kommunales Wirtschaftsrecht, Steuerpflicht öffentliche Betriebe, Öff. BWL, Kommunalverfassungsrecht	I
Alber, Dr. Peter-Paul	Grundlagen des Verwaltungsrechts, Öffentliches Dienstrecht	I
Altpeter, Wolfgang	Grundlagen des Verwaltungsrechts, Baurecht	I
Bächle, Dr. Ekkehard	St.v.Eink.u.Ertr., Internat. SteuerR, Öff. R., UmsatzSt.	II
Becker, Günther	StaatsR, Allg. VerwR, Privatrecht	I
Berndt, Margarethe	Buchführung, BilanzsteuerR, UmsatzSt, Wirtschaftswiss., Öffentliches Recht	II
Brändle, Siegfried	Volkswirtschaftslehre, Öff. Betriebe	I
Brehm, Bernhard	PrivatR, Umsatzsteuer, VerfahrensR	II
Buchfink, Rolf	Staatsrecht, Grundlagen des VerwR	I
Büchner, Dr. Hans	Grundlagen des VerwR, Baurecht	I
Dehner, Klaus	Bewertg., öff. Recht, PrivatR	II
Diebold, Annemarie	Allg. VerwR, SozialR, insbes. SGB I und X, SGG	I
Diringer Dr., Arnd	Privatrecht	I
Erwe, Dr. Helmut	SozVersRecht, RentenversR, Staatslehre/Staatsrecht, IK Öffentliche Betriebe, Krankenhauswesen	I
Fanck, Bernfried	Buchführung, BilanzsteuerR, St.v.Eink.u.Ertr., Umsatzsteuer	II
Fellmeth, Peter	Buchführung, BilanzsteuerR, St.v.Eink.u.Ertr., Umsatzsteuer	II
Fröhle, Hubertus	PrivatR, UmsatzSt., öff. R.	II
Goller, Jost	Staatslehre/Staatsrecht, Öffentl. Dienstrecht	I
Götzenberger, Wolfgang	UmsatzSt., VerfahrensR, PrivatR	II
Grobshäuser, Dr. Uwe	St.v.Eink.u.Ertr., WirtschWiss., Internat. Steuerrecht, Öff. Recht	II
Groß, Walter	BilanzsteuerR, WirtschWiss., Bewertung, ErbSt.	II
Haas, Rudi	Bewertung, Erbschaft- und SchenkungsSt., St.v.Eink.u.Ertr.	II

Hänel Dr., Kathrin	Psychologie	II
Hahn, Volker	St.v.Eink.u.Ertr., EuropaR, Internat. SteuerR, öff. Recht, Umsatzsteuer	II
Hebler, Manfred	VerwLehre, Informatik, EDV-Buchführung	II
Heinz, Joachim	UmsatzSt., St.v.Eink.u.Ertr., Lohnsteuer	II
Helmschrott, Hans	VerfahrensR, St.v.Eink.u.Ertr., ZivilR	II
Hieber, Fritz	VWL, BWL der öff. Verwaltung	I
Hopp, Dr. Helmut	Management: Organisation und Personal	I
Horschitz, Dr. Harald	Bewertung, St.v.Eink.u.Ertr., BilanzsteuerR, WirtschaftsR	II
Hottmann, Jürgen	Buchführung, BilanzsteuerR, St.v.Eink.u.Ertr.	II
Hübner, Dr. Claudia	Privatrecht, Zivilprozessrecht, Kulturmanagement	I
Hufnagel, Hans	Staatl. Liegenschaftswesen	I
Karg, Helmut	UmsatzSt., VerfahrensR, Vorlesungsplanung	II
Kese, Dr. Volkmar	Staatsrecht, Europarecht	I
Kies, Dieter	EuropaR, Umsatzsteuer, VerfahrensR, öff. Recht	II
Kirchhoff, Dr. Gerd	Management: Organisation und Personal	I
Kirschbaum, Jürgen	Buchführung, BilanzsteuerR, St.v.Eink.u.Ertr., WirtschaftsR	II
Klink, Dr. Joachim	Privatrecht, Zivilprozessrecht, OWi-Recht	I
Knies, Dr. Jörg	Privatrecht, Einkommensteuer	II
Kohler-Gehrig, Dr. Eleonora Kölz, Heinz	Privatrecht, Zivilprozessrecht, Arbeitsrecht, OWi-Recht Komm. Wirtschaftsrecht, EDV-Anwendung im kom- munalen Finanzwesen	I
Loos, Dr. Dorit	Statistik, Volkswirtschaftslehre	I
Maier, Walter	St.v.Eink.u.Ertr., Bilanzsteuerrecht, Wirtschaftswis- senschaften, Öffentl. Recht	II
Matjeka, Manfred M.A.	Staats- und Europarecht, Privatrecht, Arbeitsrecht, Zivilprozessrecht	I
Mergenthaler, Henner	VerfahrensR, Bewertung, Internat. SteuerR	II
Müller-Hedrich, Dr. Bernd	Betriebswirtschaftslehre	I
Mußmann, Eike	Grundlagen des Verwaltungsrechts, Polizeirecht	I

Pfeifer, Günter	Öffentl. Dienstrecht, Staatliches Liegenschaftswesen	I
Rath, Dr. Hans-Dieter	Staatslehre/Staatsrecht, Allg. Verwaltungsrecht, Umweltrecht	I
Raviol, Peter	Öffentliches Dienstrecht, insbesondere Besoldungs-, Versorgungs-, Beihilfe- und Personalvertretungsrecht, Kindergeldrecht und Verwaltungslehre	I
Reimer, Dr. Monika	Bilanz	II
Reinhardt, Helmut	Sozialversicherungsrecht, Rentenversicherungsrecht, SGB I, IV und X	I
Reschl, Dr. Richard	Soziologie der Öffentlichen Verwaltung, Kulturmanagement	I
Rick, Eberhard	Buchführung, BilanzsteuerR, St.v.Eink.u.Ertr., PrivatR	II
Rieth, Wolfgang	Komm. Wirtschaftsrecht, Komm. Abgabenrecht, EDV-Anwendung im kommunalen Finanzwesen	I
Rogler, Klaus	Verwaltungsinformatik	I
Ruf, Konrad	St.v.Eink.u.Ertr., VerfahrensR, Bewertung, Bilanzsteuer	II
Sauter, Jürgen	Buchführung, BilanzsteuerR, St.v.Eink.u.Ertr.	II
Schad, Thomas	Verwaltungsrecht, insbes. Bau-, Boden- und Planungsrecht, Staatl. Liegenschaftswesen, Umweltrecht	I
Schaeberle, Jürgen	St.v.Eink.u.Ertr.	II
Schäfer, Dr. Norbert	Organisationspsychologie	I
Scheel, Thomas	PrivatR, Umsatzsteuer, VerfahrensR, Öff. Recht	II
Schilling, Peter	Verwaltungsinformatik	I
Schmitt, Hans-Peter	Buchführung, BilanzsteuerR, St.v.Eink.u.Ertr.	II
Schmitt, Jürgen	Jurist. Methodenlehre, VerfahrensR, PrivatR	II
Schnur, Peter	BewertungsR. / ErbschaftsR. / Umsatzsteuer	II
Steck, Bernd	Kommunales Wirtschaftsrecht, Kommunales Abgabenrecht	I
Völkel, Dieter	Umsatzsteuer, Verfahrensrecht, Öff. Recht	II
Volk, Regine	St.v.Ein.u.Ertr., Bilanzsteuer, PrivatR, Vollstreckung	II
Vollmer, Dr. Günther	Psychologie	I
Vondung, Ute	Grundlagen des Verwaltungsrechts, Sozialrecht	I
Waibel, Gerhard	Kommunales Wirtschaftsrecht, Kommunalverfas-	I

---

Walter, Volkmar	sungsrecht St.v.Eink.u.Ertr.	II
Wendland, Dietrich	Rhetorik, SozialPsych. Gruppentraining, Umsatz- steuer, Privatrecht	II
Wintzen, Wolfgang	Staatliches Liegenschaftswesen, Bürgerliches Recht	I
Ziegler, Eberhard	Privatrecht, Zivilprozessrecht, Familienrecht	I

## 12.2 Honorarprofessoren

		Fak
Bader, Johann Richter am VGH	Staatsrecht	I
Beerweiler, Dr. Dietrich Finanzpräsident a. D.	Öffentliches Dienstrecht	II
Birk, Dr. Hans-Jörg Rechtsanwalt	Komm. Abgabenrecht, Seminar	I
Dobler, Klaus Ministerialrat	Volkswirtschaftslehre	I
Giebler, Peter Erster Bürgermeister a.D.	Komm. Wirtschaftsrecht, Seminar	I
Hauffe, Ingo Rechtsanwalt	Privatrecht	I
Hilbertz, Hans-Joachim Vorstand der KGSt	Management: Organisation und Personal	I
Hoss, Dr. Hans Oberbürgermeister a.D.	VerwLehre, KommunalVerfR	I
Katz, Dr. Alfred Erster Bürgermeister a.D.	Staatsrecht	I
Quaas, Dr. Michael Rechtsanwalt	Staatsrecht, Wahlpflichtfach „Bauen in BW“	I
Rotberg, Konrad Freiherr von Ministerialdirigent	Kommunalverfassungsrecht	I
Schlotterbeck, Karlheinz Vors. Richter am VG	Baurecht, Seminar	I
Seeger, Richard Hauptgeschäftsführer a. D.	Kommunalverfassungsrecht	I
Trumpp, Eberhard Hauptgeschäftsführer	Kommunalverfassungsrecht	I

### 12.3 Professoren im Ruhestand

Bähr, Uwe  
Bauer, Horst  
Brändle, Siegfried  
Faiß, Konrad  
Fröhle, Hubertus  
Geppert, Manfred  
Goller, Jost Rektor a.D.  
Groß, Walter  
Grotz, Elmar  
Hebler, Manfred  
Helmschrott, Hans  
Jenetzky, Dr. Johannes  
Jourdan, Rudolf  
Kölz, Heinz  
Kopp, Joachim  
Krause, Dr. Hans  
Läpple, Roland  
Lober, Ernst  
Matischiok, Georg  
Matschinski, Peter  
Meng, Herbert  
Müller-Hedrich, Dr. Bernd  
Neunhöffer, Friedrich  
Pfander, Dr. Heinz  
Plath, Roland  
Reyher, Ulrich  
Schapals, Dr. Werner  
Schmid, Hansdieter  
Steinmetz, Dr. Helga  
Thoma, Hans  
Treuer, Brigitte  
Waibel, Gerhard  
Weidner, Werner  
Weiss, Manfred  
Wintzen, Wolfgang  
Wuttke, Ralf  
Zimmermann, Herbert  
Zimmermann, Reimar, Prorektor a.D.

#### Anmerkung:

Professoren, die im Berichtszeitraum in Ruhestand gegangen sind, werden sowohl bei den aktiven Professoren aufgeführt als auch bei den Ruhestandsprofessoren.

## 12.4 Mitglieder des Hochschulrats

### Mitglieder aufgrund von Wahlen:

	Amtszeit 3 Jahre
Landrat Dr. Rainer Haas	11.07.05 – 10.06.08
Oberbürgermeister Jochen K. Kübler, MdL	01.09.06 – 31.08.09
Hauptgeschäftsführer Prof. Dr. Christian Steger	01.09.06 – 31.08.09
Oberfinanzpräsidentin Andrea Heck	01.09.07 – 31.08.10
Prof. Dr. Ferdinand Kirchhof	01.09.06 – 30.09.07
Vorsitzender des Vorstandes Hans-Joachim Haug	
Prof. Dr. Harald Horschitz	01.09.06 – 31.08.09
Prof.in Dr. Dorit Loos	01.09.06 – 31.08.09
Dipl.-Bibl. Michael Söffge	01.09.06 – 31.08.09
Prof. Eberhard Ziegler	01.09.06 – 31.08.09

### Teilnehmer nach § 20 Abs. 5 LHG:

Prof. Walter Maier, Rektor  
Prof. Dr. Dr. h.c. Helmut Hopp, Prorektor  
Prof. Wolfgang Rieth, Prorektor  
Kanzler Walter Veigel  
Referent Gunter Kalmbach

### Teilnehmerin aufgrund eines Beschlusses des Hochschulrats:

Prof.in Ute Vondung, Gleichstellungsbeauftragte

## 12.5 Mitglieder des Senats

### Mitglieder kraft Amtes:

Prof. Walter Maier Rektor (Vorsitzender)	
Prof. Dr. Helmut Hopp Prorektor (1. Stv.)	
Prof. Wolfgang Rieth Prorektor (2. Stv.)	
Walter Veigel Kanzler	Stv. OAR Wendolsky
Prof. Thomas Schad Dekan Fakultät I	Stv. Prof. Wolfgang Altpeter
Prof. Dr. Ekkehard Bächle, Dekan Fakultät II	Stv. Prof. Bernfried Fanck
Prof.in Ute Vondung, Gleichstellungsbeauftragte	Prof.in Dr. Elenora Kohler-Gehrig Stv. Gleichstellungsbeauftragte

### Mitglieder aufgrund von Wahlen:

Amtszeit 4 Jahre  
01.09.06 - 31.08.10

Prof. Dr. Peter-Paul Alber  
Prof. Dr. Arnd Diringer  
Prof. Volker Hahn  
Prof. Berndfried Fanck  
Prof. Dr. Norbert Schäfer  
Prof. 'in Regine Volk  
Prof. Manfred Matjeka  
(Nachfolge ab Juni 07)  
RI'in Ulla Gottwald  
StOI Günter Lauer  
VAe Lore Steinbrenner

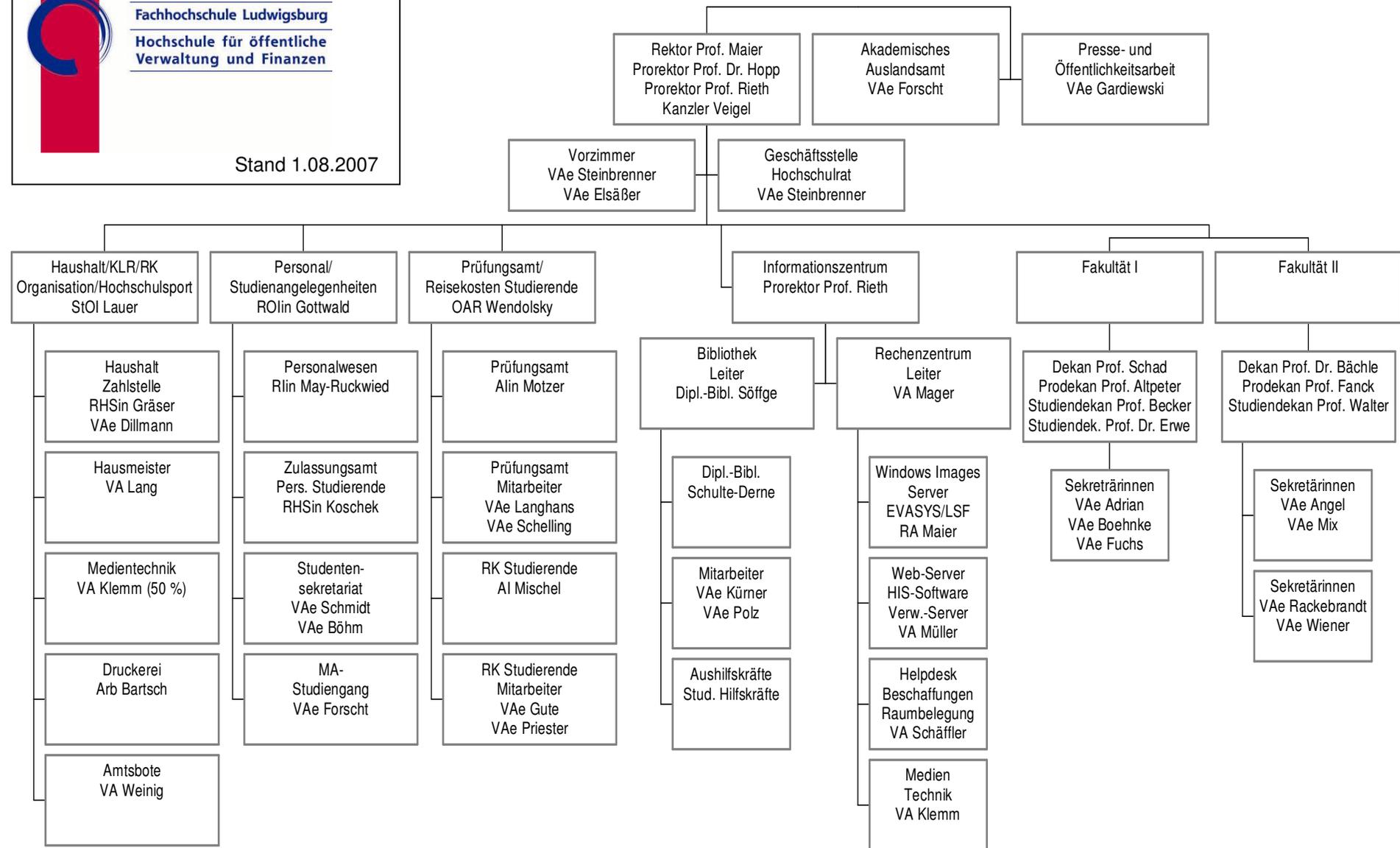
### Studentische Vertreter:

Tom Michael (D05),  
Vorsitzender  
Jochen König (F/07),  
stellv. Vorsitzender  
Daniel Kienle (B/07)  
Sarah Panten (D/07)

### Ersatzmitglieder:

Annerose Bernhard ( E/07 )  
Nicole Müssigmann ( 03/06)  
Hansjörg Neumann (E/05)  
Katharina Schönian (08/06)

Amtszeit 1 Jahr  
07.11.07 – 30.10.08



### 13. Schluss und Dank

Der Jahresbericht ist aufgeteilt in einen Bericht, den das Rektorat direkt verantwortet, und Berichte, deren Autoren bei der jeweiligen Überschrift gekennzeichnet sind. Für die Mitarbeit am Teil 1 danke ich

Herrn Prorektor Prof. Dr. Dr. h.c. Helmut Hopp

Herr Prorektor Prof. Wolfgang Rieth

Herrn Kanzler Walter Veigel

Frau Prof. Dr. Kathrin Hänel

Herrn Prof. Dr. Günther Vollmer

Herrn Prof. Eberhard Ziegler

Frau Dr. Gardiewski

Frau ROIn Gottwald

Herrn StOI Günter Lauer

Herrn Michael Mager

Herrn Bibl. Dipl. Michael Söffge

Herrn OAR Klaus Wendolsky